

01) Tino Chrupalla legt einen Kranz am Grab des unbekanntes Soldaten auf dem Roten Platz nieder

Von Lionel Baland

23. 06. 2021



Fotoquelle: Lionel Baland

Der AfD-Ko-Vorsitzende Tino Chrupalla hat bei einem Besuch in Moskau am Grab des unbekanntes Soldaten auf dem Roten Platz einen Blumenkranz zum Gedenken an die Opfer des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 niedergelegt. Chrupalla ist als Referent zu einer Konferenz des russischen Verteidigungsministeriums eingeladen, berichtet
Lionel Baland.

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur in Moskau sagte Chrupalla anlässlich der Gedenkfeiern zum 80. Jahrestags des Beginns des Krieges mit der Sowjetunion:

„Es war mir persönlich wichtig, ein Zeichen der Versöhnung zu setzen. Leider war ich der einzige Vertreter aus Deutschland, der hier einen Kranz abgelegt hat“.

Ähnliche Gedenkveranstaltungen fanden auch in der Ukraine, Belarus und andere Staaten statt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Renaissance der Kernkraft durch den Klimaschwindel?

24. 06. 2021



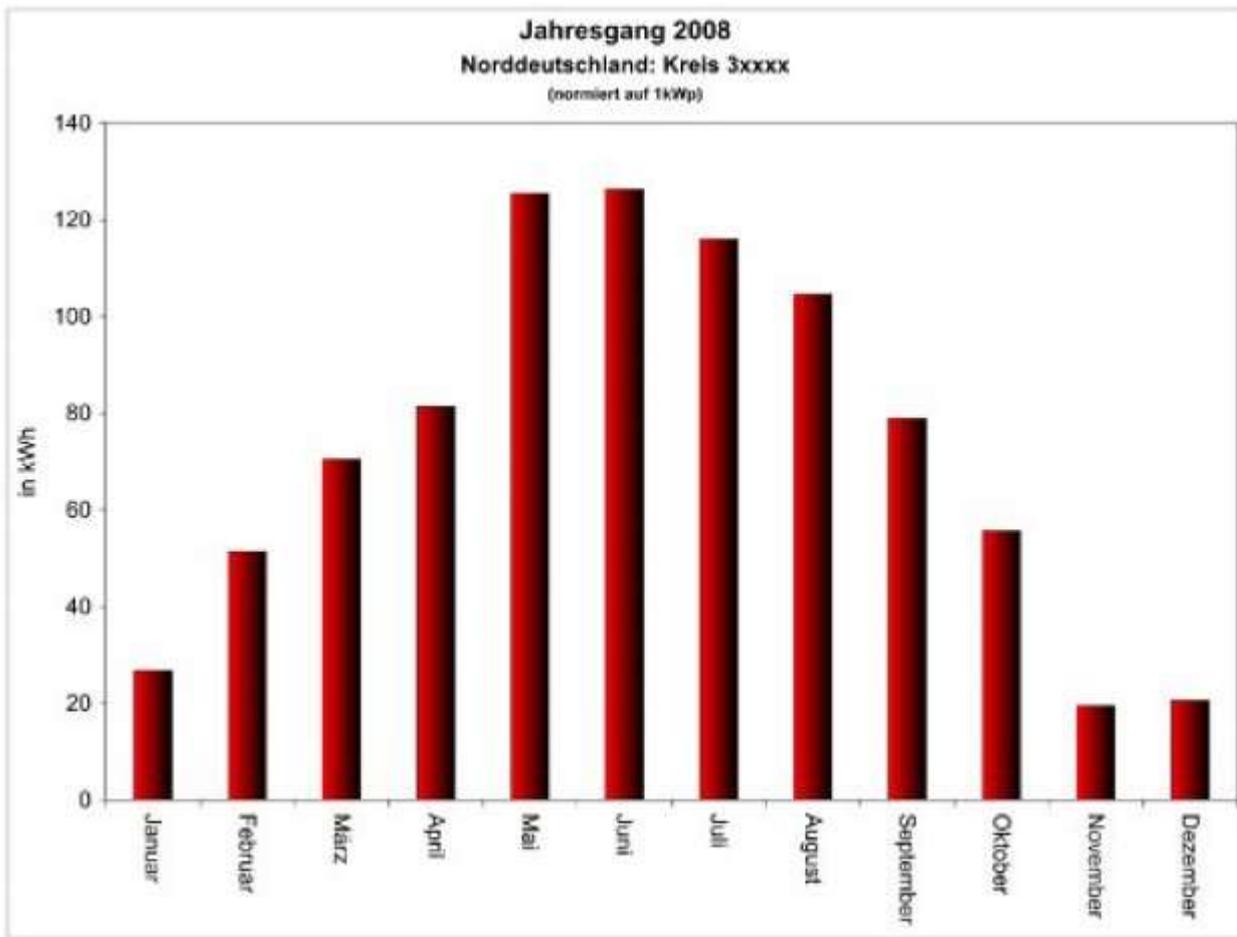
Wird durch den Klimaschwindel die Kernkraft andere Formen der Energiegewinnung in den Hintergrund drängen? *Bild: shutterstock*

Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass die Grünbewegung, die ja seinerzeit aus der Anti-AKW-Bewegung entstanden ist, durch ihren CO₂-Dogmatismus jetzt eine Wiederbelebung der Kerntechnologie, wenn auch ungewollt, hervorgerufen hat.

Außer den Regierungen von Deutschland und Österreich und natürlich der EU-Kommission glaubt weltweit niemand ernsthaft, oder tut zumindest so, dass man mit Photovoltaikanlagen und Windräder eine stabile Stromversorgung gewährleisten zu könnte. Ob dieser Glaube wirklich so felsenfest ist, darf sowieso bezweifelt werden, denn wozu wäre sonst die heiß umstrittene Nordstream 2 Gasleitung notwendig?

Deutschland beschreitet mit seinem Atomausstieg 2022 wieder einmal einen **europäischen Sonderweg**, dem nur Österreich folgt!!!

Bis spätestens 2050 will man also klimaneutral werden. Österreich gebärdet sich wieder als Musterschüler und will dieses Ziel bereits 2040 erreichen (www.energiezukunft.eu/politik/bis-2040-will-oesterreich-klimaneutral-werden/). Man stellt sich das so vor, dass der größte Teil der verbrauchten Energie elektrisch bereitgestellt werden soll und diese elektrische Energie zu 62 Prozent (!!!), siehe www.dw.com/de/wie-wird-europas-energie-klimaneutral/a-46686023) durch Photovoltaik gewonnen werden soll. Es wurde an dieser Stelle bereits gezeigt, dass es so gut wie unmöglich ist, den derzeitigen Strombedarf Europas durch Photovoltaikanlagen in der Sahara zu generieren (unser-mittleuropa.com/energie-aus-der-wueste/). In Europa selbst ist die Deckung des Strombedarfs durch Solaranlagen schon wegen des extremen Jahresganges der Solarenergie in den meisten Gebieten undenkbar:



Jahresgang einer Photovoltaikanlage, Bild: wikipedia, SechWat

Gerade im Winter soll aber der Stromverbrauch durch die im Vormarsch befindlichen Wärmepumpen stark ansteigen!

Allerdings zeigt es sich langsam, dass die genannten drei Akteure Rufer in der Wüste sind. Jeder andere, mit einem Restverstand begabter Akteur, der sich der CO₂-Hype beugen will oder besser muss, verbleibt nur eine Möglichkeit, die steigende Stromversorgung sicherzustellen, nämlich durch die Kernkraft. Vor allem ärmere Länder setzen verstärkt auf Kernkraft (siehe de.statista.com/statistik/daten/studie/157767/umfrage/anzahl-der-geplanten-atomkraftwerke-in-verschiedenen-laendern).

Geplant sind folgende Anzahl von Kraftwerken:

z.B: China 44, Russland 24, Indien 14, Ägypten 4, USA 3, Ukraine 2, Türkei 2, Usbekistan 2, Rumänien 2

Aber auch in Europa gibt es ein Umdenken zu Gunsten der Kernkraft:

- Frankreich hält an der Kernenergie fest. Es betreibt derzeit 56 Kernkraftwerke und will weitere bauen.
- Polen plant den [Bau von sechs Atomreaktoren](https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesische-alt-atommeiler-sollen-laenger-laufen-fuer-europa-ein-gravierendes-sicherheitsrisiko/26953176.html), von denen der erste 2033 in Betrieb gehen soll (https://www.tagesspiegel.de/politik/franzoesische-alt-atommeiler-sollen-laenger-laufen-fuer-europa-ein-gravierendes-sicherheitsrisiko/26953176.html)

- Niederlande plant neue Kernkraftwerke (www.energiezukunft.eu/politik/niederlande-erwaegt-den-bau-neuer-kernkraftwerke/)
- England plant 15 Kernkraftwerke (www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/renaissance-kernkraft-101.html)
- Australien setzt auf Kernkraftwerke (www.cleanenergy-project.de/energie/konventionelle-energie/schnelle-brueter-vielleicht-doch-eine-loesung)

Investoren setzen auf Kernkraft!

- Der Uranpreis steigt schon seit geraumer Zeit, nachdem er zu Beginn des Jahrtausends abgestürzt ist (www.finanzen.at/rohstoffe/uranpreis).
- Die Uranaktien steigen. Die Aktien des wichtigsten Unternehmens (Comeco) dieser Branche verdoppelte sich in kurzer Zeit: www.lynxbroker.at/boerse/boerse-kurse/aktien/comeco-aktie/
- Sogar Bill Gates hat die Kernkraft als neues Geschäftsfeld entdeckt (www.heise.de/news/Bill-Gates-Mini-AKW-kommt-nach-Wyoming-6061033.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE). Diesem Mann kann man trauen, dass er weiß was gut für seine Geldbörse ist!
- Auch der IPCC und Greta Thunberg halten die Atomkraft als mögliche „Lösung“ für das erfundene CO2 Problem (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/warum-greta-thunberg-sich-fuer-atomenergie-ausspricht-16099744.html)

Offenbar findet heimlich still und leise eine Neubewertung der Kernkraft statt:

Weltweit sind etwa 450 Atomkraftwerke seit mehr als einem halben Jahrhundert in Betrieb. Es ist zu hoffen, dass man aus den schweren Unfällen gelernt hat. Absolut sicher Kernkraftwerke wird es nie geben, aber auch grüne Technologien sind nicht völlig risikolos. Beispielsweise sind schon Staudämme geborsten mit tausenden Todesopfern. Trotzdem werden Staudämme weiter gebaut.

Insbesondere ist das Risiko einer unzuverlässigen Stromversorgung durch die Zappelstromproduzenten zu bewerten. Bei einem europaweiten Stromausfall über mehrere Tage könnten hunderte oder sogar tausende Menschen sterben.

Man bedenke nur was passiert, wenn:

- den Krankenhäusern der Treibstoff für die Notstromversorgung ausgeht,
- jegliche Kommunikation unterbrochen ist und kriminelle Banden das allgemeine Chaos für ihre Zwecke nutzen,
- die Wasserversorgung plötzlich nicht mehr flächendeckend gewährleistet ist,
- die Lebensmittelversorgung unterbrochen wird
- Völlig unbewertet ist noch das Risiko einer unvermeidlichen Wasserstofftechnologie, ohne die die alternativen intermittierenden Technologien nicht funktionieren können.

Atommüll:

Grundsätzlich bietet die Technologie der „Schnellen Brüter“ die Möglichkeit das Atommüllproblem drastisch zu reduzieren (www.wiwo.de/technologie/green/atommuell-australien-will-radioaktiven-abfall-mit-neuem-kraftwerk-weiternutzen/13551992.html).

Neben abgebrannten Brennelementen könnte diese Technologie sogar ausgediente Atomwaffen sinnvoll entsorgen!

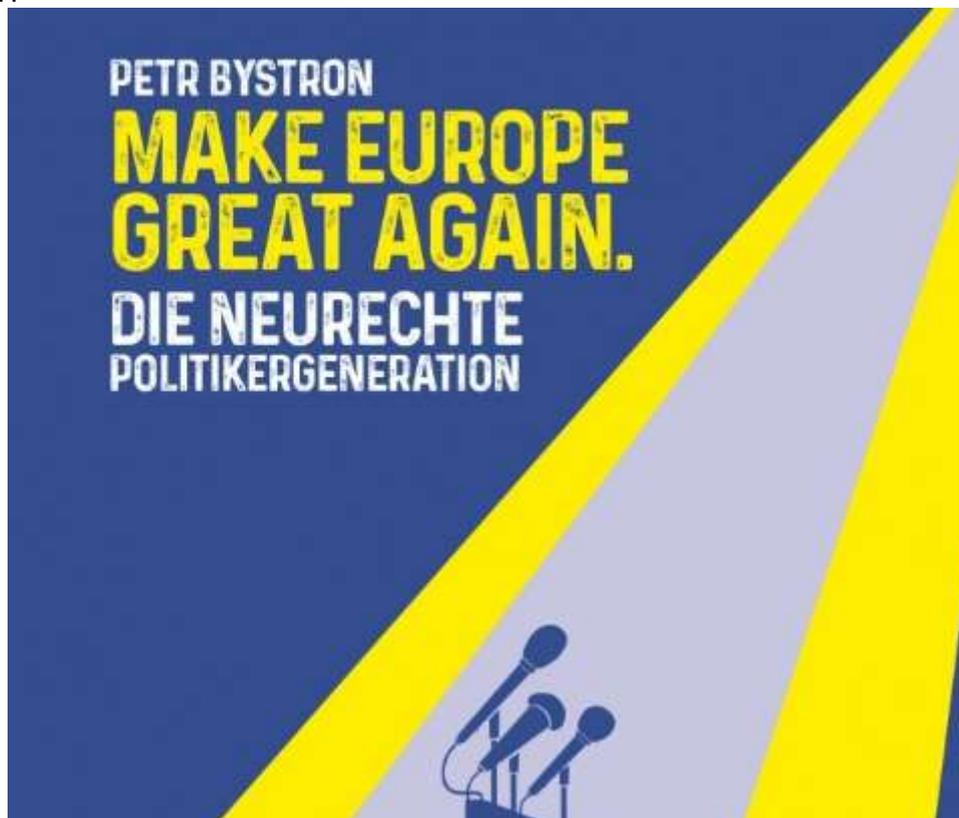
Diese Technologie benötigt kein mit U235 angereichertes Uran, sondern kann auch das normale Uranisotop 238 nutzen. Die Uranvorräte würden noch für viele Jahrhunderte reichen.

Auch „grüne Technologien“ wie z.B. das Elektroauto oder Photovoltaikpaneele produzieren Unmengen von Sondermüll, über dessen Entsorgung man sich vorerst keine Sorgen macht. Die Klimahysteriker haben von den Kernkraftbetreibern gelernt!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Neues Buch über Europas Rechtspopulisten – Achtung: explosiver Inhalt!

22. 06. 2021



Petr Bystron: Make Europe Great Again – Die neurechte Politikergeneration

Eins vorweg: Dieses Buch ist gefährlich. Getarnt als eine Sammlung von Portraits europäischer Spitzenpolitiker, geschrieben von einem Politologen der Universität München, könnte man denken, dies ist ein Schmöker aus dem Regal der Universitätsbibliothek – Fachrichtung politische Wissenschaft – und niemand außer den Studenten schlägt es auf.

Doch bereits die Namen, sowohl der Porträtierten als auch des Autors, bergen enorme Sprengkraft in sich: Der Autor Petr Bystron ist Bundestagsabgeordneter der AfD und

führender Außenpolitiker der Partei. Und die Porträtierten sind die politische Avantgarde Europas im Kampf gegen den politischen Mainstream und gegen die globalistische Agenda des Great Reset: Salvini, Le Pen, Wilders gehören genauso dazu wie Orban und Klaus.

Bystron kennt die meisten Porträtierten aus zahlreichen persönlichen Begegnungen persönlich. Das verleiht dem Buch eine persönliche Note und (das ist ja am allerschlimmsten) es ermöglicht ihm, die Portraits immer wieder mit persönlichen, oft mit fein ziseliertem Humor gewürzten Beobachtungen zu garnieren. Was für ein Albtraum für alle Linken: Die in jahrzehntelangen, mühevollen Arbeit zu ultimativen Bösewichten Europas aufgebauten Politiker erscheinen plötzlich nahbar, menschlich und ja, sogar sympathisch!

Hier steht der junge Viktor Orban als Studentenvertreter bei einer Trauerfeier und hält eine flammende Rede für die Freiheit, mit der er die morsche Herrschaft der Kommunisten in Ungarn zum Einsturz bringt. Da schickt der Wirtschaftsprofessor Vaclav Klaus die sowjetische Rote Armee zurück nach Hause und löst auch noch nonchalant den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf. Marine Le Pen begrüßt den französischen Staatspräsidenten als „Vizekanzler und Verwalter der Provinz Frankreich“ von Merkels Gnaden. Nigel Farage plaudert über seine Kämpfe im EU-Parlament am Fenster sitzend und rauchend – in einem Londoner Bürogebäude, in dem strengstes Rauchverbot gilt.

Man liest – nein, man verschlingt Seite für Seite und wird durchdrungen von der unbändigen Energie und dem Mut dieser Menschen. Man spürt, hier sind Überzeugungstäter am Werk, die ungeheuerliches geleistet haben und immer noch leisten. Wir sehen, dass sie weiterkämpfen, obwohl sie an ihrem Leben bedroht, verfolgt und eingeschüchtert werden. Und selbst in der Beschreibung einer totalen Niederlage nach Straches Ibiza-Desaster keimt wieder Hoffnung auf, aus der unbändigen Vitalität eines Herbert Kickl.

Man ist erfüllt von Tatkraft und Energie dieser Leute und von der Erkenntnis, dass man mit Ihnen auf der richtigen Seite der Geschichte steht. Und spätestens in dem Moment, in dem die Hoffnung zur Gewissheit wird, mit solchen politischen Führern könnten wir Europa wieder groß machen, spätestens da ist klar: dieses Buch gehört verbrannt, verboten und vernichtet. Denn es geht eindeutig zu weit!

Redaktionsempfehlung für die sommerliche Urlaubslektüre. Da Buch können Sie [hier bestellen](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Pro-Abtreibungsbericht: Drohende Abstimmung im Europäischen Parlament

18. 06. 2021



Bild: ECLJ

Am kommenden Mittwoch sollen die Europaabgeordneten während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Brüssel über den Matic-Bericht und den dazugehörigen Entschließungsantrag abstimmen.

Dieser Bericht ist ein veritabler Wunschzettel von Planned Parenthood. Er zielt darauf ab, Abtreibung zu einem von der Europäischen Union garantierten Recht zu machen, die Verweigerung aus Gewissensgründen für Angehörige der Gesundheitsberufe, die gegen Abtreibung sind, zu verbieten und eine obligatorische Sexualerziehung für Kinder auch für nicht einwilligende Eltern vorzuschreiben.

Das Europäische Zentrum für Recht und Gerechtigkeit (European Centre for Law & Justice, ECLJ) hat mehrere Monate lang gegen diesen Bericht mobilisiert, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Europäischen Parlaments und anderer Pro-Life-Organisationen in ganz Europa zu erregen.

Es sind ermutigende Initiativen entstanden, insbesondere ein Alternativantrag zum Matic-Bericht, der die Öffentlichkeit an die mangelnde Kompetenz der Europäischen Union in Gesundheitsfragen erinnert. Wie im Jahr 2013 könnte ein solcher Alternativantrag erneut angenommen werden, um den Matic-Bericht niederzustimmen.

In der Slowakei hat das Parlament eine Entschließung angenommen, die den Entschließungsantrag von Herrn Matic mit der Begründung verurteilt, dass er die Zuständigkeit der Europäischen Union überschreitet. Das ist ein schönes Signal, das diese slowakischen Abgeordneten an ihre europäischen Kollegen gesendet haben.

Die Abstimmung über den Matic-Entschließungsantrag beginnt am Mittwochnachmittag, 23. Juni. Es ist noch Zeit zu handeln. Wir ermutigen insbesondere Angehörige der Gesundheitsberufe, eine kurze E-Mail an einen oder mehrere Europaabgeordnete zu

schreiben, um ihnen ihre Überzeugungen und die Bedeutung der Verweigerung aus Gewissensgründen mitzuteilen und sie aufzufordern, diesen pro-Abtreibungs-Entschließungsantrag abzulehnen.

Nach unseren Informationen wird erwartet, dass die Abgeordneten der EKR- und I&D-Fraktion überwiegend gegen den Antrag stimmen werden.

Es sind hingegen die EVP-Abgeordneten, die sich am zaghaftesten gegenüber den Anordnungen der Abtreibungsbefürworter verhalten. Hier sind die E-Mail-Adressen des Präsidenten und der Vize-Präsidenten dieser Fraktion:

Manfred Weber, EVP-Präsident : manfred.weber@europarl.europa.eu
Arnaud DANJEAN, arnaud.danjean@europarl.europa.eu
Esteban GONZÁLEZ PONS, esteban.gonzalezpons@europarl.europa.eu
Andrey KOVATCHEV, andrey.kovatchev@europarl.europa.eu
Vangelis MEIMARAKIS, evangelos.meimarakis@europarl.europa.eu
Jan OLBRYCHT, jan.olbrycht@europarl.europa.eu
Paulo RANGEL, paulo.rangel@europarl.europa.eu
Siegfried MUREŞAN, siegfried.muresan@europarl.europa.eu

Sie können mit ihnen Auszüge aus diesem Artikel teilen, den wir empfehlen:
[Warum Abtreibung kein Menschenrecht ist](#) (Englisch)

Wir ermutigen Sie auch, unsere Petition zu unterschreiben und zu teilen:
[Für den Schutz jedes menschlichen Lebens](#) (Englisch)

Danke für Ihren Einsatz für das Leben!

Das Europäische Zentrum für Recht und Gerechtigkeit ist eine internationale, nichtstaatliche Organisation, die 1998 gegründet wurde und sich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Europa und weltweit einsetzt.

Quelle: ECLJ <secretariat@eclj.org>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die Invasion geht weiter: wie illegale Einwanderer in Italien landen

<https://unser-mittleuropa.com/die-invasion-geht-weiter-wie-illegale-einwanderer-in-italien-landen/>

28. 06. 2021



Twitter Sceenshot

[RadioSavana](#)
[@RadioSavana](#)

Povera Europa. Degrado assoluto. <https://t.me/RadioSavana>

<https://twitter.com/i/status/1409427910977523713>

Beiträge zu ähnlichen Themen:

06) Europäische Staatsanwaltschaft: ein neues Werkzeug von Soros?

Von Álvaro Peñas

21. 06. 2021



Bildquelle: El Correo de España

Während der offiziellen Einweihung der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO), die in Luxemburg stattfand, kommentierte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, gegenüber mehreren Journalisten, dass das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) zur Klage Ungarns und Polens über den Mechanismus der Rechtsstaatskonditionalität im Spätsommer oder Frühherbst kommen werde. Die Kommissarin hat wiederholt den Ausgang des Urteils gegen die Kläger als gegeben angesehen, was die Anwendung dieses Konditionalitätsmechanismus bedeuten würde und zu einem Einfrieren der Gelder führen könnte, die sie von der EU erhalten. Für Jourová, die die Gründung der EPPO als ein beispielloses und außergewöhnliches Ereignis in der Geschichte Europas bezeichnete, ist der Nichtbeitritt Ungarns und Polens zur neuen EPPO ein klares Zeichen für die Defizite der Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern.

Ungarn, Polen, Dänemark, Schweden und Irland sind die einzigen Länder, die sich entschieden haben, der EPPO nicht beizutreten, einer Organisation, die Untersuchungen über einen möglichen Missbrauch von EU-Geldern beaufsichtigen wird. EU-Justizkommissar Didier Reynders schloss sich Jourovás Kritik an und merkte an, dass diese Länder verpflichtet seien, sich zu engagieren und mit der EPPO zusammenzuarbeiten, da der Schutz des Haushalts eine gemeinsame Anstrengung sei. Der Ton der EU gegenüber Ungarn und Polen ist der einer permanenten Bedrohung. Die Wahrheit ist, dass beide Länder bisher keine europäischen Untersuchungsorgane wie das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung zu finanziellen Untersuchungen bei der Verwendung europäischer Gelder befragt haben, aber Jourovás neue Äußerungen, die die Anwendung von Sanktionen

bereits bei der Einweihung der EPPO betonen, scheinen ein weiteres Zeichen dafür zu sein, dass wir es mit einem neuen Werkzeug Brüssels zu tun haben, um Dissidenten zu verfolgen, d.h. all jene Regierungen, die sich nicht der globalistischen Agenda beugen wollen.

Die erste Chefanklägerin der EPPO ist die rumänische Juristin Laura Codruta Kövesi, die bereits im Oktober 2019 zur Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt wurde. Bei der Amtseinführung erklärte Kövesi, dass die EPPO „das erste Instrument der EU zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit“ sei. Als Leiter der rumänischen Nationalen Antikorruptionsbehörde (DNA) leitete Kövesi eine umfassende Strafverfolgung gegen die rumänische Politik ein, einschließlich Massenanklagen. In 17 Monaten eröffnete sie dreimal so viele Fälle wie in den drei Jahren zuvor, darunter 1.138 Personen, darunter 24 Bürgermeister, fünf Abgeordnete, zwei ehemalige Minister und ein ehemaliger Premierminister. Viele dieser Anklagen scheiterten vor Gericht und Kövesi wurde von ihren Kritikern, insbesondere den Sozialdemokraten, die die Hauptlast ihrer Aktivitäten trugen, beschuldigt, eine politische Hexenjagd zu betreiben. Ihre Handlungen führten dazu, dass sie im Juli 2018 als Leiterin des Antikorruptionsbüros abgelöst wurde, wobei sie damals Unterstützung von der Open Society Gesellschaft erhielt, die sich gegen ihre Absetzung aussprach. Dies war kaum überraschend, da die NGOs des Soros-Netzwerks die DNA als ihre politische Partei behandelten. Ein Jahr später wurde Kövesi zum europäischen Generalstaatsanwalt gewählt. Außerdem hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), eine Institution, die durch den Puppink-Bericht kompromittiert wurde, am 5. Mai 2020 Kövesis Klage gegen Rumänien wegen ihrer Entlassung als Anti-Korruptions-Staatsanwältin stattgegeben. In seiner Entscheidung berücksichtigte der EGMR „die Stellungnahmen der Open Society Justice Initiative, des Human Rights Institute of the International Bar Association und der Helsinki Foundation for Human Rights, die vom Präsidenten der Sektion als Streithelfer zugelassen wurden“. Das heißt, drei NGOs des Soros-Netzwerks.



Vera Jourová gratuliert Laura Kövesi zu ihrer ersten Ernennung im Jahr 2019. -
Bildquelle: El Correo de España

Die Verbindung von Kövesi zu Soros ist in Ungarn nicht unbemerkt geblieben. Im Juli 2020 beschuldigte der ungarische Parlamentspräsident László Kövér sie, eine „ausländische Agentin“ zu sein und verglich ihre Methoden mit denen des kommunistischen Diktators Ceausescu. Kövér sagte, die rumänische Staatsanwältin habe sich einen Namen gemacht, indem sie „Dutzende von politischen Prozessen gegen diejenigen angestrengt hat, die dem anderen politischen Lager angehörten. Unter anderem gegen ungarische Bürgermeister (in Siebenbürgen). Sie wurden auf völlig ungerechte Weise angeklagt, im Morgengrauen von einer Polizeieinheit von ihren Familien weggeholt usw. In dieser Zeit wurden durch die Zusammenarbeit zwischen der DNA und der Securitate hunderttausende von Gesprächen abgehört. Wenn Genosse Ceausescu noch am Leben wäre, würde er sich freuen, zu sehen, was in Rumänien passiert.“

Die Medien haben schnell darauf hingewiesen, dass Ungarn und Polen (die anderen Länder werden nicht erwähnt), gegen die neue Europäische Staatsanwaltschaft sind, weil sie ganz oben auf der Liste der Anti-Korruptions-Watchdogs von Transparency International, der globale Koalition gegen Korruption, stehen, einer NGO, die von Michiel van Hulten geleitet wird und in ihrer Liste der Spender die Stiftung Open Society Institute (FOSI), das Open Society Institute, die Development Foundation, die Foundation to Promote Open Society und die Open Society Initiative for Europe erwähnt. Wieder der lange Arm des Soros-Netzwerks, das seine Hände auf dem Richter, dem Staatsanwalt und der „unabhängigen“ Stelle hat, die die Beschwerde einreicht. Ungarn und Polen werden sicherlich nicht mit einem Projekt zusammenarbeiten, das trotz aller Propaganda in den Mainstream-Medien nur ein weiteres Werkzeug in den Händen ihrer schlimmsten Feinde ist.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 21. bis 27. Juni 2021

28. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kündigte am Freitag, den 18. Juni, die bevorstehende Erweiterung der Lego-Fabrik in Nyíregyháza (Nordosten des Landes) an, nachdem der dänische Spielzeughersteller 149 Millionen Euro investiert und 250 Arbeitsplätze geschaffen hat. „Die Investitionen führender internationaler Unternehmen beweisen, dass Ungarn ein hervorragendes Umfeld für eine qualitativ hochwertige Produktion bietet ... deshalb will Ungarn die Besteuerung in den Händen des Staates behalten und den Wettbewerbsvorteil durch niedrige Steuern nutzen“, sagte Szijjártó.
- Als Reaktion auf die Verabschiedung eines Kinderschutz- („Anti-Pädophilen“)-Gesetzes durch das ungarische Parlament am 15. Juni forderte die öko-sozialistische Gemeinde der bayerischen Hauptstadt München – wo am 23. Juni das EM-Spiel Deutschland-Ungarn stattfand – von der UEFA, dass das Münchner Stadion – Die Allianz Arena – für das Spiel „als Zeichen der Solidarität mit der unterdrückten ungarischen LGBT-Gemeinschaft“ in den Farben der LGBT-Gemeinde beleuchtet werden sollte, eine Bitte, die die UEFA ablehnte.
- Zu den vielen negativen Reaktionen, vor allem aus Brüssel, nach der Verabschiedung des Kinderschutz- („Anti-Pädophilen“)-Gesetzes, wollte die EU-Kommissarin für Transparenz und Werte, Věra Jourová, anmerken, dass „angesichts der vielen ungarischen Bedenken die Europäische Kommission der Meinung ist, dass es keine sichtbaren Bemühungen der ungarischen Behörden gibt, die europäischen Werte zu schützen [...] Die Kommission prüft nun das Gesetz und bewertet, ob es gegen EU-Recht verstößt [...] Die Kommission ist bereit, mit Polen und Ungarn

zusammenzuarbeiten, da wir bei rechtlichen Konflikten oder Streitigkeiten stets einen aufrichtigen Dialog und eine Zusammenarbeit befürworten. Aber wir sind bereit, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, wenn es nötig ist. Dabei haben dreizehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Schweden – die Europäische Kommission aufgefordert, rechtliche Schritte gegen Ungarns neue Anti-Pädophilen-Gesetzgebung einzuleiten, und forderte sie auf, „die ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die EU-Rechtsordnung zu schützen, einschließlich der Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union“, und erklärte, dass „die Stigmatisierung von LGBTQI-Personen eine schwerwiegende Verletzung des Grundrechts auf Würde darstellt, das in der EU-Grundrechtecharta und im internationalen Recht verankert ist.“

- Beim EU-Gipfel in Brüssel am Donnerstag (24. Juni) griffen die Regierungschefs einiger EU-Mitgliedsstaaten Ungarn wegen des Kinderschutz- („Anti-Pädophilen“-)Gesetzes scharf an. Der liberale belgische Premierminister Alexander de Croo nannte es „primitiv“, während sein niederländischer Amtskollege Mark Rutte sagte: „Langfristig muss das Ziel sein, Ungarn in dieser Frage in die Knie zu zwingen. Sie müssen erkennen, dass sie entweder Mitglieder der Europäischen Union sind und damit eine Wertegemeinschaft mit uns teilen, oder sie müssen die Union verlassen“, eine Einschätzung, die auch der luxemburgische Premierminister Xavier Bettel teilte, der Viktor Orbán persönlich sagte: „Ich bin homosexuell und der Enkel eines Juden.“ Der französische Präsident Emmanuel Macron sagte seinerseits, Ungarns Anti-Pädophilen-Gesetz sei „nicht im Einklang mit unseren Werten und allem, was Europa bedeutet.“ Die ungarische Justizministerin Judit Varga warf dem niederländischen Ministerpräsidenten „koloniale Arroganz“ vor: „Solange ich lebe, werde ich mit aller Kraft dafür kämpfen, dass die Ungarn niemals vor Rutte oder einem anderen Kolonisator knien müssen.“
- Am Mittwoch, den 23. Juni, trafen sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, Vorsitzender des Fidesz, und Katalin Novák, Familienministerin und stellvertretende Vorsitzende des Fidesz, in Brüssel mit Georgia Meloni, der Vorsitzenden der italienischen nationalistischen Partei Fratelli d'Italia, mit der eine Zusammenarbeit im Rahmen einer Neuzusammensetzung der rechten Fraktionen im Europäischen Parlament nach dem Austritt des Fidesz aus der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei), der er seit dem Beitritt Ungarns zur Europäischen Union angehörte, beginnen könnte.
- Während seiner Pressekonferenz am Freitag, den 25. Juni, hat der französische Präsident Emmanuel Macron explizit klare Meinungsverschiedenheiten zwischen den west- und mitteleuropäischen Regierungen eingeräumt. „Wir haben ein großes Problem. Alle Länder der Erweiterung von 2004 [Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik] teilen eindeutig nicht unsere Werte [...] Es gibt eine Ost-West-Spaltung“ mit „einem Anstieg des Illiberalismus in Gesellschaften, die gegen den Kommunismus gekämpft haben und aus ihm hervorgegangen sind [...] Jahrzehntlang haben wir gedacht, dass die liberale Demokratie ein so attraktives Modell ist, dass die Menschen spontan zu ihr kommen, wie nach dem Fall der Mauer [...] Irgendetwas funktioniert nicht“.
- Der ungarische Staatspräsident János Áder hat beschlossen, das am 15. Juni vom Parlament verabschiedete Wohnungsbaugesetz dem Verfassungsgericht vorzulegen, um die Verfassungsmäßigkeit einer Änderung zu überprüfen, die die Vermietung von Wohnungen und Räumlichkeiten betrifft.

Polen

- Die Prüfung des Antrags der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts, die das Recht des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) anzweifelt, die Aussetzung ihrer Arbeit anzuordnen, durch das polnische Verfassungsgericht wurde auf den 14. Juli verschoben. Die Vertagung folgt unter anderem der Ablehnung – auf eigenen Wunsch – wegen des begründeten Verdachts der Befangenheit der Richterin Krystyna Pawłowicz wegen belastender öffentlicher Äußerungen über Frau Silva de Lapuerta, Vizepräsidentin des EuGH. Frau Pawłowicz wurde am 17. Juni durch ihren Kollegen Stanisław Piotrowicz ersetzt.
- Der polnische Europaabgeordnete Adam Bielan und seine Unterstützer gaben am Sonntag, den 20. Juni, offiziell die Gründung einer neuen politischen Partei bekannt, der Republikanischen Partei (Partia Republikańska, PR), die an diesem Wochenende im Palladium-Theater in Warschau in Anwesenheit des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński ihren konstituierenden Kongress abhielt. Diese neue Partei, eine Abspaltung von Jarosław Gowins Partei Porozumienie, und deren Vorsitzender Adam Bielan selbst ist, hat sechs Abgeordnete im Sejm (Mitglieder der PiS-Fraktion) und ist ein neuer Bestandteil der Koalition der Vereinigten Rechten.
- Laut Branchenexperten, die die Bildung einer „Spekulationsblase“ befürchten, gibt es derzeit einen sehr starken Anstieg der Immobilienpreise in Polen, der in einer Stadt wie Łódź in diesem Jahr bis zu 14% Preissteigerung erreicht. „Die Kunden kaufen praktisch alles, auch Wohnungen in schlechter Lage und in schlechtem Zustand“, so wird der Immobilienberater Tomasz Bleszyński von der Tageszeitung Rzeczpospolita zitiert.
- Der Fall um das Hacken der Messenger polnischer VIPs zieht immer weitere Kreise und soll über 150 Personen betroffen haben. Laut einer Erklärung von Jarosław Kaczyński, dem für die nationale Sicherheit zuständigen stellvertretenden Premierminister, betrafen die Cyberangriffe „die wichtigsten polnischen Beamten, Minister und Abgeordnete verschiedener politischer Richtungen“.
- Ein sogenannter „Gleichheitsmarsch“ wurde am Samstag, dem 19. Juni, in Warschau von Schwulenorganisationen unter der Schirmherrschaft von Rafał Trzaskowski, dem Bürgermeister der polnischen Hauptstadt, organisiert, auf dessen Website verkündet wurde, dass „der Juni die Zeit ist, die der Sichtbarkeit von LGBT+ Menschen und der Solidarität mit Minderheitengemeinschaften sowie der Förderung von Gleichheit und Solidarität gewidmet ist“. Trzaskowski, der persönlich an dem Marsch teilnahm, sagte: „Hier schlägt das Herz eines lächelnden und offenen Polens“. Diese Homosexuellen-Demonstration, bei der es zu verschiedenen eher barocken Szenen kam – wie die „Trauung“ zweier Männer, von denen einer von einem Kind begleitet wurde und eine als Hund verkleidete Frau an der Leine hielt... – erhielt auch die Unterstützung vieler westlicher Diplomaten, darunter die des deutschen Botschafters Arndt Freytag von Loringhoven.
- Bei einem Besuch in Wysokie Mazowieckie (Podlachien – Nordosten des Landes) im Rahmen der Werbung für das Programm „Polnischer Orden“ kündigte der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, einen „zivilisatorischen Sprung“ für sein Land in den kommenden Jahren an: „Wir müssen wieder aufbauen, aber vor allem müssen wir bauen. Das ist der Hauptteil unseres Plans, bis zum Ende des Jahrzehnts beim durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zu Europa aufzuschließen [...] Wenn wir die Ziele des polnischen Abkommens erreichen und wenn diejenigen, die jetzt auf eine Entführung gegen unsere Interessen setzen, keinen Erfolg haben, dann wird sich das Polen, in dem die Mehrheit der Polen lebt – das Polen der Dörfer und Kleinstädte – in einem Jahrzehnt massiv und zum Besseren verändern.“

- Als Teil der internationalen Kampagne für LGBT-Forderungen in Polen – wie auch in anderen mitteleuropäischen Ländern – sagte der US-Botschafter in Polen, Bix Aliu, auf dem Twitter-Account der Botschaft, dass „laut dem Open For Business-Bericht die fehlende Inklusion von LGBTQI+-Gemeinschaften Polen, Ungarn, Rumänien und die Ukraine mehr als 8,6 Milliarden Dollar pro Jahr kostet... Der Schutz der Menschenrechte von LGBTQI+-Menschen bedeutet auch mehr Wohlstand für alle.“ Open For Business ist ein Zusammenschluss von 36 US-Unternehmen, die sich für LGBT-Themen einsetzen.
- Eine neue Episode in der polnischen Ombudsmann-Seifenoper, in der sich der Sejm – in dem die PiS und ihre Verbündeten eine Mehrheit haben – und der Senat – in dem die Opposition die Mehrheit hat – immer noch nicht auf die Wahl eines neuen Rechtsverteidigers einigen können. Am 18. Juni lehnte der Senat daher die Kandidatur von Lidia Staroń – einer unabhängigen Senatorin, die zuvor Mitglied der PO (2005–2015) war – ab, deren Kandidatur drei Tage zuvor vom Sejm genehmigt worden war.
- Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei und ehemalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk wurde am heutigen Freitag, 25. Juni, mit dem Großkreuz des Ordens des Sterns von Rumänien ausgezeichnet, der höchsten rumänischen zivilen Auszeichnung. „Dank Präsident Iohannis und meinen lieben rumänischen Freunden fühle ich mich noch mehr motiviert, weiterhin der polnisch-rumänischen Freundschaft, unserem gemeinsamen Europa und den Idealen, die wir teilen, zu dienen: Freiheit, Solidarität und einfacher menschlicher Anstand“, sagte er.
- Nach dem Ausscheiden von drei PiS-Abgeordneten (Zbigniew Girzyński, Małgorzata Janowska und Arkadiusz Czartoryski), die mit den im Programm der sogenannten „Neuen Polnischen Ordnung“ geplanten Steuererhöhungen, die vor allem Kleinunternehmer treffen werden, sowie mit der Segregation zwischen Geimpften und Ungeimpften nicht einverstanden waren, hat die Vereinigte Rechte gerade formal ihre absolute Mehrheit im Sejm verloren. Dieser Verlust ist jedoch relativ, da er nicht unbedingt zu einer Abstimmung gegen die Regierung führen würde, die auch auf das Wohlwollen der Abgeordneten der Kukiz'15-Fraktion zählen kann.

Slowakei

- Der slowakische Premierminister von 2012 bis 2018, Robert Fico, nahm kein Blatt vor den Mund und feuerte einen Schuss auf die Anti-Covid-Impfstoffe ab. Er kündigte an, dass er sich nicht impfen lassen wird und verurteilt die Öffnung der Impfung für Kinder und Jugendliche scharf.

Tschechische Republik

- Ein Tornado hat am Abend des 24. Juni in mehreren Ortschaften der Region Hodonín (Göding – im Südosten Mährens) große Zerstörungen angerichtet und eine Landschaft unbeschreiblicher Verwüstung zurückgelassen. Hunderte von Menschen wurden verletzt und mindestens fünf starben, ganze Dörfer wurden zerstört, etwa zweitausend Gebäude wurden beschädigt und Zehntausende von Häusern waren ohne Strom. Angesichts des Ausmaßes der Zerstörung, das der tschechische Premierminister Andrej Babiš von Brüssel aus, wo er am EU-Gipfel teilnimmt, als „apokalyptisch“ bezeichnete, sind Rettungseinheiten aus der Slowakei, Österreich und Ungarn eingetroffen und unterstützen ihre tschechischen Kollegen weiterhin. Die Autobahn D2 zwischen Brünn und Breclav (Lundenburg) musste wegen umgestürzter Strommasten gesperrt werden. „Es ist wie ein Krieg“, wurde der

- Direktor des Krankenhauses Hodonín, Antonin Tesarik, von der lokalen Presse zitiert. Innenminister Ján Hamáček und Vizepremierministerin Alena Schillerová besuchten den Tatort

Slowenien

- 25.6.
Slowenien feiert 30 Jahre Unabhängigkeit. Anlässlich des Nationalfeiertags fand am Abend auf dem Platz der Republik in Ljubljana eine nationale Feier anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Slowenien statt, der feierliche Sitzungen der Nationalversammlung und des slowenischen Ministerrats vorausgingen. Im Präsidentenpalast findet ein Tag der offenen Tür statt. Der Nationalfeiertag, der auch ein gesetzlicher Feiertag ist, erinnert an die Ereignisse vor 30 Jahren, als die damalige slowenische Versammlung am 25. Juni 1991 die Schlüsseldokumente für die Unabhängigkeit Sloweniens verabschiedete. Die Unabhängigkeit wurde einen Tag später auf dem Platz der Republik feierlich proklamiert, wobei unter anderem die Flagge des neu gegründeten Landes an einem Fahnenmast vor der Nationalversammlung wehte. Die Freude währte jedoch nicht lange, denn schon am nächsten Tag folgte ein 10-tägiger Unabhängigkeitskrieg. An die bahnbrechenden Ereignisse wurde bei den Veranstaltungen am Freitag erinnert, unter anderem bei der zentralen Nationalfeier, die um 21:00 Uhr auf dem Platz der Republik stattfand. Den ersten Teil der Veranstaltung bestritt der Präsident der Republik, Borut Pahor, mit Begrüßungsreden der Ministerpräsidenten von Österreich, Kroatien und Ungarn sowie des italienischen Außenministers. Im zweiten Teil sprachen Premierminister Janez Janša und der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel zu den Zuhörern, um die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Slowenien zu begrüßen.
- 24.6.
Nach einem Treffen mit seinem slowenischen Amtskollegen Anže Logar in Ljubljana sagte der portugiesische Außenminister Augusto Santos Silva, dass Portugal als nächstes Land der EU-Ratspräsidentschaft eine große Anzahl von Dossiers an Slowenien übergeben werde. Darunter hob er die Validierung der nationalen Konjunktur- und Erweiterungspläne der EU hervor, eine Bedeutung, die auch von Herrn Logar betont wurde. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Minister hob Santos Silva die Validierung der nationalen Wiederherstellungs- und Resilienzpläne unter den Dossiers hervor, die die aktuelle portugiesische Präsidentschaft in genau einer Woche an ihre Nachfolgerin Slowenien übergeben wird. Wie Logar äußerte er die Erwartung, dass die ersten Pläne bereits auf dem Treffen der Finanzminister im Juli gebilligt werden würden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 14. bis 20. Juni 2021

21. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Die Europäische Kommission beschloss am 9. Juni, sich dem Antrag der tschechischen Behörden an den EuGH anzuschließen, Polen zur Zahlung eines Zwangsgeldes in Höhe von fünf Millionen Euro pro Tag zu verurteilen, wenn der Tagebau Turów unter Missachtung des Vorabentscheidungsurteils des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Mai weiter betrieben wird.
- Angesichts dieses Streits zwischen der Tschechischen Republik und Polen veröffentlichte eine Gruppe von acht polnischen und tschechischen Intellektuellen am Dienstag, den 15. Juni, einen offenen Brief auf dem Portal Konservativní Noviny, in dem sie die Behörden beider Länder auffordern, diese Frage bilateral zu lösen, ohne den Umweg über die „guten Dienste“ Brüssels zu gehen: „Lösen wir unsere Differenzen selbst, als gute Nachbarn.“

Ungarn

- Am Rande des NATO-Gipfels in Brüssel trafen sich der ungarische Premierminister Viktor Orbán und Außenminister Péter Szijjártó am Sonntag, den 13. Juni, mit ihren türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan und Mevlüt Çavuşoğlu, um die bilaterale Zusammenarbeit in der Militär- und Verteidigungsindustrie sowie die Stärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Ungarn und der Türkei zu besprechen.
- Am Montag, den 14. Juni, präsentierten der Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony und Krisztina Baranyi, die Bürgermeisterin des Stadtteils Ferencváros – wo ein Campus der chinesischen Fudan-Universität geplant ist – die Ergebnisse einer

lokalen Konsultation, an der mehr als 30.000 Menschen teilnahmen. Eine überwältigende Mehrheit der Teilnehmer (je nach Frage zwischen 96% und 99%) lehnte jegliche Änderungen am ursprünglichen Projekt der Studentenstadt ab und lehnte die Errichtung des chinesischen Campus ab. Deshalb fordern Herr Karácsony und Frau Baranyi ein nationales Referendum zu dieser Frage, die sie als von nationaler Bedeutung betrachten. In der Zwischenzeit hat das ungarische Parlament am Dienstag, den 15. Juni, den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf angenommen, der auf die Gründung einer Stiftung der Fudan-Universität Ungarn abzielt, auf die die Grundstücke, die für den chinesischen Campus vorgesehen sind und um die es in diesem Streit geht, kostenlos übertragen werden. Wie schon beim umstrittenen Anti-Pädophilen-Gesetz wurde auch diese Abstimmung von den linken Parteien boykottiert, während sich Jobbik der Stimme enthielt.

- Laut einer Umfrage des Nézópont-Instituts, die am Dienstag von der Zeitschrift Mandiner (regierungsnahe) veröffentlicht wurde, würde bei den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag der Fidesz – wie üblich – mit 52% der Stimmen gewinnen, gegenüber 43% für die Koalition der linken Parteien (einschließlich Jobbik), während die nationalistische Mi-Hazánk-Partei von László Toroczkai 3% bekommen würde.
- Nach mehreren Monaten gesundheitlicher Notlagen ergab eine von der Unabhängigen Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen (Független Egészségügyi Szakszervezet, FESZ) Anfang Juni durchgeführte Umfrage unter ihren Mitgliedern, dass 48 % von ihnen in naher Zukunft einen Berufswechsel in Erwägung ziehen würden, während 7 bis 8 % von ihnen bald in Rente gehen werden. „Unter den Gründen für den Rücktritt ist auch die mangelnde Wertschätzung sehr stark, was auch ein wiederkehrendes Element in den Antworten war“, erklärt Adriana Soós, die Präsidentin der Gewerkschaft, ein Problem, das ihrer Meinung nach jeden achten Fachmann betreffen würde.
- Die Verabschiedung des Gesetzes gegen Pädophilie durch die ungarischen Abgeordneten am Dienstag, den 15. Juni, hat starke negative Reaktionen der deutschen und französischen Behörden, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten hervorgerufen. Einige erwägen Sanktionen gegen Budapest, das nun LGBT-Propaganda, die sich an Minderjährige richtet, verbietet.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó gab am 13. Juni bekannt, dass Ungarn ab November das Kommando über die NATO-Truppen im Kosovo, KFOR, übernehmen wird.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó kündigte am Mittwoch, den 16. Juni, auf einer Pressekonferenz in Bratislava, wo er sich mit den Vorsitzenden der ethnisch-ungarischen Parteien in der Slowakei traf, an, dass Ungarn – sofern es nicht zu einer unerwarteten Verschlimmerung der Coronavirus-Epidemie kommt – die Kontrollen an seinen Intra-Schengen-Landgrenzen ab dem 24. Juni einstellen wird. Das bedeutet, dass für die Einreise nach Ungarn aus der Slowakei, Österreich oder Slowenien kein Impfzeugnis oder ein negativer Test mehr erforderlich sein wird.
- In einem Interview, das am Donnerstag, 17. Juni, von der kroatischen Wochenzeitung Glas Koncila veröffentlicht wurde, sprach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán über die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Brüssel und Mitteleuropa: „Wenn wir uns im Mittelalter befänden und einen Slogan auf eine Fahne schreiben müssten, der meine Arbeit und meine Philosophie beschreiben würde, würde ich schreiben: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘ [...] Natürlich verursachen alle, die gegen den Strom schwimmen, eine Menge Probleme. Wir zahlen einen hohen Preis dafür. Ungarn zahlt einen hohen Preis dafür, dass es die Istanbuler Konvention nicht unterschrieben hat und dann jede Politik des Kalten Krieges ablehnte; wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir den russischen Präsidenten nicht jeden Tag mit den Westlern verprügeln, sondern ihm den Respekt

entgegenbringen, den er als Präsident verdient; Wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir das christliche Modell der Familie schützen, so dass der LGBT-Wahnsinn hier keinen Platz hat; wir zahlen einen hohen Preis für unsere Position zur Einwanderung und wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir die Brüsseler Bürokratie nicht akzeptieren, aber vor allem als Gegengewicht zum Aufbau der mitteleuropäischen Zusammenarbeit. Wir zahlen also wirklich einen hohen Preis. Aber wenn wir diesen Preis nicht zahlen und unsere Interessen nicht verteidigen würden, könnten wir zwar bequemer leben, aber wir würden am Ende viel mehr verlieren. Es ist besser, zu kämpfen. Ich denke, Miklós Zrínyi [kroat. Nikola Zrinsky] würde das auch verstehen.

Polen

- Der polnische LGBT-Aktivist Michał Sz. alias Margot, der den Angriff von Abtreibungsbefürwortern auf Abtreibungsbefürworter am 27. Juni 2020 in Warschau anführte und dessen Verhaftung die linken Parteien ziemlich aufheizte, wird bald wegen des brutalen Angriffs, der von Sachbeschädigung begleitet war, vor Gericht gestellt. Ihm droht eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren.
- Nachdem der stellvertretende Ministerpräsident Jarosław Gowin, Vorsitzender der Partei Porozumienie, am Montag, den 14. Juni, in einem Interview mit Wirtualna Polska Kritik am Polnischen Orden, dem Wiederaufbauplan der polnischen Regierung nach der Pandemie, geäußert hatte, hat er sich nun zu Wort gemeldet, Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki erinnerte seinen Verbündeten in der Koalition der Vereinten Rechten daran, dass dieser an vielen Treffen zum Wirtschaftsprogramm der PiS teilgenommen und damals keine Einwände erhoben hatte: Jarosław „Gowin unterschrieb absolut alle Annahmen des polnischen Ordens. Er nahm an einem langen Treffen in der Nähe von Warschau teil, über dessen Einzelheiten wir uns verständigten. Zuvor hatte er an mehreren Treffen teilgenommen, bei denen wir eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Reform des Steuersystems erörterten. Und in der Tat sind sich alle einig, dass das Steuersystem progressiv sein muss“, erklärte er.
- Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki informierte das polnische Parlament am Mittwoch, den 16. Juni, in einer nichtöffentlichen Sitzung über eine Welle von Cyberangriffen gegen die Behörden des Landes. „Wir waren in letzter Zeit beispiellosen Cyberattacken gegen Polen, gegen polnische Institutionen und gegen Nutzer von E-Mail-Konten ausgesetzt“, sagte Regierungssprecher Piotr Müller am 15. Juni gegenüber Polsat News TV, wobei die Angriffe „nicht nur Dworczyk, [den nationalen Gesundheitsdirektor, Anm. d. Red.], Mitglieder der Regierung und der PiS, sondern eine große Gruppe von Menschen“ betrafen. Laut Michał Dworczyk, dessen E-Mail gehackt wurde, „zeigen die Syntax und Sprache der Nachrichten sowie die Metadaten der veröffentlichten Dateien, dass dieses Material möglicherweise von russischsprachigen Personen vorbereitet und zusammengestellt wurde.“
- Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) fällte diesen Donnerstag, den 17. April, ein Urteil, das man als rätselhaft bezeichnen könnte. Er wies die Klage von Stanisław Zalewski ab, einem ehemaligen – in diesem Fall polnischen – Häftling des Lagers Auschwitz, der die Verwendung der Begriffe „polnische Todeslager“ durch mehrere deutsche Medien beanstandete – eine Verfälschung der historischen Wahrheit, denn obwohl sie sich auf dem Gebiet des damals von Deutschland besetzten und teilweise annektierten Polens befanden, wurden die besagten Lager ausschließlich von deutschen Strukturen eingerichtet und verwaltet. Leider könnte dieses Urteil einen Präzedenzfall in diesem Bereich schaffen.

Slowakei

- Im Fall Kuciak, dem slowakischen Journalisten, der zusammen mit seiner Lebensgefährtin vor mehr als drei Jahren ermordet wurde, hat der Oberste Gerichtshof der Slowakei entschieden, die Freisprüche des Geschäftsmanns Marian Kočner und seiner Mitarbeiterin Alena Zsuzsová aufzuheben.
- Am heutigen Donnerstag, dem 17. Juni, wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die Klage des slowakischen ungarischsprachigen Fernsehsenders Servis TV-Videó – eines Lokalsenders in der Stadt Párkány (Štúrovo), einer zu 70 % ungarischsprachigen Ortschaft im Süden des Landes – gegen eine vom slowakischen Medienrat verhängte Geldstrafe in Höhe von 165 Euro ab, weil er es versäumt hatte, einige Sätze zu untertiteln, die von Zeugen eines Verkehrsunfalls am 6. Juli 2012 gesagt worden waren. Das slowakische Gesetz schreibt vor, dass alles, was auf Ungarisch gesendet wird, auf Slowakisch untertitelt werden muss – ohne Ausnahme.
- An diesem Wochenende findet in Bratislava (Pressburg) eine weitere Ausgabe der mittlerweile traditionellen geopolitischen Konferenz GLOBSEC statt, eine der größten sicherheitspolitischen Veranstaltungen in Mitteleuropa. Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová eröffnete die Konferenz u. a. mit den Worten: „Um besser zu bauen, müssen wir die Lehren aus der Pandemie anwenden. Wir müssen uns gemeinsame Ziele setzen und gemeinsame Schlussfolgerungen daraus ziehen, damit zukünftige Krisen vermieden werden können.“

Tschechische Republik

- Die tschechischen Senatoren haben am Freitag, den 11. Juni, einen Antrag angenommen, in dem die politischen Vertreter des Landes aufgefordert werden, nicht an den Olympischen Winterspielen teilzunehmen, die im nächsten Jahr in China stattfinden werden, und zwar aus Protest gegen die Haltung der chinesischen Regierung gegenüber Tibetern und Uiguren, aber auch gegenüber Taiwan und der ehemaligen britischen Kolonie Hongkong, daran erinnernd, dass das kommunistische China 2008 die Olympischen Sommerspiele in Peking dazu genutzt hat, „die Menschenrechte und Freiheiten weiter zu unterdrücken, was auch zu massiver Repression gegen Minderheiten geführt hat“, und die „massiven Verletzungen der Menschenrechte und Freiheiten, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnische, [...] kulturelle, religiöse und politische Diskriminierung“ in China.
- Der tschechische Premier Andrej Babiš hat in dieser Woche in einem Gastbeitrag in der Tageszeitung Právó deutlich gemacht, dass er in Tschechien keine „afrikanischen oder nahöstlichen Migranten, deren Lebensweise mit unserer absolut unvereinbar ist“, aufnehmen will.

Slowenien

- 14.06. Der parlamentarische Kulturausschuss erörtert den Jahresbericht des Rundfunkrates, die Berichte über die Tätigkeit des Aufsichtsrates von Radio Television Slovenia (RTVS) für 2019 und 2020 sowie den Jahresbericht der Slowenischen Presseagentur (STA) für das vergangene Jahr. Dr. Ignacija Fridl Jarc, Staatssekretärin im Kulturministerium, erwähnte unter anderem das Problem von Fake News und Desinformation – auch der Rundfunkrat ist der Meinung, dass die Mediengesetzgebung eine Bestimmung enthalten sollte, die eine ungenaue Berichterstattung durch die Medien verbietet und Verstöße entsprechend sanktioniert.

- 15.06. Die Regierungssprecherin für Covid-19, Maja Bratusa, verkündete das offizielle Ende der Coronavirus-Epidemie in Slowenien, die seit dem 19. Oktober 2020 andauerte. Einige Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Krankheit bleiben jedoch vorerst bestehen.
- 16.06. Ministerpräsident Janez Janša nahm an der Einweihung des neuen Terminals in Brnik [Letališče Jožeta Pučnika Ljubljana, Jože-Pučnik-Flughafen Laibach] teil, von dem die ersten Passagiere am 1. Juli abfliegen können, dem Tag, an dem Slowenien offiziell den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernimmt. Das funktionale Design des renovierten Laibacher Flughafens wurde weitgehend vom Investor Fraport Slowenien bestimmt. „Wir eröffnen ein Terminal, das in einer Zeit der Epidemie gebaut wurde, als die Luftfahrtindustrie einen der schlimmsten Schläge der Neuzeit erlitt“, erklärte Premierminister Janša.
- 17.06. Die slowenische Regierung verabschiedete einen Gesetzentwurf über Interventionsmaßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und des Tourismus, um die Folgen der Covid-19-Epidemie zu mildern, in Höhe von 243,5 Mio. €. Das von der Regierung verabschiedete Interventionsgesetz zielt in erster Linie auf den Tourismus- und Gastgewerbesektor, die Tagungsindustrie, den Sport und die Kultur ab, wo es staatliche Beihilfen in Form von Finanzierungen für Jahresurlaubsregelungen in Höhe von 1.024 € pro Mitarbeiter, Kostenerstattungen für die Tagungsindustrie und Barerstattungen von 25 % der förderfähigen Kosten für die Film- und audiovisuelle Industrie vorsieht. Außerdem wurden neue Gutscheine im Wert von 192,2 Millionen Euro eingeführt, um die wirtschaftliche Situation des Konsums in den Bereichen Gastgewerbe, Tourismus, Sport und Kultur zu verbessern.
- 18.06. Zwischen 6.00 Uhr am 18. Juni 2021 und 6.00 Uhr am 20. Juni 2021 wurden im Raum Ljubljana 10 Ausländer von Polizeibeamten bei der Ausübung ihrer staatlichen Grenzschaufgaben aufgespürt und festgenommen. Sie waren Bürger von Afghanistan und Iran. Slowenische Polizeibeamte sind täglich mit illegal nach Slowenien einreisenden Migranten konfrontiert.
- 19.06. Der Kongress der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS) findet in Slovenske Konjice statt. Hauptredner war der slowenische Premierminister und SDS-Präsident Janez Janša.
- 20.06. Genau sieben Jahre sind vergangen, seit Janez Janša, der derzeitige Premierminister, ins Gefängnis ging und zum „politischen Gefangenen“ wurde. Das Komitee zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Komitee 2014 wurde gegründet, um Folgendes zu fordern: eine sofortige Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zur Aussetzung der Inhaftierung von Janša, die Aufhebung des verfassungswidrigen, rechtswidrigen und ungerechten Patria-Urteils, die effektive Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Errichtung eines demokratischen Staates.

09) PiS verliert Sejm-Mehrheit nach Ausscheiden von drei Abgeordneten

29. 06. 2021



Wybór Polska · Foto: Facebook Screenshot

Neuer Paukenschlag am Freitag, 25. Juni, innerhalb der polnischen Regierungskoalition der Vereinigten Rechten: Drei PiS-Abgeordnete (Zbigniew Girzyński, Małgorzata Janowska und Arkadiusz Czartoryski) haben die Regierungspartei und ihre Fraktion verlassen. Sie sind mit den Steuererhöhungen nicht einverstanden, die das Programm der sogenannten „Neuen Polnischen Ordnung“ vorsieht und die vor allem Kleinunternehmer treffen werden, sowie mit der Diskriminierung, die in Polen – wie in vielen europäischen Ländern – zwischen Geimpften und Nichtgeimpften allmählich eingeführt wird. Auf dem Papier bedeutet dies, dass die Vereinigte Rechte (die PiS und deren Verbündete, *Solidarna Polska*, *Porozumienie* und die neu gegründete Republikanische Partei) nicht mehr die absolute Mehrheit im Sejm hat.

Wybór Polska, die Wahl Polens

Im Interview mit der Presse erklärt Małgorzata Janowska, dass die drei Rebellen ihre eigene Fraktion *Wybór Polska* (Die Wahl Polens) gegründet haben, deren Vorsitzende sie ist, und erläutert:

„Wir werden keine Frontalopposition sein, wir werden jedes Projekt substantiell bewerten. Wir werden niemanden ausschließen [...] Wir wollen für das stimmen, was gut für Polen ist. Wir werden sicherlich jede Abstimmung einzeln analysieren.“

Der Hauptgrund, warum sie gerade die PiS verlassen haben, ist das Programm „Neue Polnische Ordnung“, von dem sie sagen, dass es *„tragische Konsequenzen für die Wirtschaft des Landes haben wird.“*

Auf einer Pressekonferenz erklärte Zbigniew Girzyński, dass seine Entscheidung, die PiS zu verlassen, vor allem durch besagte „Neue Polnische Ordnung“ motiviert sei: *„Die Polen haben ihren ganzen Wohlstand mit ehrlicher Arbeit erworben.“*

Es schien mir, dass, wenn Kleinunternehmer die gesellschaftliche Gruppe sind, die die PiS 2015 zur Macht geholfen hat, die PiS sich besonders um sie kümmern würde. Leider ist die in der ‚Polnischen Ordnung‘ skizzierte Perspektive dem entgegengesetzt. Das wird dazu führen, dass es in Polen zwei Arbeitgeber geben wird: den Staat und große internationale Unternehmen.“

Ablehnung jeglicher „Diskriminierung von Bürgern“

Girzyński betonte auch, dass er eine „Diskriminierung der Bürger“, wie sie mit dem Covid-Impfpass angekündigt wird, ablehnt. *„Wir gründen eine Fraktion, aber wir tun es nicht, um eine Verhandlungsposition innerhalb der Vereinigten Rechten zu haben [...] wir wollen all jenen Hoffnung geben, die sich von der PiS vernachlässigt fühlen,“* fuhr er fort.

„Wir hoffen, dass dies der PiS helfen wird, sich von diesem schlechten Weg abzuwenden. Wenn sie nicht zurückkommt, sind wir überzeugt, dass unsere Fraktion wachsen wird. Viele Menschen teilen unsere Bedenken.“

Die PiS spielt das Thema herunter

Auf Seiten der PiS versucht man natürlich, die Auswirkungen dieser Spaltung herunterzuspielen. Die PiS-Sprecherin Anita Czerwińska kommentierte auf einer Pressekonferenz und deutete dabei mehr als deutlich an, dass die Gründe für den Abgang der drei Abgeordneten ganz andere sein könnten, als sie selbst behaupten: *„Wir sind davon überzeugt, dass diese plötzliche Entscheidung, im Fall des Abgeordneten Girzyński, mit dem Fall zusammenhängt, der vor ein paar Tagen breit kommentiert wurde. Es geht darum, was im Büro von Adam Hofman passiert ist. Es ist kein Geheimnis, dass diese Herren gesellschaftliche und berufliche Beziehungen haben [...] Was den Abgeordneten Czarotowski betrifft, so hat er es heute nicht gesagt, aber auch das ist das Thema. Wir wissen nicht, wie dieser Fall ausgehen wird, aber der Abgeordnete hat solche Erwartungen an die Parteiführung und die Fraktion gestellt, diese Angelegenheit zu diskutieren. Leider können sich Politiker nicht in solche Verfahren involvieren [...] Was Frau Janowska betrifft, scheint es ein Missverständnis zu geben, und wir werden versuchen, es zu klären.“*

Aus der Sicht des Kräfteverhältnisses im Sejm hat die Fraktion der Vereinigten Rechten nur noch 229 Sitze, also zwei Sitze weniger als die absolute Mehrheit, aber selbst wenn die drei Rebellen von *Wybór Polska* ausbleiben, gibt es noch einen Abgeordneten aus *Porozumienie*, einen Abgeordneten der neuen Republikanischen Partei (beide nicht Mitglieder der Fraktion der Vereinigten Rechten) und vor allem die vier Abgeordneten der Fraktion Kukiz'15, mit der die PiS kürzlich ein Kooperationsabkommen geschlossen hat – ganz zu schweigen von den elf Abgeordneten der nationalistischen Partei *Konfederacja*, die sich ganz sicher nicht mit der PO zusammentun werden.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Krieg der Worte zwischen Israel und Polen, nachdem Polen ein Gesetz verabschiedet hat, das Restitutionsansprüche begrenzt

26. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

„Wenn Israel über Moral schreibt, ist das wie wenn Russland über Menschenrechte schreibt“ (Dariusz Matecki)

Am Donnerstagabend verabschiedete das polnische Parlament eine Änderung der Verwaltungsprozessordnung, die den Zorn der israelischen Botschaft in Warschau auf sich zog, die behauptet, dass die Änderung die Rückgabe von jüdischem Eigentum oder die finanzielle Entschädigung von Holocaust-Opfern effektiv verhindern wird.

Nach den neuen Bestimmungen wird es 30 Jahre nach dem Erlass eines Verwaltungsbeschlusses unmöglich sein, eine Entscheidung auf dem Rechtsweg in Frage zu stellen.

Kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes veröffentlichte die israelische Botschaft in Warschau eine Stellungnahme, in der sie die Änderung kritisierte.

„Die jetzt vorgenommene Änderung des Gesetzentwurfs wird im Wesentlichen die Rückgabe jüdischen Eigentums oder die Beantragung einer finanziellen Entschädigung durch Holocaust-Überlebende, ihre Nachkommen und die jüdische Gemeinschaft, für die Polen jahrhundertlang Heimat war, verhindern. Dies ist unverständlich“, schrieb die Botschaft.

„Dieses unmoralische Gesetz wird die Beziehungen zwischen unseren Ländern unterminieren. Wir gehen ernsthaft an Versuche heran, die Rückgabe von Eigentum, das den Juden in Europa von den Nazis und ihren Kollaborateuren gestohlen wurde, an ihre rechtmäßigen Eigentümer zu verhindern. Polen weiß, was in diesem Fall der richtige Weg ist“, heißt es weiter.

Auch der israelische Außenminister Yair Lapid kritisierte das neue Gesetz scharf; über seine Äußerungen zu diesem Thema berichtete die israelische Zeitung *Jerusalem Post*. Der Nachrichtenchef des öffentlich-rechtlichen polnischen Fernsehens TVP, Jarosław Olechowski, bezog sich auf den Artikel auf Twitter.

„In dem Artikel der Jerusalem Post kommt das Wort DEUTSCHLAND nicht vor. Währenddessen erscheinen die Worte Polen [Land], Polen [Volk], Nazis und Holocaust zahlreiche Male. Genau wie in Yair Lapid's Statement selbst“, schrieb er.

Die Erklärung der Botschaft und Lapid's Kommentare lösten eine Lawine von weiteren kritischen Kommentaren in der polnischen Twitter-Sphäre aus.

„Akzeptieren Sie die Tatsache, dass Polen zur Sphäre der lateinischen Zivilisation gehört und als Teil davon die soziale Ordnung auf dem individuellen Recht des Besitzes aufgebaut ist, nicht auf dem ethnischen. Im Falle eines Mangels an Erben eines bestimmten polnischen Bürgers, geht das Eigentum an den Staat und nicht an Sie“, schrieb der Bundespolitiker Krzysztof Bosak.

„Israel, das über Moral schreibt, ist wie Russland, das über Menschenrechte schreibt“, sagte Dariusz Matecki, Politiker und Präsident des Anti-Polnischen Überwachungszentrums.

„Ich bin fasziniert von dem Satz über ‚Nazis und ihre Kollaborateure‘. Welcher Nationalität waren diese ‚Nazis‘? Polen hat, mit Ausnahme einiger Einzelfälle, nicht mit ‚Nazis‘ kollaboriert und gehörte zusammen mit polnischen Bürgern jüdischen Glaubens zur Gruppe der ‚Nazi-Opfer‘“, so Rafał Dudkiewicz.

Minister Kaleta: Es gibt keine polnische Schuld

Der stellvertretende Justizminister Sebastian Kaleta erklärte im Interview für das Portal *wPolityce.pl*, was die neue Gesetzesnovelle eigentlich beinhaltet und welche Ziele damit verfolgt werden.

„Mit dem Gesetzentwurf soll die Frist für die Beantragung von Restitutionsansprüchen eingeschränkt werden. Wenn es um Prozesse geht, die mangels Vorkriegserben nicht abgeschlossen wurden – das so genannte erbenlose Vermögen – soll das Gesetz diese amortisieren. Für Millionen von Polen entfällt damit die Zeit der ewigen Ungewissheit, ob ein echter oder (wie in Warschau manchmal geschehen) ein falscher Erbe oder Nachlassverwalter auftauchen wird, um Ansprüche auf ihr Haus, ihre Schule oder ihr Feld zu stellen“, sagte er.

Kaleta glaubt, dass „Israel eine Politik betreibt, die Polen zwingen soll, für das Eigentum polnischer Bürger zu zahlen, die keine Nachkommen hinterlassen haben und durch den deutschen Holocaust gestorben sind“.

„Ohne jede Grundlage versuchen sie, andere davon zu überzeugen, dass die Polen eine vermeintliche Schuld haben und für diese Zeit bezahlen müssen. Die Wahrheit ist das Gegenteil. Die Frage der Restitution ist die direkte Folge nicht des Holocausts, sondern der

Übergabe Polens in die Hände der Kommunisten und der fehlenden Reparationen aus Deutschland. Der eigentliche Adressat der israelischen Forderungen sollte Deutschland sein, auf das sich Israel derzeit als die mythischen ‚Nazis‘ bezieht“, erklärte der Minister.

Polen war die Heimat einer der größten jüdischen Gemeinden der Welt, bis sie während des Zweiten Weltkriegs von den Nazis fast vollständig ausgelöscht wurde. Jüdische ehemalige Eigentümer und ihre Nachkommen kämpfen seit dem Fall des Kommunismus im Jahr 1989 für eine Entschädigung.

Im Jahr 2015 entschied das polnische Verfassungsgericht, dass eine Frist gesetzt werden muss, nach der fehlerhafte Verwaltungsentscheidungen nicht mehr angefochten werden können. Im März schlug ein Parlamentsausschuss einen Gesetzentwurf zur Umsetzung mit Fristen zwischen 10 und 30 Jahren vor.

Quelle: [REMIX NEWS](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) „Wir arbeiten als Antithese zum Soros-Projekt“ – Konservative Universität in Warschau öffnet im Oktober ihre Tore

19. 06. 2021



Der Rektor des neuen konservativen Kollegs in Warschau, Collegium Intermarium, Dr. Tymoteusz Zych - Foto: Marcin Żegliński / TS

Der Rektor des Collegium Intermarium sagt, dass die Universitäten die Rolle der Verteidigung der Suche nach Wahrheit, Güte und Schönheit aufgeben zu haben scheinen und dass seine Institution versuchen wird, diese Rolle der Universitäten im öffentlichen Leben wiederherzustellen

Tymoteusz Zych, der Rektor des Collegium Intermarium, sagte, er sei nicht überrascht, dass er in den Medien angegriffen werde, noch bevor die von ihm geleitete Hochschule ihre Türen öffnet.

In einem Interview mit der langjährigen Solidarność-Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność“ sagte er, dies sei so, weil „die Universitäten derzeit von linken Ansichten dominiert werden.“ Er sagte, dass er verstehe, dass dies nicht über Nacht geändert werden könne und dass es nicht möglich sei, „uns in Ghettos einzuschließen“. Es muss getan werden, indem man „jungen Menschen eine Alternative zum linken Mainstream bietet“.

Er sagte, seine Institution werde sich auf traditionelle Werte stützen, die Europa geprägt haben, von denen sich der Kontinent aber verabschiedet hat. Sie würde auch auf der Förderung des Lernens und der freien Debatte beruhen und nicht auf Ideologie.

Auf die Frage nach dem Namen der Institution, Collegium Intermarium, bestätigte Zych, dass es ein Versuch sei, sich in die Idee des Intermariums als politische, philosophische und wissenschaftliche Einheit einzufügen und der Welt das intellektuelle Potential der Drei-Meere-Initiative zu zeigen, zu der Polen und 11 weitere Länder der mittel- und osteuropäischen Region gehören. Die Universität hofft, die Identität und Bedeutung der Drei-Meere-Initiative zu stärken, um den Versuchen der Kolonisierung der Region zu widerstehen.

Zych bestätigte, dass dies das erste derartige Projekt in Polen sei, aber es werde auf den besten Universitätserfahrungen in den Vereinigten Staaten und Großbritannien basieren. Auf die Frage nach dem geplanten Lehrplan sagte er, dass Recht und internationale Menschenrechte das „Flaggschiff“ seien, da die Wahrnehmung der Menschenrechte aus ideologischen Gründen missbraucht werde, unter anderem, um die Abtreibung zu legalisieren.

Das College wird auch Studien in Bereichen wie klassische Pädagogik, Psychologie, Architektur und Management entwickeln. Es wird auch einen Schwerpunkt auf kulturelle Klassiker, Rhetorik und die Kunst der Debatte im Diskurs geben. Lehrmethoden wie Einzeltutorien werden eingesetzt, und jeder Student wird seinen eigenen persönlichen Mentor für seinen Studiengang haben. Das College wird auch die praktische Erfahrung bei der Vorbereitung auf den juristischen Beruf in den Vordergrund stellen.

Auf die Frage, ob die Einrichtung eine Möglichkeit sein wird, konservative Kader in den Berufen und der öffentlichen Verwaltung bereitzustellen, meinte Zych, dass die Initiative viel breiter angelegt sei und versuchen werde, eine meinungsbildende intellektuelle Gemeinschaft zu schaffen, aus der sich Führungskräfte der zivilen und politischen Gesellschaft rekrutieren würden.

„Sie müssen nicht konservativ sein, was zählt, ist, dass sie die Wahrheit suchen und die freie Debatte und die Freiheit der akademischen Forschung respektieren“, sagte Zych.

Der Rektor sagte, dass es das Ziel des Projekts sei, niemandem Ansichten aufzuzwingen.

Rektor Tymoteusz Zych:

„Im Grunde genommen arbeiten wir als Antithese zum Soros-Projekt. Er will von oben lenken, indem er Gleichgesinnte rekrutiert, um Spitzenpositionen in der Gesellschaft zu besetzen. Wir wollen von unten nach oben arbeiten und die Menschen befähigen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen.“

Das College wird im Oktober mit der Durchführung von Kursen beginnen, zu denen jeweils 20 Studenten zugelassen werden. Forschungsprojekte werden rund um die Themen Ehe, Familie, Demografie, Souveränität, wirtschaftliche Freiheit und eine solide Bewertung der europäischen Integration aufgebaut.

Auch die Manipulation der öffentlichen Meinung durch traditionelle und soziale Medien soll erforscht werden.

Quelle: [TYGODNIK SOLIDARNOŚĆ](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Gazeta Wyborcza über polnische Verbrechen an guten Deutschen

22. 06. 2021

The screenshot shows the website wyborcza.pl with the 'ALE HISTORIA' section. The main article is titled 'Polska, ojczyzna Niemców. Nauczylili nas pisać i czytać. Ofiarowali łacinę i chrześcijaństwo' by Andrzej Romanowski, dated 12 czerwca 2021 | 06:00. The article features a black and white photograph of two men in conversation. To the right, there is a 'NAJCZĘŚCIEJ CZYTANE' (Most Read) sidebar with three items: 'WARSZAWA Chorzy leżą we własnych odchodach. Co się dzieje w szpitalach zamkniętych przed rodzinami?', 'MATERIAŁ PROMOCYJNY PARTNERA Przepis na sukces? Trzeba słuchać ludzi!', and 'MATERIAŁ PROMOCYJNY PARTNERA Nowa Skoda Enyaq IV, czyli SUV na prąd'.

Screenshot

In der linksliberalen Gazeta Wyborcza erschien ein Artikel von Andrzej Romanowski, der in Polen einen Skandal erzeugte:

Polen ist dank der Deutschen entstanden, es hat seinen Glauben und seine Kultur von ihnen übernommen. Jahre später, im Kampf mit dem Deutschen Orden, „teilte“ Polen Preußen, und so ist es kein Wunder, dass es nach mehreren hundert Jahren von Preußen selbst demontiert wurde. Als es – natürlich auch mit Hilfe der Deutschen – seine Unabhängigkeit

wiedererlangte, verfolgte es die Deutschen brutal. Daraus erwuchs die Wut der deutschen Soldaten im Jahr 1939 ... Deutsche Verbrechen an Polen? Eine Episode aus der tausendjährigen Geschichte! Und übrigens hätten auch die Polen Verbrechen begehen; es gab sogar polnische Lager für Deutsche... Das ist nicht die Erzählung irgendeines deutschen Nationalisten von der AfD. Dies ist das Bild, das der Historiker Andrzej Romanowski auf den Seiten der „Gazeta Wyborcza“ aufbaut – angeblich „aus Boshaftigkeit“ – und damit gegen den „primitiven Antigermanismus“ der Polen und der polnischen Behörden opponieren will.

„Polen, das Heimatland der Deutschen. Sie brachten uns das Schreiben und Lesen bei. Sie haben Latein und das Christentum geopfert“, einen Artikel mit diesem Titel veröffentlichte die [Gazeta Wyborcza](#) am 12. Juni auf ihrer Website. Klingt provokant? Der Inhalt von Andrzej Romanowskis Text ist noch viel schlimmer als der Titel. Es gibt sogar... polnische Lager.

Andrzej Romanowski ist an der Fakultät für Polonistik der Jagiellonen-Universität und am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften tätig. „Wir sind niemandem so viel schuldig wie den Deutschen. Dank ihnen sind wir mindestens zweimal nach Europa gekommen: vor über tausend Jahren und erst kürzlich. Die polnische Geschichte sollte von der deutschen – und europäischen – Geschichte eingeklammert werden. – schreibt Romanowski in seinem Artikel.

Der Autor geht von eher banalen Aussagen aus und erinnert daran, dass ein Teil der polnischen Gebiete jahrhundertlang auch von Deutschen bewohnt wurde. Er beschreibt, wie die Polen aus der deutschen Kultur schöpften, wie viele berühmte Polen der vergangenen Jahrhunderte deutsche Wurzeln hatten, wie die polnische Sprache vom Deutschtum durchtränkt wurde.

Im weiteren Teil des Textes erklärt er, dass er von nun an eine Haltung der „Widerspenstigkeit“ einnehmen werde, um gegen den „primitiven Antigermanismus der heutigen Machthaber Polens“ zu opponieren. Und während man über die polnisch-deutschen Beziehungen in den ersten Jahrhunderten der polnischen Staatlichkeit interessant schreiben kann, sogar über das Polentum und das Deutschtum von Nikolaus Kopernikus diskutieren kann, wirkt die Haltung der angeblichen „Gegensätzlichkeit“, angewandt auf die jüngere Geschichte, geradezu skurril...

So lesen wir zum Beispiel, dass der Friedensvertrag von Toruń (Thorn) von der deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts als Teilung Preußens bezeichnet wurde, „die Beteiligung Preußens an der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 wäre also eine Rache für die Teilung des Klosterstaates von vor 300 Jahren“.

Romanowski kritisiert z.B. die polnische Darstellung der deutschen Bewegung nach Osten, den Drang nach Osten, und kontrastiert sie mit ... dem polnischen und slawischen Drang nach Westen. „Während des Zweiten Weltkriegs erreichten die Deutschen Stalingrad, aber nach der Niederlage mussten sie sich noch weiter zurückziehen, während die Polen nicht nur das ganze schon Oberschlesien, sondern auch Niederschlesien, sowie Pommern und Ostpreußen bekamen,“ schreibt der Historiker.

„Wenn wir die polnisch-deutsche Geschichte aus der Perspektive von tausend Jahren betrachten, treten bewaffnete Konflikte, Teilungen und Germanisierung, sogar das völkermörderische Dritte Reich, in den Hintergrund und werden zu grausamen Einzelepisoden“, schreibt Romanowski. Das sind interessante Worte. Sie ähneln der

berühmten Aussage des Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland, der die Zeit der Naziherrschaft als unbedeutend („Vogelschiss“) in der tausendjährigen Geschichte des Deutschtums bezeichnete.

Romanowski schreibt weiter über die „polnische Schuld“. „Die Stellung der deutschen Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik ist uns kaum bekannt. Nicht umsonst haben in den Jahren 1919–26 etwa eine Million Deutsche Polen verlassen – die Hälfte der Bevölkerung dieser Gemeinde in diesem Gebiet“, schreibt er und erinnert an die anekdotische Geschichte, wie ein polnischer Lehrer in Września (Wreschen) einen Studenten, einen Deutschen namens Maletzki, demütigte. Die Demütigung soll 1925 stattgefunden haben. Romanowski fasst es mit einer bemerkenswerten Aussage zusammen: „Man braucht nicht viel Phantasie, um sich Maletzki's Schüler im Jahr 1939 vorzustellen; er wäre damals 25 Jahre alt gewesen.“ Deutsche Verbrechen an Polen als Vergeltung für Demütigungen in der Zweiten Republik?

Weiter schreibt der Autor über die „polnische Verantwortung“ für die Vertreibung der Deutschen aus den heutigen polnischen Westgebieten. „Das war der einzige Punkt, in dem sich ‚Londoner Polen‘ und ‚Lubliner Polen‘ trafen. Zweitens und am wichtigsten: Die Vertreibung wurde allein mit polnischen Händen durchgeführt“, schreibt Romanowski. Seiner Meinung nach „wurde das Programm der Vertreibung von der Nazi-Ideologie kopiert – diesmal war es Polen, das Lebensraum brauchte...“. „Und die Vertreibung wurde von Diebstahl begleitet: was die Deutschen nicht mitnahmen und die Rote Armee nicht plünderte, wurde zur Beute polnischer Plünderer. Und das geschah mit Hilfe von Lügen. Schließlich hatte Polen sechs Jahrhunderte lang keinen Anspruch auf die nun „wiedergewonnenen“ Gebiete.“ – Dann listet Romanowski „polnische Verbrechen“ auf – wie und wo Polen Deutsche getötet haben. Er endet mit einer unglaublichen Aussage: „In Potulice (Potulitz) in der Gemeinde Nakło (Nakel) war von 1945 bis 1950 das Zentrale Arbeitslager in Betrieb; 3100 Deutsche starben dort. Sind wir dann zu Recht entrüstet, wenn wir den Begriff „polnische Lager“ hören? Verstehen wir, was es auch bedeuten kann? „Die Rache der Opfer““.

Schließlich argumentiert Romanowski, dass der Erlass des Nationalrates vom 13. September 1956 „über den Ausschluss von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft“ nur „mit der grausamsten Periode des Stalinschen Terrors“ eine Analogie findet. Es bliebe noch daran zu erinnern, dass der Nationalrat eine Schöpfung der Kommunisten war!

Gegen Ende des Textes schlägt Romanowski auch auf den polnischen Glauben ein. „Polnisches oberflächliches Christentum – wie oft von nationalistischen Geistlichen zusammengeschustert ... Das echte Christentum wurde nach dem Krieg zuerst von den Deutschen vorgeführt. Ständig halfen sie ihren Brüdern aus der DDR und begannen auch denen zu helfen, die in Ostpreußen, Pommern und Schlesien regierten“, schreibt er.

Quelle: PCh24.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Polen: Jarosław Kaczyński bereitet sich auf die Wahlen 2023 vor

Von Tímea Koren-Karczub

16. 06. 2021



Jarosław Kaczyński · Bildquelle: Magyar Nemzet

Der Präsident der polnischen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jarosław Kaczyński, und der Vorsitzende der Oppositionsgruppe Kukiz'15 haben gestern gemeinsam ihre Vereinbarung zur Stärkung der Unterstützung für Recht und Gerechtigkeit (PiS) vorgestellt. Die Partei, die die Regierungskoalition anführte, hat an Popularität verloren. Inzwischen hat sich das Kräfteverhältnis zwischen den Oppositionsparteien deutlich verändert.

Ein Abkommen über gegenseitige parlamentarische Unterstützung wurde gestern zwischen der Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), der regierenden Koalition in Polen, und Kukiz'15, einer kleinen Oppositionsgruppe unter Führung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Paweł Kukiz, unterzeichnet.

Der Deal zielt darauf ab, die PiS zu stärken, die in letzter Zeit eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten mit den Zwergparteien der Koalition hatte. Die Vereinbarung mit Kukiz'15 verändert zwar nicht wesentlich das Kräfteverhältnis im Parlament, könnte der PiS aber prinzipiell eine Mehrheit bei einigen Abstimmungen sichern, bei denen die Koalitionsregierung, die derzeit 232 Abgeordnete hat, im 460 Sitze zählenden Unterhaus nicht einstimmig abstimmen würde.

Jarosław Kaczyński erklärte, dass die Vereinbarung dazu führen würde, dass die PiS eine Reihe von Gesetzen unterstützt, die für Kukiz'15 wichtig sind, im Gegenzug für die Unterstützung der Oppositionsgruppierung für das Programm der Regierung zur nationalen Entwicklung, das aus EU- und polnischen Haushaltsmitteln finanziert wird.

- Kukiz'15 wird alles unterstützen, was notwendig ist, um das derzeitige Gleichgewicht der politischen Kräfte im polnischen Parlament zu erhalten“, fügte Kaczyński hinzu. Er betonte, dass die Unterstützung von Kukiz'15 für die „parlamentarische Arithmetik“ wichtig sei, aber sie erweitere auch den Kreis der Bürger, die die PiS mit ihrem Programm ansprechen könne.

- Der Deal mit Paweł Kukiz ist nicht nur für die Stabilisierung der fragilen Parlamentsmehrheit wichtig, sondern auch, weil der populäre ehemalige Sänger es der Regierungspartei ermöglicht, eine Gruppe von Wählern zu erreichen, die grundsätzlich gegen das Establishment eingestellt sind und Vorbehalte gegenüber der Politik haben, und die zuvor möglicherweise reflexartig Kaczyńskis Partei, die in der Politik aktiv ist, abgelehnt haben.

- erklärte Mihály Rosonczy-Kovács, ein Analyst des Central European Viewpoint Institute, gegenüber Magyar Nemzet.

Die Partei, die die Koalition anführt, hat die Unterstützung, die sie braucht: Die jüngsten Umfragen zeigen, dass 32–36 Prozent der Wähler für das PiS-geführte Rechtsbündnis stimmen würden, ein deutlicher Rückgang gegenüber der Wahl 2019, als sie mit 43,6 Prozent einen Erdrutschsieg errang. Laut Mihály Rosonczy-Kovács war der Hauptgrund für den Rückgang der Popularität die Angleichung des Abtreibungsgesetzes von 1997 an den Artikel der Verfassung, der besagt, dass der Staat die Pflicht hat, das menschliche Leben zu schützen.

- Es gab gewalttätige Proteste gegen das Abtreibungsgesetz, und Jarosław Kaczyński gab kürzlich in einem Interview zu, dass seine Partei bei den weiblichen Wählern an Vertrauen verloren habe. In fast zwei Monaten hat die PiS eine Welle des Unmuts sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite ihrer eigenen Wählerschaft ausgelöst

- erklärte der Analyst.

Doch nicht nur innerhalb der PiS, sondern auch bei den Oppositionsparteien hat es seit den letzten Parlamentswahlen große Veränderungen gegeben. Die wichtigste Oppositionskraft, die Bürgerkoalition (eine Fraktion unter Führung der Partei Bürgerplattform), liegt in Umfragen mehrere Prozentpunkte vor der Partei Polen 2050, dicht gefolgt von der PiS mit 25 Prozent, obwohl sie erst nach den Parlamentswahlen im letzten Jahr gegründet wurde – nachdem Mitglieder anderer Fraktionen übergelaufen waren.

- Es ist fraglich, ob der Erfolg von Polen 2050 langfristig tragfähig ist. Obwohl sie in den Umfragen vor der Bürgerplattform (PO) liegt, die seit Jahren mit einer Identitäts- und Führungskrise zu kämpfen hat, kann sich letztere auf eine wesentlich stärkere Parteistruktur stützen.

In Polen ist das Entstehen neuer Formationen, die sich an Wähler richten, die von den alten Strukturen desillusioniert sind, sich aber für Politik interessieren, fast ein „normaler Vorgang“. Dies war der Fall bei der nun komplett verschwundenen Palikot-Bewegung von 2011 oder der nun fusionierten Modern. Hołownia scheint im Moment erfolgreicher zu sein als diese“, erklärt Mihály Rosonczy-Kovács. Er fügte hinzu, dass Polen 2050, angeführt von Szymon Hołownia, einer bekannten TV-Persönlichkeit, die bei den letztjährigen Wahlen zur Präsidentschaft der Republik in die Politik eintrat, vor allem auf Kosten der Bürgerplattform und der Polnischen Bauernpartei an Stärke gewinnen konnte.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Polnischer Außenminister kritisiert USA: erfuh Aufhebung der Nord Stream 2 Sanktionen aus Medien

17. 06. 2021



Zbigniew Rau · Foto: Albert Zawada/PAP

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau sagt, Präsident Biden scheine zu denken, Europa sei Deutschland allein

In einem Interview mit der rechtskonservativen Tageszeitung *Rzeczpospolita* hat der polnische Außenminister Zbigniew Rau das Verhalten der USA wegen des Verzichts auf Sanktionen gegen die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 kritisiert. Unter Präsident Joe Biden scheinen die USA Europa nur mit deutschen Interessen gleichzusetzen, so Rau.

Rau erklärte, er habe von Bidens Sanktionsverzicht aus den Medien erfahren. Polens Spitzendiplomat rechnet nicht mit einem Treffen zwischen Biden und dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda in naher Zukunft.

Aber er sagte, dass der NATO-Gipfel in Brüssel, der dem Biden-Putin-Gipfel vorausgeht, zumindest eine Gelegenheit bieten wird, die Sicherheitsbedenken zu besprechen, die durch den Sanktionsverzicht bezüglich Nord Stream 2 entstanden sind.

Rau bestätigte, dass Amerika seine Entscheidung über Nord Stream 2 mit niemandem in Mitteleuropa abgesprochen hat, obwohl Staatssekretär Antony Blinken Anfang des Jahres versichert hatte, dass keine Entscheidungen getroffen würden, die den mitteleuropäischen Interessen zuwiderlaufen.

„Leider ist die in Europa ankommende US-Delegation so sehr mit dem Putin-Biden-Gipfel beschäftigt, dass sie keine Zeit fand, irgendwelche Treffen mit Verbündeten an der Ostflanke der NATO zu organisieren“, sagte er.

Er fügte hinzu, dass die Fertigstellung von Nord Stream 2 Deutschland und Russland in eine Partnerschaft bringen werde, die eine strategische Bedrohung für Polen, die Ukraine und die baltischen Staaten darstelle. Er wies darauf hin, wie Putin während des Internationalen Wirtschaftsforums betont habe, dass die Ukraine nun „guten Willen“ in ihren Beziehungen zu Russland zeigen müsse. Auf diese Weise würde Nord Stream 2 Russland erlauben, eine Politik fortzusetzen, die auf „Drohungen, Erpressung und militärischer Aggression“ basiere.

Er fragte rhetorisch: „Und was hat die Ukraine getan, um den totalen Mangel an Konsultationen mit ihr über Nord Stream 2 zu verdienen?“

Auf die Frage, ob er das Gefühl habe, Polen habe den Fehler gemacht, der Trump-Administration zu nahe zu stehen, verneinte er dies.

Er war der Meinung, dass wir es mit einem Fall zu tun haben, in dem eine neue Administration irrtümlich die Politik ihres Vorgängers ablehnt.

Quelle: [Rzeczpospolita](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Konflikt um Tagebau in Turów (Gem. Reichenau/poln. Gmina Bogatynia)

Tschechien erhält Unterstützung im Konflikt mit Polen wegen des illegalen Braunkohleabbaus im Tagebaurevier Turów, das unmittelbar hinter der Staatsgrenze bei **Grottau** / Hrádek nad Nisou liegt. Bereits Mitte Mai hat der Europäische Gerichtshof einen Stopp des Abbaus in diesem Gebiet verfügt, solange in diesem Fall noch kein abschließendes Urteil gesprochen ist. Nachdem der polnische Premier **Mateusz Morawiecki** erklärt hat, dass Polen trotz Bergbauverbot weiterhin Braunkohle fördern werde, hat sich die Europäische Kommission der Klage Tschechiens angeschlossen. Die Tschechische Republik hat im Februar dieses Jahres Polen geklagt, weil der Tagebau auf der nordböhmischen Seite die Qualität des Trinkwassers bedroht. [Hier geht es zum „Powidl“-Bericht.](http://www.powidl.eu/braunkohle-konflikt-17-06-2021.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_12_2021&utm_term=2021-06-21)

http://www.powidl.eu/braunkohle-konflikt-17-06-2021.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_12_2021&utm_term=2021-06-21

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 76, 2021

Wien, am 21. Juni 2021

Die Tschechische Republik erhält Unterstützung im Konflikt mit Polen wegen des illegalen Braunkohleabbaus im Tagebaurevier Turów, das unmittelbar hinter der Staatsgrenze bei Hrádek nad Nisou (Grottau) liegt. Bereits Mitte Mai hat der Europäische Gerichtshof einen Stopp des Abbaus in diesem Gebiet verfügt, solange in diesem Fall noch kein abschließendes Urteil gesprochen ist. Nachdem der polnische Premier Mateusz Morawiecki erklärt hat, dass Polen trotz Bergbauverbot weiterhin Braunkohle fördern werde, hat sich die Europäische Kommission der Klage Tschechiens angeschlossen. Die Tschechische Republik hat im Februar dieses Jahres Polen geklagt, weil der Tagebau auf der nordböhmischen Seite die Qualität des Trinkwassers bedroht.

Illegaler Braunkohle-Abbau in Polen: **EU unterstützt Tschechien**
17.06.2021

Die Fortsetzung des Bergbaus bis zum rechtskräftigen Urteil könne negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt haben, deswegen schließt sich auch die Europäische Kommission der Klage Tschechiens an, teilte ein Sprecher der Kommission am 16. Juni mit. Während tschechische Politiker von einem ersten Sieg im Turów-Konflikt sprechen, sieht Polens Premier Morawiecki sein Land von der EU ungerecht behandelt. Die polnische Regierung bestreitet, durch den Ausbau der Mine und der weiteren Kohleförderung und Verstromung gegen EU-Recht zu verstoßen. Wenn die polnischen Behörden das Gerichtsurteil nicht respektieren, können hohe Geldstrafen verhängt werden.

Laut Europäischem Gerichtshof (EuGH) konnte Polen seine Argumentation, dass die Einstellung des Kohleabbaus in Turów eine einschneidende Bedrohung der Energiesicherheit des Landes, die Stromversorgung der Bevölkerung und den grenzüberschreitenden Stromhandels darstelle, nicht ausreichend belegen. "Jedenfalls kann der von Polen behauptete angebliche Schaden, der mit der Unfähigkeit, bedeutende Energieprojekte und Investitionen durchzuführen, zusammenhängt, in keinem Fall gegenüber Umwelt- und Gesundheitsaspekten Vorrang haben", stellte das Gericht fest.

Tschechische Umweltschützer sehen im Eingreifen der Kommission zugunsten der Einwände Tschechiens bereits einen Wendepunkt im Turów-Konflikt. "Die Kommission sendet damit ein deutliches Signal an Polen, dass in Turów die illegale Braunkohleförderung eingestellt werden muss", kommentierte Nikol Krejčová von Greenpeace Tschechien. Die tschechische Regierung beschloss, beim EuGH einen Tagessatz von fünf Millionen Euro als Strafe für Polen zu fordern. Gleichzeitig wollen Umwelt- und Außenministerium jedoch auch ein bilaterales Abkommen mit Warschau ausverhandeln. Laut Angaben von Greenpeace soll dieser Vertrag eine Kompensation von 45 Millionen Euro enthalten, die von polnischer Seite gezahlt werden müsste. Von Einschränkungen im Abbau sei in dem Abkommen keine Rede. Polen selbst hat jegliche Verpflichtung zur Verminderung der Förderung abgelehnt. Der Staat möchte bis 2044 den Tagebau aufrechterhalten.

Greenpeace hat in Prag eine Protestkundgebung veranstaltet, bei der zwei Forderungen an die Regierung gestellt wurden: Erstens soll sie sich für den Stopp des illegalen Bergbaus einsetzen und die Durchsetzung des Gerichtsurteils mittels Sanktionen unterstreichen, zweitens dürfe die Regierung ihre Klage nicht zugunsten eines schwachen bilateralen Abkommens zurückziehen, wenn durch den Vertrag kein Ende des Abbaus fixiert wird. Greenpeace schlug zudem vor, für ein allfälliges Abkommen mit Polen auch Vertreter von Seiten der EU einzuladen.

**16) Tschechischer PM: Niederlande und Schweden bis 2044 und 2065
mehrheitlich muslimisch**

19. 06. 2021



Andrej Babiš ·

Foto: David Sedlecký / Wikimedia CC BY-SA 4.0,

**„Ich werde niemals zulassen, dass so etwas in der Tschechischen Republik passiert“,
schreibt Premierminister Babiš**

Der tschechische Premierminister hat einen Artikel geschrieben, in dem er die Einwanderung stark kritisiert und seine rivalisierende Piratenpartei mit einer erhöhten Einwanderung nach Tschechien in Verbindung bringt. In dem Artikel macht er eine Reihe von Vorhersagen darüber, wann bestimmte europäische Länder eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung haben werden.

„Nach einigen Berechnungen werden die Niederlande im Jahr 2044 ein mehrheitlich muslimisches Land sein, und Schweden wird im Jahr 2065 folgen. Leider sind das die Fakten“, schrieb der tschechische Premier Andrej Babiš in einem Artikel der tschechischen Tageszeitung *Právo*. Babiš zitiert die Studien, auf die er sich bezieht, nicht.

„Für mich ist das ganz klar. Ich werde niemals zulassen, dass in Tschechien etwas Ähnliches passiert“, so Babiš weiter.

Während die ethnischen Schweden in den nächsten 45 Jahren zu einer Minderheit in ihrem Land werden, so das Ergebnis einer aktuellen akademischen Studie, gibt es weniger Beweise dafür, dass die Muslime zu einer Mehrheit werden würden. So weist Pew Research darauf hin, dass sich die muslimische Bevölkerung Europas bis zum Jahr 2050 auf 75 Millionen verdreifachen könnte. In Schweden könnten die Muslime 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen, in den Niederlanden 15 Prozent.

„Was unser Land betrifft, werden wir selbst entscheiden, wer in unserem Land leben und arbeiten wird. Die Vorstellung, dass wir freiwillig afrikanische oder nahöstliche Migranten, deren Lebensweise mit der unseren absolut unvereinbar ist, in die Tschechische Republik ziehen lassen würden, ist absolut inakzeptabel. Wie ich kürzlich in der

Abgeordnetenversammlung sagte, wollen wir unser Land nicht teilen. Nur die Piraten-Partei hat eine völlig gegenteilige Meinung“, schrieb Babiš und verwies auf seinen Streit mit den tschechischen Piraten.

Babiš verweist auf soziale Missstände durch Migration

Das Geschäft mit den demografischen Prognosen ist ein heikles, aber es gibt klare Trends, die zeigen, dass die muslimische Bevölkerung in Westeuropa wächst, während die einheimische Bevölkerung sinkt. Babiš mag letztlich unpräzise sein, wenn man die Zeitachse solcher Verschiebungen betrachtet, aber die Daten zeigen, dass seismische demographische Veränderungen in der europäischen Gesellschaft stattfinden. Der tschechische Premierminister behauptete auch, dass die Migration zu großen gesellschaftlichen Problemen in ganz Westeuropa geführt hat, die nur wachsen werden, wenn man sie nicht unter Kontrolle hält.

„Wir sehen heute und jeden Tag in Westeuropa, wohin unkontrollierte Migration führen kann. In Deutschland werden Polygamie und Kinderehe toleriert. In Großbritannien gibt es islamische Parallelgerichte. In Frankreich schneiden Migranten Lehrern den Kopf ab oder greifen Frauen an, weil sie angeblich einen zu kurzen Rock tragen“, schreibt Babiš auch in dem Artikel für *Právo*.

Babiš' Artikel hat Kritik von einigen Akademikern in Tschechien geerntet.

„Es ist völlig falsch. Er will den Leuten Angst einjagen. Vor einem Jahr sagte er, dass Belgien im Jahr 2040 ein mehrheitlich muslimisches Land sein wird“, sagte Daniel Prokop, Soziologe und Forscher an der Karlsuniversität in Prag, über die Aussage des Premierministers gegenüber [Svenska Dagbladet](#).

Laut Prokop versucht Babiš, ein bedrohliches Bild des zukünftigen Migrantenzustroms zu malen, um von den innenpolitischen Problemen abzulenken.

„Ich will die Probleme, die mit der Migration zusammenhängen können, nicht herunterspielen. Aber das hier ist absurd. Seine Prognosen sind extrem übertrieben“, sagte Prokop.

Babiš nutzte seine Rede auch, um seine rivalisierende Piratenpartei als „Willkommensheißer“ von Migranten zu bezeichnen und fügte hinzu, dass die Piraten überschüssige Wohnflächen besteuern und Migranten in Haushalte einziehen lassen wollen. Die Piratenpartei verteidigte sich jedoch gegen solche Anschuldigungen mit einem Antrag auf eine einstweilige Verfügung und forderte eine Entschuldigung. Das Gericht hat Babiš bereits aufgefordert, sich für andere Angriffe auf die Piraten zu entschuldigen, was der Ministerpräsident jedoch verweigert.

Titelbild: Tschechiens Premierminister Andrej Babis geht, um während einer Parlamentssitzung in Prag, Tschechische Republik, Donnerstag, 3. Juni 2021, zu den Gesetzgebern zu sprechen. Die tschechische Koalitionsregierung unter dem populistischen Ministerpräsidenten Andrej Babis steht während der Sitzung vor einem Misstrauensvotum des Parlaments. (AP Photo/Petr David Josek)

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) CZ: Web-Zensur wächst, aber Regierung tut wenig dagegen

Von Daniel Kaiser

20. 06. 2021



Foto: Shutterstock

Der Zensur-Trend macht sich nun auch im tschechischen Internet breit, wo bisher die Cancel Culture mehr oder weniger vermieden wurde

Die in Tschechien angesehene Organisation Allianz für die Familie scheint das jüngste Opfer der Internetzensur im Land zu sein. Auf Twitter gab die Allianz bekannt, dass sie auf Facebook zensiert wurde und es gibt Befürchtungen, dass dies ein komplettes Verbot bedeuten könnte.

„Laut Facebook verstößt die Allianz für die Familie gegen die Gemeinschaftsstandards. Wir sagen immer wieder, dass ein Kind einen Vater und eine Mutter braucht. Aber es ist uns nicht erlaubt, solche Dinge in dieser neuen, schönen und Regenbogengesellschaft zu sagen“, schrieb die Organisation und bezeichnete die Zensur als „Beerdigung“.

Obwohl die Allianz für die Familie nicht komplett verboten wurde, wurde die Organisation in letzter Zeit mehrmals verwarnt. Berichten zufolge werden Administratoren bei der Arbeit mit dem Facebook-Profil der Organisation eingeschränkt und können bestimmte Schritte nicht unternehmen (wie z. B. Leute, denen einige der Beiträge gefallen haben, einzuladen, Fans der Seite zu werden), woraufhin eine vage Ankündigung von Verstößen gegen die Gemeinschaftsrichtlinien erscheint. Wenn vergangene Fälle ein Hinweis sind, ist es oft der Fall, dass ein Verbot folgt, nachdem Facebook solche Schritte unternommen hat.

Die Allianz für die Familie ist nicht die einzige, die ins Visier genommen wird. Auch andere Figuren des „konservativen“ Facebook oder Twitter, wie z.B. der Spieleentwickler Daniel Vávra, deuten darauf hin, dass ein Verbot von Facebook nicht mehr weit entfernt ist. In einer solchen Situation freuen sich die Angegriffenen natürlich über jeden tschechischen Politiker, der sich gegen Zensur im Internet ausspricht.

Der ehemalige Vorsitzende der Christdemokratischen Partei (KDU-ČSL), Marek Výborný, tat dies auf seinem Twitter-Account und schrieb: „Ist die Welt verrückt geworden?“ und „Es ist nicht möglich, auf diese Weise zensiert zu werden, um eine stabile Familie zu verteidigen.“

Doch weil Václav Havel uns einst lehrte, dass Freiheit unteilbar ist, müssen wir den christdemokratischen Politiker daran erinnern, dass die Zensur in sozialen Netzwerken, diese „Reduzierung der Verbreitung von Inhalten“, nicht nur auf Themen und Gruppen angewandt wird, die ihm persönlich nahe stehen, sondern auch auf die Kritik an der europäischen Integration, die grüne Ideologie und natürlich die sehr empfindlichen Vertreter solcher Ideologien.

Was tut Tschechien gegen die Zensur?

Der Zensur-Trend macht sich nun auch im tschechischen Internet breit, wo bisher die Cancel Culture mehr oder weniger vermieden wurde.

Seit mehr als zwei Jahren gibt es einen Gesetzesentwurf in der Abgeordnetenversammlung, der das Löschen von nicht strafbaren Beiträgen zu einer Straftat machen würde, die mit einer Geldstrafe, in extremen Fällen sogar mit einer Haftstrafe geahndet werden könnte. Ende April dieses Jahres haben die Abgeordneten den Vorschlag zur zweiten Lesung angenommen, aber es wird allgemein angenommen, dass er am Ende nicht angenommen wird. Die christdemokratische Partei hat nichts für den Erfolg dieses Modells getan.

Im September letzten Jahres wurde eine Petition der Gesellschaft zur Verteidigung der Meinungsfreiheit (SOSP) mit dem Namen „Stoppt die Zensur“ in Umlauf gebracht. Neben der Forderung nach der Einrichtung einer parlamentarischen Kommission, die Gesetze gegen die Internetzensur verabschieden soll, wird auch gefordert, dass Firmen aus dem Silicon Valley einige Verbindungsleute in Tschechien einrichten, an die sich Opfer von Zensur wenden können.

Die Allianz für die Familie befindet sich heute in einer Situation, in der sie sich nur an eine Art Algorithmus, eine anonyme Organisation, wenden kann und auf jede Frage eine vorgefertigte Antwort erhält, ein Phänomen, mit dem sich unzählige Einzelpersonen und Organisationen konfrontiert sahen, als ihre Accounts zensiert oder verboten wurden.

Gestern retweetete die SOSP den Beitrag von Výborný mit einer Bemerkung: „Keiner der christdemokratischen Abgeordneten hat bisher unsere Petition unterzeichnet, und wir haben nur eine offizielle, sehr vage Reaktion der Partei nach vielen Monaten des Schweigens erhalten. Aber es ist nie zu spät.“

Das Desinteresse gilt auch für den Rest der Mitte-Rechts-Parteien, vor allem für die Bürgerdemokraten, abgesehen von einigen einzelnen Politikern.

Es ist sicher, dass, wenn die Mehrheit im nächsten Abgeordnetenhaus auch nur eine Stimme hat, die nächste Regierung von der Spolu-Koalition gebildet wird, wo, wie man sieht, der Kampf gegen die Internetzensur nur teilweise von der Piratenpartei unterstützt wird. Die Piraten sprechen zwar von einer europäischen Lösung des Problems, aber im Allgemeinen interessiert sie die Zensur in sozialen Netzwerken nicht.

Die nächste tschechische Regierung wird in dieser Hinsicht wohl nichts Ernsthaftes unternehmen. Sie wird sich nicht von Polen inspirieren lassen, wo zum Beispiel eine konservative Regierung ein Sondergericht gegen moderne Zensur geschaffen hat. Die

tschechischen gemäßigten Konservativen kämpfen gegen sich selbst, denn bei dem derzeitigen Tempo der Verengung des Meinungskorridors werden selbst Dinge, mit denen sie in diesem Jahr noch Wahlkampf machen, noch vor den nächsten Wahlen aus Facebook gelöscht werden.

Quelle: [Echo24.cz](https://www.echo24.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) In der Tschechischen Republik sagen die Abgeordneten Ja zur Selbstverteidigung

23. 06. 2021



Die tschechischen Abgeordneten haben am Freitag, den 18. Juni, mit 141 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen einen Antrag angenommen, der die Charta der Grundrechte und Freiheiten um einen neuen Artikel ergänzt, der besagt, dass „das Recht, das eigene Leben oder das Leben eines anderen Mannes oder einer anderen Frau auch mit Hilfe einer Waffe zu verteidigen, unter den gesetzlich festgelegten Bedingungen garantiert ist.“ Mit anderen Worten: Die tschechischen Abgeordneten stimmten für die Legalisierung der Selbstverteidigung. Um Gesetz zu werden, muss diese Änderung noch vom Senat genehmigt werden.

„Übermäßige Regulierung führt zu einem Anstieg der Anzahl illegaler Waffen
Zur Motivation für die Änderung der Gesetzgebung in diese Richtung erklärte die Abgeordnete Jana Černochová (Bürgerlich-Demokratische Partei, ODS – Opposition):

„Eine übermäßige Regulierung von legal gehaltenen Waffen macht keinen Sinn und führt zu einem Anstieg der Zahl illegal gehaltener Waffen [...] Das Ziel ist nicht, die Zahl der Waffen in den Händen der Bürger zu erhöhen. [...] Eine vernachlässigbare Anzahl von Verbrechen wird mit einer legal gehaltenen Waffe begangen“,

während der Abgeordnete Jiří Mašek (ANO – Mehrheit) sagte: „Dies ist kein Gesetz über die Bewaffnung, sondern über den Einsatz von Waffen zur Selbstverteidigung.“ Der Vorsitzende der Populistischen Partei (SPD), Tomio Okamura, der den Text ebenfalls unterstützte, argumentierte seinerseits, dass „ein ehrlicher Mann [...] Angst hat, sich zu verteidigen, wenn er nachts in seinem Haus angegriffen wird“, und bezog sich dabei auf einen jüngsten Vorfall in der Region Pilsen (Westböhmen).

Eine Petition, die von 102.000 Menschen unterstützt wird

Die Änderung folgt einer Petition, die von Jägern und anderen Waffenbesitzern initiiert und von 102.000 Bürgern unterzeichnet wurde, als Reaktion auf die Bestrebungen der Europäischen Kommission, im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus den – auch legalen – Besitz von Schusswaffen einzuschränken.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Ferenc Kalmár: „Die Frage der Minderheiten ist eine europäische Frage“

Von Éva Harangozó

28. 06. 2021



Ferenc Kalmár, Ministerialbeauftragter - Foto: Zoltán Havran / Magyar Nemzet

Die Frage der nationalen Minderheiten ist seit Trianon, also seit hundert Jahren, eine der Säulen der ungarischen Außenpolitik, betont Ferenc Kalmár, Ministerialbeauftragter für die Entwicklung der ungarischen Nachbarschaftspolitik. Der Politiker gab der ungarischen Tageszeitung Magyar Nemzet ein Interview anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung des Europarates und des Außen- und Handelsministeriums, die morgen in Straßburg stattfindet und sich mit den Rechten der nationalen Minderheiten, den bisher erreichten Ergebnissen und den damit verbundenen Herausforderungen beschäftigt.

- Was ist der Zweck der Konferenz?

- Unser Ziel ist es, das Thema der nationalen Minderheiten auf der Tagesordnung zu halten. Denn wir sehen, dass die Europäische Kommission es abgelehnt hat, eine EU-Gesetzgebung auf der Grundlage der Minority SafePack-Initiative zu initiieren, und damit das Thema der nationalen Minderheiten faktisch abgeschüttelt hat. Der Europarat hat jedoch in den 1990er Jahren Dokumente erarbeitet, die auch heute noch die Grundlage für den Schutz nationaler Minderheiten in Europa bilden. Ich glaube, dass die Frage der nationalen Minderheiten auch mit der Frage der Stabilität und des Friedens in Europa verbunden ist. Die Tatsache, dass dieses Thema von den EU-Gesetzgebern vom Tisch gefegt wird, zeigt jedoch, dass sie sich nicht mit den angespannten Situationen befassen

wollen, die durch die Vernachlässigung dieses Themas entstanden sind, wie etwa die Frage der Ostukraine. Diese Spannungen können sich in Zukunft durchaus noch verstärken. Zwischen Mai und November dieses Jahres wird Ungarn zum zweiten Mal die rotierende Präsidentschaft des Ministerkomitees des Europarates innehaben. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Handel plant in diesem Jahr vier Konferenzen, die sich mit der Förderung eines effektiven Schutzes nationaler Minderheiten befassen. Die erste Etappe ist die morgige Konferenz in Straßburg, die sich mit den Instrumenten befasst, die wir derzeit haben, um uns für den Schutz nationaler Minderheiten in Europa einzusetzen.

- Was sind die Prinzipien, die Sie für wichtig halten?

- Erstens sollten alle akzeptieren, dass die Frage der nationalen Minderheiten keine innerstaatliche, sondern eine europäische Angelegenheit ist. Wenn wir über den Schutz von nationalen Minderheiten sprechen, meinen wir den Schutz der Identität. Denn diese Gemeinschaften werden nur überleben, wenn sie ihre Identität bewahren. Gleichzeitig sind individuelle und kollektive Rechte notwendig, um diese Identität zu bewahren. Ich möchte anmerken, dass es im Leben des Europarates bisher zwei Berichte gab, die es geschafft haben, kollektive Rechte durchzusetzen: 2003 den Bericht des Schweizer Vertreters Andreas Gross über Autonomie und 2014 den Kalmar-Bericht. Das nächste Prinzip ist, dass die Nationalität nicht der Staatsbürgerschaft folgen sollte. Die beiden können getrennt werden. Und es ist auch wichtig, dass die nationalen Gemeinschaften, die auf dem Territorium eines Landes leben, Teil des Prozesses der Staatsbildung dieses Landes sind. Dies ist im ungarischen Grundgesetz und im ungarischen Staatsangehörigkeitsgesetz festgelegt. Wir haben die oben genannten Prinzipien zusammen mit der Gesandten des Ministerpräsidenten, Katalin Szili, formuliert und werden sie dem Europarat zur Annahme vorschlagen.

- Welche Instrumente gibt es zum Schutz der Rechte von nationalen Minderheiten?

- Mitte der 1990er Jahre wurden unter dem Druck der südslawischen Kriege zwei Dokumente verabschiedet, die bis heute die Grundlage für den Schutz der nationalen Minderheiten in Europa bilden. Das eine ist das Europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und das andere ist die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Diese beiden Dokumente sind auch heute noch in Gebrauch: Sie sind verbindlich, aber nicht einklagbar.

- Was glauben Sie, wie die Konferenz morgen ankommen wird?

- Es hing schon immer vom politischen Establishment ab, wie verschiedene Länder die Frage der nationalen Minderheiten sehen. In den meisten europäischen Ländern ist das wirtschaftliche Klima für nationale Minderheiten nicht günstig, weshalb wir versuchen, dieses Thema am Laufen zu halten. Ich glaube, dass es nie einen letzten Moment gibt, aber wenn wir die Vielfalt Europas bewahren wollen, die eine der Grundlagen der europäischen Kreativität ist, müssen wir auch die verschiedenen nationalen Identitäten für die Zukunft bewahren. Es ist unter anderem die kulturelle Vielfalt, die die Entwicklung Europas gesichert hat. Dies ist aber nur möglich, wenn wir uns gegenseitig respektieren und anerkennen. Wenn die oben genannten fünf Prinzipien von Europa angenommen und in die Rechtssysteme der verschiedenen Mitgliedstaaten aufgenommen würden, dann könnten diese die Grundlage sein, auf der man mit den Verhandlungen beginnen und Ergebnisse erzielen könnte. Europa rutscht wirtschaftlich immer weiter ab, sein politisches Gewicht in der Welt nimmt ab. Wir glauben, dass die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen, darin besteht, dass sich die Nationen zusammenschließen. Wenn wir miteinander konkurrieren und uns damit beschäftigen, wie wir uns gegenseitig assimilieren können,

werden wir keine Ergebnisse erzielen können. Dann werden wir alle zu Verlierern im globalen Wettlauf. Aber wenn wir zusammenarbeiten, besteht eine gute Chance, dass wir Gewinner sein werden. Dies gilt umso mehr für Mittel- und Osteuropa. Hier sollten sich die Nationen zusammenschließen, um Gewicht und eine Stimme zu haben. Wenn die Nationen Europas zusammenstehen, dann sind europäischer Fortschritt und Erfolg wieder garantiert.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Film „Genozid in Engerau“ („Népartás Pozsonyligetfalun“)

Von Attila Ditzendy

29. 06. 2021



Szene aus "Genozid in Engerau"

Die Verleihung des Ungarischen Filmpreises fand heuer im Grand Hotel in Balatonfüred als Abschlussveranstaltung des ersten ungarischen Filmfestivals statt, das gemeinsam vom Nationalen Filminstitut und dem Programm „Veszprém-Balaton 2023 – Kulturhauptstadt Europas“ organisiert wurde.

Der Preis für die beste Kurzdokumentation ging diesmal an den Film „Genozid in Engerau“ („Népartás Pozsonyligetfalun“).

Der Dokumentarfilm „Genozid in Engerau“ wurde von Dávid Géczy und Zoltán Udvardy inszeniert und von Fruzsina Skrabski produziert. Der Film beschäftigt sich mit dem Lagersystem in Engerau, einem Vorort von Pressburg südlich der Donau (ungar. Pozsonyligetfalu, heute slowak. Petržalka), wohin Tausende von Ungarn und Deutschen, die in und um Pressburg lebten, in den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs deportiert wurden.

Im dem Internierungs- und Konzentrationslager, das von 1945 bis 1947 in Betrieb war, lebten fast ausschließlich ungarische und deutsche Zivilisten mit ihren Familien. Der Dokumentarfilm enthüllt die Geschichte der fast 100 ungarischen Häftlinge, die in diesem Lager hingerichtet wurden. Im Film hört man unter anderem die Stimme eines Überlebenden ungarischer Nationalität aus dem für Deutsche eingerichteten Lager. Die Geschichte zeigt auch, dass die Soldaten des slowakischen Regiments, das von Prag nach Bratislava geschickt wurde, um das Lager in Engerau zu bewachen, für Dutzende Massaker auf dem Weg verantwortlich war, so in Přeřov (Mähren), wo ein Zug mit ungarischen und deutschen Familien hingemetzelt wurde, die zuvor aus dem Hochland in den Westen geflohen waren, um der Front zu entkommen.

- Ich sehe die Bedeutung des Preises darin, die Aufmerksamkeit auf die Massaker an ungarischen und deutschen Zivilisten zu lenken, die im Juni und Juli 1945 in Engerau und bei Přeřov in Mähren stattfanden“, erklärte Zoltán Udvardy. Er fügte hinzu, dass die beiden Massaker, die eng miteinander verbunden sind, eine tragische Tatsache nicht nur der ungarischen, sondern auch der Weltgeschichte darstellen, die unverdientermaßen in Vergessenheit geraten ist. Weltgeschichte, weil zwei Jahre nach dem Ereignis, im Oktober 1947, die Leichen von Frauen und Kindern, die nach dem Massaker an deutschen und ungarischen Familien verscharrt worden waren, in einem Krematorium bei Olmütz in der Tschechischen Republik verbrannt wurden, um die Spuren des Massakers zu verwischen.

- Das heißt, zwei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg rauchten wieder die Krematorien und es lag wieder Rauch von menschlichen Leichen in der Luft, mitten in Europa“, betont der Regisseur. Eine der wichtigen Aufgaben des Films ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass man sich der ehemaligen Krönungsstadt Pressburg heute nicht nähern kann, ohne an den Massengräbern hingerichteter ungarischer und deutscher Opfer, ehemaliger Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung vorbeizukommen. Die Straße von Engerau/Pozsonyligetfalu/Petrzalka nach Pressburg führt von Ungarn her kommend über eines der Massengräber. Einige der Häuser der heutigen Wohnsiedlung am Stadtrand wurden auf diesen Massengräbern errichtet.

Zoltán Udvardy weist auch darauf hin, dass es bereits eine kleine Gedenkstätte an der [Festung Bs-6](#) gibt.

Zeichen der spürbaren Opposition gewisser Kreise gegen den Film war nicht nur, dass ein slowakischer Historiker, den man interviewt hatte, schließlich darum bat, aus dem bereits fertigen Film herausgeschnitten zu werden. Auch ein Friedhofsregister, das seit 1945 existierte, aber am Tag der Dreharbeiten seltsamerweise verloren gegangen war, stellte die Kreativität der Filmemacher-Crew auf die Probe...

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Népartás Pozsonyligetfalun (ungarisch):

<https://www.youtube.com/watch?v=3sUC9aP7YuU>



Filmtrailer (in englischer Sprache):

<https://unser-mittleuropa.com/film-genozid-in-engerau-nepirtas-pozsonyligetfalun/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Ungarns Notenbankpräsident: Nein zum Euro

29. 06. 2021



György Matolcsy - Foto: Facebook

Die ungarischen Parlamentswahlen 2022 handeln in Wirklichkeit davon, ob die EU Ungarn kurzfristig in die Eurozone eingliedern kann. Diese steile These formulierte Notenbankpräsident György Matolcsy in einem aktuellen Meinungsbeitrag für die regierungsnahen Tageszeitung „Magyar Nemzet“. Der Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Die Falle Euro“ reiht sich nahtlos ein in eine Reihe von Publikationen des MNB-Chefs, in denen er die Vorteile einer unabhängigen Geldpolitik herausstellt.

Ungarn werde seine Modernisierung nur außerhalb der Eurozone fortführen können, ist Matolcsy überzeugt. Diese Schlussfolgerung leitet er aus den ersten 20 Jahren der Gemeinschaftswährung ab. Nach Studien hätten mit dem Euro einzig Deutschland und die Niederlande gewonnen, die der für sie schwache Euro aber bequem machte, was letztlich zu Lasten ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit geht. Italien und Frankreich hätten derweil tausende Milliarden Euro verloren, weil der Euro für sie zu stark war.

Die Slowakei mochte lange Zeit als Erfolgsgeschichte des Euro in Osteuropa erhalten, doch auch sie hat im vergangenen Jahrzehnt gegenüber dem EU-Durchschnitt an Boden verloren. Umgekehrt hätten Polen, Tschechien und Ungarn viel gewonnen, die nicht den Weg der Slowakei und Sloweniens gingen. Rumänien könnte ein weiterer Gewinner des Sonderwegs werden, schreibt Matolcsy. Am deutlichsten zeichne sich dieser Effekt für die Visegrád-Staaten (V4) daran ab, dass sie als großer Handelspartner Deutschlands die Südeuropäer (Portugal, Spanien, Italien und Griechenland) und sogar noch Frankreich ablösen konnten.

„Heute können sich die V4 als Wachstumsmotor der EU profilieren, weil sie sich mehr Spielraum über eine eigenständige Wirtschafts- und Geldpolitik bewahrt haben“, resümiert der Notenbankpräsident. Ein Sieg der Opposition im Frühjahr 2022 würde deshalb eine dramatische Wende und wirtschaftliche Katastrophe für Ungarn bedeuten.

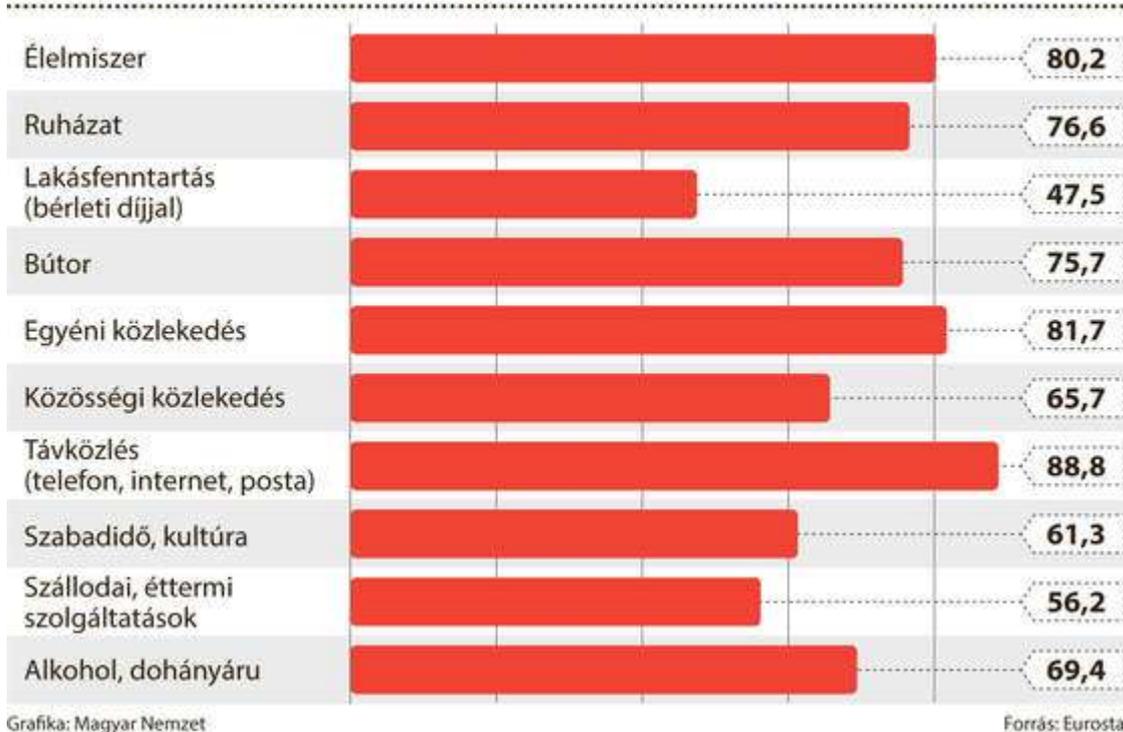
BUDAPESTER ZEITUNG Dieser Beitrag erschien zuerst in der PDF-Ausgabe der BUDAPESTER ZEITUNG vom 29. 6. 2021, unserer Partei in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Das Leben in Ungarn ist viel billiger als in den meisten EU-Ländern

27. 06. 2021

Magyarországi árszínvonal az Európai Unió átlagához képest 2020-ban (EU=100%)



Preisniveau in Ungarn im Vergleich zum EU-Durchschnitt im Jahr 2020 (EU = 100%)

Lebensmittel	80,2%
Kleidung	76,6%
Wohnkosten (Miete)	47,5%
Möbel	75,7%
Private Verkehrsmittel	81,7%
Öffentliche Verkehrsmittel	65,7%
Telekommunikation (Telefon, Internet, Post)	88,8%
Freizeit, Kultur	61,3%
Hotels, Restaurants	56,2%
Alkohol, Tabak	69,4%

Ungarn ist eines der Länder mit den niedrigsten Preisen:

Alle Waren und Dienstleistungen sind billiger als die Durchschnittspreise in der Europäischen Union!

- Das zeigen die Daten von Eurostat zum Vergleich der Mitgliedstaaten für das letzte Jahr. Nach Angaben des statistischen Amtes der EU zahlen die Menschen in Irland, Luxemburg und Dänemark am meisten, mit Preisen, die 60–80% über dem EU-Durchschnitt liegen. Im Gegensatz dazu liegen die Preise in Bulgarien, Polen und Rumänien bei nur 37–42 % des EU-Durchschnitts.

Seite 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 793 vom 01.07.2021

So hat Ungarn mit 47,5 Prozent des EU-Durchschnitts im Jahr 2020 die sechstniedrigsten Wohnkosten unter den 27 Ländern.

Ungarn hat im Vergleich zu anderen Ländern die niedrigsten Kosten für Unterhaltung und kulturelle Dienstleistungen.

Erholung ist 39,7 % billiger als im EU-Durchschnitt.

Viele Waren und Dienstleistungen sind auf dem zweit- oder drittniedrigsten Preisniveau in der EU erhältlich.

Dazu gehören Kleidung, persönlicher Transport, Restaurant- und Hoteldienstleistungen, Alkohol und Tabak. Auch die Kosten für Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen sind mit 43,8 % deutlich niedriger.

Obwohl unsere Ausgaben deutlich unter denen der 27 Mitgliedsstaaten liegen, ist das niedrige Preisniveau in vielen Bereichen nahe am EU-Durchschnitt. Für Telekommunikationsdienste, d.h. Telefon, Internet und Post, liegt der Durchschnittspreis bei 88,8 % des EU-Durchschnitts. Obwohl unser Land das viertniedrigste Preisniveau für Lebensmittel hat, beträgt es mehr als achtzig Prozent des EU-Durchschnitts. Allerdings sind nur in Bulgarien und Rumänien die meisten Waren und Dienstleistungen auf einem niedrigeren Preisniveau als in der EU erhältlich.

In Ungarn sind Erholung, Essen, Wohnen, Möbel und Kleidung erschwinglicher als in den Nachbarländern.

Öffentliche Verkehrsmittel und Kommunikationsdienste sind im regionalen Vergleich teurer.

Die größten Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Ländern gibt es bei den wohnungsbezogenen Kosten.

Während wir weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts für diese Kosten ausgeben, sind sie in den nordischen Ländern siebzig bis achtzig Prozent höher als im EU-Durchschnitt.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

23) Solidarität mit Ungarn: Petition unterzeichnen!
Schluss mit der familienfeindlichen Hetze gegen Ungarn und sein Volk!

28. 06. 2021



Bildquelle: Ungamreal

Das **Länderspiel Deutschland gegen Ungarn** im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft, bei dem trotz einer **überragenden Leistung des ungarischen Teams** nicht der Sport, sondern **Regenbogen-Flaggen** im Vordergrund standen, war der vorläufige Höhepunkt einer **unerträglichen Hetzkampagne familienfeindlicher LGBTQ-Aktivisten gegen Ungarn**. Auslöser der Anfeindungen ist ein **vorbildliches Gesetz** der ungarischen Regierung, mit dem **Kinder wirkungsvoll vor LGBTQ-Propaganda an Schulen, sowie Frühsexualisierung und Pornographie in den Massenmedien geschützt** werden. Nun hat sich auch noch die korrupte EU auf Ungarn und dessen Gesetz zum Schutz der Jugend eingeschossen. **Ungarn braucht jetzt unsere Solidarität in seinem heldenhaften Kampf für die Familie!**

Über das neue ungarische Anti-Pädophilie-Gesetz haben **Fake-News-Medien** europaweit zahlreiche Lügen verbreitet. Doch ein [Blick in das Gesetz](#) genügt, um zu erkennen, worum es wirklich geht:

- Der Staat schützt das **Recht der Kinder auf eine ihrem Geburtsgeschlecht entsprechende Selbstidentität**.
- Das Gesetz verbietet, Kindern unter 18 Jahren Inhalte zugänglich zu machen, die **pornographisch** sind oder die **Sexualität in unangemessener Weise darstellen** oder die eine **Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Selbstidentität, eine Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität propagieren** oder darstellen.
- Die **Sexualerziehung an Schulen** wird reguliert, um das **Recht der Eltern auf sexuelle Aufklärung ihrer Kinder** zu gewährleisten.
- Weitere Punkte beinhalten ein **Register von Sexualstraftätern** und ein **härteres Vorgehen gegen Kinderpornographie**.
-

Alles in allem verteidigt das neue Gesetz also in erster Linie das **Erziehungsrecht der Eltern** gegen die jugendgefährdende LGBTQ-Propagandamaschinerie, die nicht nur Ungarn, sondern die gesamte christliche Zivilisation bedroht. Auch **Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán (Fidesz)** bekräftigte, dass sich das **Gesetz nicht gegen den Lebensstil Erwachsener richtet**: „In Ungarn kann jeder frei leben, aber die Erziehung der Kinder ist das alleinige Recht der Eltern.“

Trotzdem behaupten **17 Staats- und Regierungschefs**, darunter die **deutsche Kanzlerin Angela Merkel (CDU)** und der **österreichische Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP)**, das ungarische Anti-Pädophilie-Gesetz verletze Grundrechte – als sei das Verderben der Jugend schon ein „*Grundrecht*“. Sie verlangen von der EU-Kommission drakonische Strafen gegen Ungarn. Die Forderungen reichen von **Kürzungen bei EU-Subventionen** bis hin zum **Ausscheiden Ungarns aus der EU**. EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen (CDU)** kündigte umgehend **rechtliche Schritte gegen das ungarische Gesetz an** und drohte, dabei „*die volle Macht der EU-Kommission*“ auszuschöpfen.

Ungarn braucht jetzt dringend unseren Beistand gegen diesen unverschämten Angriff der EU auf seine Kinder und seine nationale Souveränität! Das ungarische Volk soll wissen, dass Politiker wie Merkel und Kurz mit ihrer familienfeindlichen Agitation gegen Ungarn nicht für die Menschen in Deutschland, Österreich und Europa sprechen. Zeigen wir mit anbei stehender Petition an die ungarischen Botschafter in Deutschland und Österreich unsere Unterstützung für das vorbildliche ungarische Anti-Pädophilie-Gesetz und dass die Mehrheit der Bürger in Europa hinter Ungarn und seinen Anstrengungen zum Schutz der Kinder und der Familien steht. Bitte solidarisieren auch Sie sich mit Ungarn und bekennen Sie Flagge für die Familie, indem Sie die Petition unterzeichnen:

www.patriotpetition.org/2021/06/25/solidaritaet-mit-ungarn-schluss-mit-der-familienfeindlichen-hetze-gegen-ungarn-und-sein-volk

Herzlichen Dank!

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Was steht wirklich in Ungarns umstrittenem „Anti-LGBTQ-Gesetz“

Von Daniele Scalea

26. 06. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

In denselben Stunden, in denen ein Teil der italienischen Regierung die angebliche „Einmischung“ des Vatikans in die inneren Angelegenheiten Italiens anprangerte (weil er darauf hinwies, dass das liberale Zan-Gesetz die Katholiken zensieren würde und damit das Konkordat, d.h. einen internationalen Vertrag, verletze), beschloss derselbe Teil die Teilnahme Italiens an der Einmischung vieler EU-Staaten gegen Ungarn, das sich schuldig gemacht hatte, ein Gesetz durch das von seinem souveränen Volk in freien Wahlen regulär gewählte Parlament zu verabschieden. Aber was genau besagt dieses umstrittene „Anti-LGBTQ-Gesetz“, wie es von den progressiven Medien gebrandmarkt wurde?

Es ist ein Gesetz, das die Strafen gegen Pädophile und andere Kriminelle, die Gewalt gegen Kinder ausüben, verschärft. Er erhielt nur eine Gegenstimme im Budapester Parlament und wurde mit einer sehr großen parteiübergreifenden Mehrheit (157 von 199) angenommen, obwohl einige linke Oppositionsabgeordnete sich entschieden, sich nicht an der Abstimmung zu beteiligen. Eine Reihe von spezifischen Bestimmungen waren Gegenstand von Kontroversen. Der erste ist der geänderte Abschnitt 6/A des Gesetzes 31/1997, der lautet:

Um die Verwirklichung der in diesem Gesetz vorgesehenen Ziele und die Umsetzung der Rechte des Kindes zu gewährleisten, ist es verboten, Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Inhalte zugänglich zu machen, die pornografisch sind oder die Sexualität in freizügiger Weise darstellen oder die eine Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Identifikation, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität propagieren oder darstellen.

Die gleiche Bestimmung ist im geänderten Abschnitt 3 des Gesetzes 48/2008 und im geänderten Abschnitt 5/A des Gesetzes 211/2011 enthalten.

Eine Änderung des Gesetzes 75/2010 betrifft die Massenmedien:

Programme sind in die Kategorie V einzustufen, wenn sie geeignet sind, die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen negativ zu beeinflussen, insbesondere wenn dies darauf zurückzuführen ist, dass sie als zentrales Element Gewalt, Propaganda oder die Darstellung von Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht

entsprechenden Identifikation, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität oder direkte, naturalistische und ungerechtfertigte Darstellungen von Sexualität enthalten. Diese Programme müssen als „ungeeignet für ein Publikum unter achtzehn Jahren“ eingestuft werden.

Die Änderung des Gesetzes 190/2011, Abschnitt 11, bezieht sich auf die Bildung:

Bei der Durchführung von Aktivitäten, die sich mit Sexualkultur, Geschlecht, sexueller Orientierung und sexueller Entwicklung befassen, müssen die Bestimmungen von Artikel XVI, c. 1 der Verfassung besonders beachtet werden. Solche Aktivitäten dürfen nicht auf die Propagierung von Abweichung von der dem Geburtsgeschlecht entsprechenden Identifikation, Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität ausgerichtet sein.

Meiner Meinung nach sind diese Bestimmungen nicht nur rechtmäßig, sondern voll gerechtfertigt.

Budapest betonte die Absicht, die Bildungsentscheidungen der Familie zu respektieren und das Schulsystem nicht in Konflikt mit ihnen zu bringen. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die den Wert eines verbindlichen Vertrages hat, stellt in Art. 14 c. 3 fest: „Die Freiheit, unter Wahrung der Grundsätze der Demokratie Bildungseinrichtungen zu gründen, sowie das Recht der Eltern, für die Erziehung und den Unterricht ihrer Kinder gemäß ihren religiösen, weltanschaulichen und pädagogischen Überzeugungen zu sorgen, werden nach Maßgabe der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über deren Ausübung geachtet. Vorbehaltlich der Tatsache, dass es in der Europäischen Union mittlerweile eine illegale Überzeugung ist, seinen Kindern keine Gender-Ideologie oder Homosexualität als Referenzwerte vorschlagen zu wollen, ist die ungarische Regelung vollkommen legitim und verteidigt in der Tat ein Grundrecht nicht-„progressiver“ Eltern. Das ungarische Gesetz verbietet keine sexuelle Orientierung oder Verhaltensweise, einschließlich Homosexualität; es verbietet lediglich Propaganda in Schulen, d. h. Maßnahmen, die darauf abzielen, Schüler in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Und warum sollten Kinder in der Schule eine sexuelle Orientierung „gelehrt“ oder zu bestimmten Vorlieben überredet werden? Kurzum, um die Frage von Ungarn an die Regierungen der Länder zu richten, die sie beschuldigen, darunter auch Italien: Warum kümmert es sie so sehr, dass die Schule Kinder sexualisiert?

Die ungarische Gesetzgebung verbietet auch die an Kinder gerichtete Propaganda der Gender-Ideologie. Subjekten, die sich noch in der Entwicklung ihrer Identität und Sexualität befinden, kann nicht mehr beigebracht werden, dass es falsch ist, sich mit der Identifikation mit dem Geburtsgeschlecht zufrieden zu geben, sondern dass sie ihr „Geschlecht“ wählen und ändern können, wann immer sie wollen, und natürlich auch, dass sie ihren Körperbau durch pharmakologische und chirurgische Eingriffe anpassen können. Es ist nur lobenswert, dass man auf ungarischer Seite vermeiden will, Minderjährige mit einer ideologischen und unwissenschaftlichen Theorie zu indoktrinieren, die überdies viele Kinder dazu bringt, sich vorzeitig für schwierige und schmerzhaft medizinische Eingriffe (größtenteils noch experimentell) der „Geschlechtsumwandlung“ zu entscheiden. Wo, wie in Großbritannien, dieses Rezept leichtfertig angewendet wurde, scheint nun ein Umdenken stattzufinden. Dies ist vor allem den Bemühungen von Keira Bell zu verdanken, einem Mädchen mit einer schwierigen Kindheit, das als Teenager zu einer Geschlechtsumwandlung veranlasst wurde; als Erwachsene erkannte sie, dass sie getäuscht worden war und verklagte (erfolgreich) den National Health Service. Dr. Lisa Littman hat untersucht, wie Fälle von sogenannter „Geschlechtsdysphorie“ in Gruppen von Kindern durch Nachahmung entstehen. Warum will die italienische Regierung, dass Kinder zu traumatischen, irreversiblen und experimentellen Therapien „verführt“ werden?



Daniele Scalea

Gründer und Vorsitzender des Centro Studi Machiavelli. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Dokortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza). Er ist Professor für „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“ an der Universität Cusano. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Immigration und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (geschrieben mit Stefano Graziosi) ist „Trump vs. Everyone. Amerika (und der Westen) am Scheideweg.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner bei der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Offener Brief von Petr Bystron an die Mitglieder der ungarisch-deutschen Parlamentariergruppe

26. 06. 2021



Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss Petr Bystron.

Ich wende mich an Sie als Bundestagsabgeordneter aus München und als stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Parlamentariergruppe. In meinem Wahlkreis in München befindet sich das Fußball-Stadion, welches der Stadtrat von München während des EM-Spiels Ungarn vs. Deutschland in Regenbogenfarben beleuchten lassen wollte – aus Protest gegen ein ungarisches Gesetz.

Wörtlich heißt es im Antrag, das am 15.6.2021 im ungarischen Parlament verabschiedete Gesetz reihte sich ein „in die seit Jahren betriebene systematische Einschränkung von Rechtsstaatlichkeiten und Grundfreiheiten in Ungarn“

Eine gewagte Behauptung – ausgerechnet aus Deutschland, wo Rechtsstaatlichkeit und Grundfreiheiten massiv eingeschränkt werden.

Hier nur eine kleine Auswahl aktueller Fälle:

- Ein Mann sitzt seit mehr als 100 Tagen im Gefängnis, weil er die Gebühren für das Staatsfernsehen nicht zahlen will;
- Eine Frau wurde für fünf Tage ins Gefängnis gesteckt, nur weil sie drei Mal auf dem Marktplatz keine Maske trug;

- Gleich zwei Richter müssen sich einem Strafverfahren wegen Rechtsbeugung ausgesetzt, nur weil sie Urteile gegen die Grundrechtseinschränkungen der Regierung gefällt haben.

Hinzu kommt, dass in diesem Land der Inlandsgeheimdienst (genannt Verfassungsschutz) systematisch sowohl gegen die größte Oppositionspartei im Parlament eingesetzt wird, wie auch gegen oppositionelle Gruppen aus der Zivilgesellschaft und freie Journalisten.

Das führt zu einem politischen Klima der Angst und Beklommenheit, die wir aus der Zeit des Kommunismus kennen: 65 % der Menschen trauen sich nicht mehr, ihre politische Meinung öffentlich zu äußern. – Das ist der niedrigste Wert seit 1953. Wenn deutsche Politiker, die diese Zustände zu verantworten haben, es wagen, einen mutigen Freiheitskämpfer wie Viktor Orbán zu diffamieren, ist es eine bodenlose Unverschämtheit.

Wenn Politiker den Sport für Agitation und Propaganda missbrauchen, ist es die Verletzung des Sportsgeistes und der fair-play. Wenn Gastgeber den Gast beleidigen, ist es eine Dummheit und ein Frevel.

All das ist in diesen Tagen passiert.

Ich entschuldige mich im Namen vieler Deutschen für diese Politiker, die so etwas tun. Ich versichere Ihnen, dass diese Politiker von Millionen Deutschen NICHT gewählt wurden. Sie sprechen nicht für das ganze Volk.

Wir wissen, dass die von diesen Politikern kritisierte Gesetzgebung des ungarischen Parlaments demokratisch und mit sehr großer Mehrheit zustande kam. Wir wissen auch, dass die meisten dieser Politiker, gar nicht den Gesetzestext kennen, den sie kritisieren.

Wir bitten Sie daher: Lassen Sie sich in keiner Weise von Ihrem Weg abbringen oder gar in die Knie zwingen. Bleiben Sie so stolz und kämpferisch wie Ihre Nationalmannschaft. Sie hat auf dem Platz ein großes Können und ein Riesenherz gezeigt. Alle Ungarn können auf diese Nationalmannschaft genauso stolz sein, wie auf ihre Regierung.

Mit freundlichen Grüßen,

Petr Bystron

Stv. Vorsitzender der deutsch-ungarischen Parlamentariergruppe

Abgeordneter im Wahlkreis München Nord

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Nicht Ungarn hat ein Problem mit Rechtsstaatlichkeit, sondern EU und Deutschland

24. 06. 2021



Bild: Shutterstock

Die UEFA hat der Stadt München untersagt, das Fußballspiel Deutschland-Ungarn zu politisieren und eine Botschaft gegen die angeblich „LGBTQ-feindliche“ Politik von Viktor Orbán zu senden. In „[Samizdat](#)“ erklärt Orbán, das umstrittene neue Gesetz richte sich gegen Kindesmissbrauch und frühkindliche Sexualisierung, nicht gegen Schwule.

**Es gibt Wege
aus der
Migrations-
krise!**

AFD **ID**
IDENTITÄT
UND DEMOKRATIE

Wege aus der
Migrationskrise
Dr. Rainer Rothfuß

**GRATIS
BUCH
bestellen!**

Dr. Rainer Rothfuß
Joachim Kuhs, MdEP

Die ausländerfeindliche Anti-Ungarn-Haltung von Berlin und Brüssel bedroht mittlerweile nicht nur den Fußballfrieden, sondern den Zusammenhalt der EU. Am 9.6. votierte das EU-Parlament dafür, die EU-Kommission wegen „Untätigkeit“ anzuklagen, da es nicht hart genug gegen die Mitgliedsländer Polen und Ungarn vorgehe, die angeblich gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Dabei sind die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Ländern wie Deutschland viel gravierender, schreibt MdEP Joachim Kuhs:

Im Dezember 2020 einigten sich die EU-Mitgliedsländer auf den EU-Haushalt für die nächsten 7 Jahre, unter der Voraussetzung, dass die Mitgliedsländer gegen den sog. Rechtsstaatsmechanismus klagen dürfen.

Ironischerweise ist der Europäische Gerichtshof viel eher politisiert als die Gerichte in Ungarn oder Polen. Die Richter werden von den Regierungen der Mitgliedsländer entsandt und sind also von Haus aus politisch. Die ungarische [Justizministerin Judit Varga](#) beklagte, dass der EuGH sich erst drei Jahre Zeit ließ, um über Ungarns Klage gegen die Art und Weise zu entscheiden, wie das Rechtsstaatlichkeitsverfahren durch das EU-Parlament eingeleitet wurde, nun aber „in einer der relevantesten und kompliziertesten Rechtsfragen in der Geschichte der Gemeinschaft binnen weniger Monate urteilen“ wolle, so die Budapester Zeitung.

Während Brüssel auf Weisung Berlins gegen Budapest und Warschau mit dem Säbel rasselt, ist die Rechtsstaatlichkeit aber nicht in Ungarn oder Budapest in Gefahr, sondern am allermeisten in Deutschland.

Am 26.9.2021 wird der neue Bundestag gewählt, und die Merkel-Regierung lässt keine Gelegenheit aus, um gegen meine Partei, die AfD, die einzige konservative Oppositionspartei im deutschen Bundestag, mit unlauteren Mitteln vorzugehen.

Jede Woche wird mittlerweile ein gewalttätiger Angriff auf die AfD begangen, wie die Webseiten [„dokumentationsarchiv.com“](#) oder [„Linke-Gewalt.info“](#) dokumentieren. Im Februar wurde der AfD-Landtagskandidat [Stephan Schwarz](#) und zwei Freiwillige an einem Infostand in Schorndorf, Baden-Württemberg, von etwa 20 maskierten »Antifas« krankenhausreif geschlagen. Im Mai wurde eine Stahlkugel auf die [AfD-Kandidatin Andrea Zürcher](#) auf ihrer Terrasse abgefeuert, vermutlich mit einer Steinschleuder, die sie um wenige Zentimeter verfehlte.

In Deutschland richtet sich [47% der politischen Gewalt](#) gegen die AfD, wie eine Kleine Anfrage ergab. Laut Polizeistatistik war von 1.534 Straftaten in 694 Fällen die AfD das Ziel der Angriffe, beinahe so viel Anschläge wie gegen alle anderen Parteien zusammen. Laut dem neusten Verfassungsschutzbericht ist die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten 2020 um 34,3 % gestiegen, darunter 5 versuchte Tötungsdelikte.

Am 15. 1. 2019 erklärte der [Bundesverfassungsschutz](#) aber ausgerechnet die AfD zum »Prüfball«, eine öffentliche Vorverurteilung, die die Unschuldsvermutung und Betroffenenenschutz auf den Kopf stellt. Seitdem wurde ein aufgelöster Teil der AfD (der sog. »Flügel«) öffentlich zum Beobachtungsobjekt erklärt und immer wieder öffentlich mit einer Verfassungsschutzbeobachtung der Gesamtpartei gedroht.

Laut einem [geleakten Dokument](#) des Berliner Verfassungsschutzes sind jedoch »keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD Berlin ersichtlich, die eine Erhebung zum Verdachtsfall rechtfertigen können.«

Am 3.3.2021 meldete das [deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen](#) ARD und ZDF, dass laut »internen Dokumenten« des Geheimdienstes die AfD nun vom Bundesamt für Verfassungsschutz observiert werden soll. Angeblich würden »hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vorliegen«, dass die AfD »gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verfolgt«. Dies war jedoch nicht vom Verfassungsschutz bekannt gegeben, da die AfD gegen die Beobachtung klagt. Die ARD musste den Bericht zurücknehmen.

Das Verwaltungsgericht Köln stellte in seiner Urteilsbegründung dazu fest: »Aufgrund der ... Berichterstattung in allen Medien vom 3. März 2021, ... steht für das Gericht fest, dass ... der Umstand der Einstufung der Antragstellerin als Verdachtsfall ... »durchgestochen« worden ist.« Es waren also die Staatsmedien, die die AfD im Wahlkampf als »verfassungsfeindlich« darstellen wollten.

Laut einem [geleakten Dokument](#) des Berliner Verfassungsschutzes sind jedoch »keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD Berlin ersichtlich, die eine Erhebung zum Verdachtsfall rechtfertigen können.«

Am 3.3.2021 meldete das [deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen](#) ARD und ZDF, dass laut »internen Dokumenten« des Geheimdienstes die AfD nun vom Bundesamt für Verfassungsschutz observiert werden soll. Angeblich würden »hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vorliegen«, dass die AfD »gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen verfolgt«. Dies war jedoch nicht vom Verfassungsschutz bekannt gegeben, da die AfD gegen die Beobachtung klagt. Die ARD musste den Bericht zurücknehmen.

Das Verwaltungsgericht Köln stellte in seiner Urteilsbegründung dazu fest: »Aufgrund der ... Berichterstattung in allen Medien vom 3. März 2021, ... steht für das Gericht fest, dass ... der Umstand der Einstufung der Antragstellerin als Verdachtsfall ... »durchgestochen« worden ist.« Es waren also die Staatsmedien, die die AfD im Wahlkampf als »verfassungsfeindlich« darstellen wollten.

In den Nachrichtensendungen v.a. der öffentlich-rechtlichen Kanäle wird überwiegend negativ über die AfD berichtet. [Im Jahr 2020](#) wurden AfD-Vertreter gerade 6 mal in die führenden Talkshows eingeladen, gegenüber CDU/CSU (94 Auftritte), SPD (83), Grünen (32), FDP (28) und der Linkspartei (19).

[Auf Twitter schrieb »Das Erste«](#) am 1.7.2019: »Die Redaktionen der Talksendungen bemühen sich insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-Politikerinnen selbst zu Wort kommen zu lassen.«

In den Nachrichtensendungen v.a. der öffentlich-rechtlichen Kanäle wird überwiegend negativ über die AfD berichtet. [Im Jahr 2020](#) wurden AfD-Vertreter gerade 6 mal in die führenden Talkshows eingeladen, gegenüber CDU/CSU (94 Auftritte), SPD (83), Grünen (32), FDP (28) und der Linkspartei (19).

[Auf Twitter schrieb »Das Erste«](#) am 1.7.2019: »Die Redaktionen der Talksendungen bemühen sich insbesondere, AfD-Vertreterinnen kein Forum für ihre Zwecke zu bieten. Je nach Thema ist es aber von Fall zu Fall nötig, AfD-Politikerinnen selbst zu Wort kommen zu lassen.«

Politische Veranstaltungen und Parteitage der AfD werden regelmäßig gewaltsam gestört, Vermieter müssen den Verlust ihrer beruflichen Existenz fürchten. In [Berlin-Marzahn](#) stürmten maskierte Randalierer den vorgesehenen Veranstaltungsort des Parteitages und drohten den Vermietern. Veranstaltungen können nur unter massivem Polizeischutz stattfinden, Besucher werden auf dem Hin- und Rückweg physisch attackiert und eingeschüchtert.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen 2019 hat der von den anderen Parteien besetzte Landeswahlausschuss am 5.7. die Bewerber der AfD auf den Listenplätzen 19 bis 61 gestrichen und von der Liste nur die ersten 18 Plätze zugelassen. »Begründet hatte der Ausschuss seine überraschende Entscheidung einmal damit, dass die Partei ihre Kandidaten auf zwei Terminen im Februar und März gewählt hatte«, so [Tichys Einblick](#). Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat am 19.8.2019 bestätigt, dass der Landeswahlausschuss rechtswidrig gehandelt hat.

Nach der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen mit Stimmen der AfD am 5.2.2020 nannte Bundeskanzlerin Angela Merkel den Vorgang »unverzeihlich« und forderte, dass »das Ergebnis wieder rückgängig gemacht werden muss.« Die Bundeskanzlerin ist nicht für Landespolitik im Freistaat Thüringen zuständig. Die Bundeskanzlerin dürfe sich nicht in die Regierungsbildung der Bundesländer einmischen, so Rechtswissenschaftler Dietrich Murswiek laut [Weltwoche](#). Die AfD reichte Klage beim [Bundesverfassungsgericht](#) ein.

Das Familienministerium gibt im Wahljahr 2021 150,5 Millionen Euro für das Programm »[Demokratie leben!](#)« aus, das dem »Kampf gegen Rechts« verschrieben ist und der »Antifa« nahesteht. Die Bundesregierung hat im November 2020 angekündigt, 2021–2024 [1,1 Milliarden Euro](#) für ein »Demokratiefördergesetz« zur »Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus« auszugeben, Mittel die für Propaganda gegen die AfD benutzt werden, und zur Finanzierung von linken NGOs, die der gewaltbereiten »Antifa« nahestehen.

Als die CDU von Angela Merkel von der sozialdemokratischen SPD forderte, nur solche Gruppen zu fördern, die sich [zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung](#) bekennen, wollte die SPD zuerst nicht mitmachen. Scheinbar wollte die SPD auch verfassungsfeindliche linke Gruppen mit Millionen fördern.

Das ist also die deutsche Bundesregierung, die Ungarn und Polen wegen »fehlender Rechtsstaatlichkeit« anklagen will. Vielleicht sollten Ungarn und Polen die deutsche Bundesregierung auch wegen »fehlender Rechtsstaatlichkeit« anklagen.

MdEP Joachim Kuhs ist Mitglied des Haushalts- und Haushaltskontrollausschusses im EU-Parlament, Bundesschriftführer der AfD, und Bundessprecher der »Christen in der AfD«. Er wohnt in Baden-Baden, hat 10 Kinder und 5 Enkelkinder.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Ungarisch auf [Pesti Srácok](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Wie in Deutschland ein falsches Bild von Ungarn bewusst erzeugt wird

Von Klaus-Rüdiger Mai

23. 06. 2021



Michael Thumann von der ZEIT will in seinem neuen Buch Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan mit Viktor Orbán gleichsetzen, um ein Feindbild aufzubauen, das eher einer Verschwörungstheorie entspricht.

„...Fehler geschehen jedem, doch liest man Lendvais (Orbans Ungarn, 2018) und Thumanns Buch (Der neue Nationalismus: Die Wiederkehr einer totgeglaubten Ideologie,, 2020), so lässt nichts darauf schließen, dass dieser Fehler dem Außenpolitikkorrespondenten der ZEIT, Michael Thumann unterlaufen ist. Denn das Ganze hat Methode, und zwar die Methode, die ausgerechnet Paul Lendvai Viktor Orbán unterstellt und die er als die **“Technik der Verdrehungen, Verkürzungen und Klitterungen, die zu raffinierter Kunst verfeinerte Methode der Doppelsprache“** beschreibt und ihm unterstellt, „grundsätzlich alles, was seinen Vorstellungen nicht entsprach, moralisch zu verdächtigen...“.

Von linken und linksliberalen Journalisten und Politikern, von politischen Aktivisten angewandt erfreut sich diese Methode längst große Beliebtheit in Deutschland.

So will Michael Thumann ein Anzeichen für Orbáns Populismus darin sehen, dass der ungarische Ministerpräsident glaubt, dass die „Nation, die in FIDESZ verkörpert sei, ... nicht in der Opposition sein“ könne. Tatsächlich bemüht Thumann hier ein aus dem Zusammenhang gerissenes Orbán-Zitat aus einer Rede, die Viktor Orbán im Mai 2002 auf einer Kundgebung der FIDESZ in Budapest auf dem Disz-Platz hielt, nachdem FIDESZ die Wahl an die Postkommunisten verloren hatte. **Orbán sagte** u.a. Folgendes:

„Das Vaterland existiert auch dann, wenn nicht wir die Regierungsverantwortung haben. Das Vaterland ist nicht einfach Politik, sondern unser Leben. Es kann schon passieren, dass unsere Parteien (gemeint sind die mit Fidesz verbündeten Christdemokraten) im Parlament in der Opposition sind. Aber wir, die uns hier auf diesem Platz versammelt haben, können

und werden nicht in der Opposition sein, weil *das Vaterland nicht in der Opposition sein kann. Es kann natürlich sein, dass eine Regierung in Opposition zum eigenen Volk steht, wenn sie die Ziele der Nation aufgibt.*“

Diese Aussage wiederholte er auch anlässlich der Sitzungseröffnung des Parlaments im Herbst 2019. Anhand derer wird der Aussagesinn der Worte von 2002 verständlicher: **„Die Ungarn glauben an die Zukunft der Demokratie. Wir arbeiten mit allen Bürgermeister und Gemeinderäten zusammen. Wir müssen unabhängig von der Parteizugehörigkeit zusammenarbeiten, denn es ist nach wie vor wahr, dass die Nation nicht in der Opposition sein kann.“** (Zitiert nach: Orbán, Viktor: Egy az ország (Eins ist das Land), Budapest 2007, S. 14).

Auch hier sagt Viktor Orbán eben nicht, dass die Nation in „FIDESZ verkörpert“ sei, wie Thumann unterstellt. Man muss sich schon sehr, sehr bemühen und intellektuell alle Fünfe gerade sein lassen, um Orbáns Worte so zu interpretieren, doch müsste man dann zumindest deutlich machen, dass man nicht Orbán zitiert, sondern lediglich die eigene Interpretation zum Besten gibt. Aber **Thumann benötigt diesen Satz, um zu schlussfolgern:**

„Damit wurde Orbán zum Muster des autoritären Populismus in Europa, der entschlossen ist, sich nicht abwählen zu lassen, koste es die Nation, was es wolle.“

Übrigens wären **nach dieser Populismus-Definition auch Helmut Kohl, Barack Obama, Angela Merkel und Emmanuel Macron „autoritären Populisten“**, denn sie waren oder sind entschlossen, sich nicht abwählen zu lassen, sonst hätten sie aus dem Amt heraus keinen Wahlkampf durchführen müssen.

Worum es Michael Thumann eigentlich geht, ist, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan mit Viktor Orbán gleichzusetzen, um ein Feindbild aufzubauen, das eher einer Verschwörungstheorie entspricht.

Um es zu verdeutlichen, die Gleichsetzung von Putin, Erdogan und Orbán besitzt so ungefähr den Wahrheitswert, wenn man Angela Merkel mit Xi Jinping und Nicolás Maduro gleichsetzen würde. Doch Michael Thumann ist zu diesem zweifelhaften Vorgehen genötigt, weil andernfalls die Grundthese seines Buches von der Verschwörung der neuen Nationalisten von Putin über Erdogan über Trump und Johnson bis zu Orbán in sich sang- und klanglos zusammenfallen würde.

Auch Michael Thumanns Bemerkung, dass **Orbán die „meisten Medien“ des Landes gleichgeschaltet habe, hält keiner Überprüfung stand.** Es wundert daher nicht, dass er diese Bemerkung ohne Beleg lässt, denn das Gegenteil ist der Fall. So sind **die bedeutendsten ungarischen Print- und Onlinemedien eher links**, wie bspw. *Heti Világgazdaság (HVG), Élet és Irodalom, Magyar Narancs, Népszava, 444 (online), 168 Óra.*

Verkürzte Darstellungen, Framing, aus dem Zusammenhang gerissene und in einen neuen Kontext gestellte Zitate, und sogar untergeschobene Zitate bilden das Repertoire der Ungarn-Berichterstattung von bestimmter Seite, der es nicht um Information und Reportage geht, sondern um aktivistischen Journalismus, einer Seite, die mit allen Mitteln versucht, die eigene Ideologie zu belegen – und alle, die dieser Ideologie nicht folgen, zu diskreditieren.

Man muss Viktor Orbáns Politik nicht schätzen, aber was man keinesfalls darf, bei niemandem übrigens, ihm Zitate zu unterschieben, sondern man hat sich, fair nach den Regeln der Kunst mit dessen Politik auseinanderzusetzen. Oder man schweigt.

Der vollständige Beitrag ist bei Tichys Einblick zu lesen: www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/wie-in-deutschland-ein-falsches-bild-von-ungarn-bewusst-erzeugt-wird

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Orbán: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘

22. 06. 2021



Viktor Orbán - Foto: Vivien Cher Benko / Glas Koncila

In einem Interview, das am Donnerstag, 17. Juni, von der kroatischen Wochenzeitung *Glas Koncila* veröffentlicht wurde, sprach der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán über die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Brüssel und Mitteleuropa: „Wenn wir uns im Mittelalter befänden und einen Slogan auf eine Fahne schreiben müssten, der meine Arbeit und meine Philosophie beschreiben würde, würde ich schreiben: ‚Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom‘ [...] Natürlich verursachen alle, die gegen den Strom schwimmen, eine Menge Probleme. Wir zahlen einen hohen Preis dafür. Ungarn zahlt einen hohen Preis dafür, dass es die Istanbuler Konvention nicht unterschrieben hat und dann jede Politik des Kalten Krieges ablehnte; wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir den russischen Präsidenten nicht jeden Tag mit den Westlern verprügeln, sondern ihm den Respekt entgegenbringen, den er als Präsident verdient; Wir zahlen einen hohen Preis

dafür, dass wir das christliche Modell der Familie schützen, so dass der LGBT-Wahnsinn hier keinen Platz hat; wir zahlen einen hohen Preis für unsere Position zur Einwanderung und wir zahlen einen hohen Preis dafür, dass wir die Brüsseler Bürokratie nicht akzeptieren, aber vor allem als Gegengewicht zum Aufbau der mitteleuropäischen Zusammenarbeit. Wir zahlen also wirklich einen hohen Preis. Aber wenn wir diesen Preis nicht zahlen und unsere Interessen nicht verteidigen würden, könnten wir zwar bequemer leben, aber wir würden am Ende viel mehr verlieren. Es ist besser, zu kämpfen. Ich denke, unser gemeinsamer Nationalheld Miklós Zrínyi [kroatisch: Nikola Zrinsky], der Sieger über die Türken, würde dem zustimmen.

Quelle: [Glas Koncila](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Ungarn: Neustart ist das Hauptziel

Von Gergely Kiss

19. 06. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Auch Familien profitieren von einer sich erholenden Wirtschaft

Nach dem Neustart der Wirtschaft kehrt Ungarn auf den Pfad des Schuldenabbaus zurück, doch nun gilt es, das heimische Wachstum wieder an die Spitze der EU zu bringen. Die Chancen, dies zu erreichen, sind gut.

Das Defizitziel für den Haushalt des nächsten Jahres, der kürzlich verabschiedet wurde, liegt bei 5,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies ist zwar höher als das EU-Ziel in Friedenszeiten, aber die durch die Coronavirus-Epidemie verursachte Krise hat Brüssel für dieses und nächstes Jahr Flexibilität gegeben, so dass die nationalen Regierungen die Mittel zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums verwenden können. Ungarn macht von dieser Möglichkeit Gebrauch, aber auch die Visegrád-Länder (V4). Mit anderen Worten: Länder, die enge Verbündete unseres Landes, aber auch Konkurrenten in der Region sind, wollen das Wachstum wieder ankurbeln.

Die linken Regierungen in Ungarn waren noch nie in der Lage, die öffentlichen Finanzen in einem gesunden Gleichgewicht zu halten. Péter Benő Banai, Staatsminister für öffentliche Finanzen im Finanzministerium, wies in Hír TV darauf hin. Er erinnerte daran, dass es vor 2010 sechs aufeinanderfolgende Jahre gab, in denen Ungarn das größte oder zweitgrößte öffentliche Defizit in der EU hatte. In der Tat gab es zwischen 2002 und 2010 kein Jahr, in dem die ungarische Schuldenquote nicht gestiegen ist.

Die Orbán-Regierung hat auch ihre Finanzen in Ordnung gebracht, was Ungarn aus dem Defizitverfahren der EU befreit hat. In den letzten Jahren hat das Kabinett das Haushaltsdefizit durchweg niedrig gehalten, und die Staatsverschuldung ist von Jahr zu Jahr gesunken. Die Coronavirus-Epidemie hat dies unterbrochen, aber die Politik besteht darin, die Schuldenquote in guten Zeiten zu senken und in schlechten Zeiten wachstumsfördernd zu wirken. Das Budget 2022 wird auch der ungarischen Wirtschaft zu einer starken Performance verhelfen.

Die schwierige Zeit, die durch das Virus verursacht wurde, hat in der Tat eher eine Gesundheitskrise geschaffen. In der Tat sah sich ein Land mit einer finanziell stärkeren Wirtschaft mit einer viel schwierigeren wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Unser Land war viel weniger von einem wirtschaftlich-finanziellen Problem betroffen als 2008. Seit sieben Jahren wächst die Wirtschaftsleistung des Landes stetig, mit einem öffentlichen Defizit von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019. Die Staatsverschuldung lag knapp über 66 Prozent und das Zahlungsbilanzdefizit war auf einem langfristig tragbaren Niveau. Diese Zeit wurde von vielen als das goldene Zeitalter des Wachstums bezeichnet. Die Regierung will das Land in diese Zeit zurückversetzen. Die Aussichten sind gut, denn immer mehr Daten zeigen, dass die Wirtschaft wieder in Gang gekommen ist. Das längerfristige Ziel ist es, dass Ungarn bis 2030 zu den fünf besten Ländern der EU gehört, in denen es sich gut leben, arbeiten und spielen lässt.

Deshalb will die Regierung z.B. den Mindestlohn bald auf 200.000 Forint (ca. 560 Euro) erhöhen und die Steuerbelastung der Arbeit weiter senken.

Familien können ab Anfang nächsten Jahres die Vorteile des wirtschaftlichen Aufschwungs, der durch den herausragenden Erfolg des Impfprogramms unterstützt wird, nutzen. Der Staat erstattet Eltern mit Kindern die gezahlte Einkommensteuer im Jahr 2021, wenn wir die 5,5 Prozent Erhöhung überschreiten. Basierend auf den Prognosen der Analysten ist dies durchaus machbar.

All dies soll so erreicht werden, dass der Staatshaushalt schrittweise wieder ausgeglichen wird, wobei das Defizit bis 2024 auf 3 Prozent des BIP sinken soll. Mit anderen Worten: Nach der Wiederaufnahme wird Ungarn auf den Pfad des Schuldenabbaus zurückkehren, den es in den letzten zehn Jahren beschritten hat.

Magyar Nemzet

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR NEMZET](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Ist Ungarn „schwulenfeindlich“?

Von Gábor Barcsa-Turner

18. 06. 2021



Buildquelle: Szent Korona Rádío

Gábor Barcsa-Turner (Co-Vorsitzender von HVIM*) reflektiert über das neu verabschiedete Gesetz zur Eindämmung homosexueller Propaganda

Um es kurz zu machen, weder ich noch der so genannte „rechte Flügel“ hassen Homosexuelle. Aber wir kämpfen gegen die LGTB-Lobby und verteidigen die Institution der Familie und lassen nicht zu, dass unsere Kinder verwirrt, fehlgebildet und korrumpiert werden und eine Masse von kranken Menschen entsteht.

Ungarn ist nicht 'schwulenfeindlich', auch nicht die Regierung, obwohl gegen mich wegen meiner Meinungsäußerungen eine Reihe von Verfahren laufen, während Soros und Lobbyorganisationen wie die Hintergrundgesellschaft (Háttér Társaság, das ist jene

Organisation, die mich angezeigt hat), eine Koordinierungsstelle für das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft, Protokolle entwickeln (siehe ‚Vorurteilsindikator‘) und Polizisten und Richter sensibilisieren dürfen. Mit dem gerade verabschiedeten Gesetz kann Homosexualität nicht mehr unter dem Namen Sexualkundeunterricht an Minderjährige propagiert werden, und vielleicht werden die ständigen Provokationen dadurch zumindest eingedämmt. Aber nur vielleicht, denn die Schlupflöcher werden von diesen Organisationen gefunden und ausgenutzt.

Diese Organisationen stellen unserer Meinung nach eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar. Doch obwohl Dr. Tamás Gaudi-Nagy und ich bei der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Überprüfung der Rechtmäßigkeit der zerstörerischsten Hintergrundgesellschaft gestellt haben, kann diese weiterhin als gemeinnützige (!) Organisation tätig sein, und die Staatsanwaltschaft hat unseren Antrag beiseitegelegt. Diese Organisation will gemeinnützig sein, indem sie etwa für die Rechte von Transgender-Migranten kämpft, eine separate Trans-Trans-Zone zu haben. Außerdem können sie diesen Kampf auf ministerieller Ebene fortsetzen, wo sie ihre kranken Ideen zum Thema machen können.

Kurz gesagt, die Antwort ist, dass es gar nicht um die Rechte der LGTB-Lobby geht, sondern darum, dass sie die Mehrheitsgesellschaft nach ihrem Bild umformen wollen. Der Pride-Aufmarsch war erst ein halber Tag, dann ein ganzer Tag, dann ein ganzes Wochenende, dann eine Woche, jetzt ein Monat; sie sind praktisch ständig dabei, das Werk ihrer sozialen Zerstörung durchzuführen. Sie gründen Regenbogenfamilien, fordern mehr und mehr Rechte, verschieben die Grenzen immer weiter. Im Westen halten sie bereits Sitzungen in Kindergärten ab. Im benachbarten Österreich ist es mittlerweile Pflicht geworden, Kinder im Kindergarten für Devianz zu sensibilisieren. Wenn wir wegschauen, wird dieses Problem immer größer werden. Wir können nicht den Kopf in den Sand stecken...

*) HVIM = Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom; deutsch: „Jugendbewegung Vierundsechzig Burgkomitate“

Quelle: [Szent Korona Rádió](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) 25./26. Juni 1991: Die Republik Slowenien entsteht

Von Tomaž Kladnik

25. 06. 2021



Foto: FA BOBO / Tone Stojko, Museum für Zeitgeschichte Sloweniens · Archiv Demokracija

Der 25. Juni 1991 ist für die Republik Slowenien und alle ihre Bürger ein historisches Datum, denn er markiert den Schnittpunkt kultureller und politischer Strömungen, die die Entstehung des slowenischen Staates, seine Etablierung und weitere Entwicklung ermöglichten. Einen Tag später wurde die unabhängige und souveräne Republik Slowenien auf dem Platz der Republik in Ljubljana (Laibach) feierlich als neuer Staat auf der europäischen und weltweiten Landkarte proklamiert.

Doch die Wurzeln reichen mindestens anderthalb Jahrhunderte zurück, bis ins Jahr 1848, als die Slowenen in den Wirren des Völkerfrühlings zum ersten Mal die Idee einer slowenischen Staatlichkeit vorbrachten. Zunächst schritt sie in langsamen Schritten voran, aber vor und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gewann sie an Schwung; dies war vor allem während und am Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall, als es zu deutlicheren Sprüngen in ihrer teilweisen und schrittweisen Verwirklichung kam. Der Unabhängigkeitstag Sloweniens war also ein Tag des Triumphs, ein Tag des vollen Eintritts der Nation in die Geschichte, ein Akt des großen, aber berechtigten Selbstbewusstseins des Volkes, aber gleichzeitig auch der Unsicherheit, des Risikos und der Verantwortung, die dieser Akt mit sich brachte.

Die Wasserscheide Juni 1991

Juni 1991 kann mit den Worten beginnen: „Ich schwöre feierlich, die Unabhängigkeit, Souveränität, Freiheit und territoriale Integrität meines Heimatlandes, der Republik Slowenien, zu verteidigen und meine Pflichten zu ihrer Verteidigung treu und verantwortungsbewusst zu erfüllen.“

Der Text des Eides der Angehörigen der slowenischen Streitkräfte, der am 2. Juni 1991 in den beiden Ausbildungszentren der Territorialen Verteidigung der Republik Slowenien in Pekra bei Maribor (Marburg) und Igo bei Ljubljana zum ersten Mal öffentlich von den Wehrdienstleistenden geleistet wurde, fängt die ganze Dimension des Juni 1991 ein, der den Slowenen, nach jahrhundertelanger Sehnsucht und harten Kämpfen vor 30 Jahren zum ersten Mal in unserer nationalen Geschichte einen unabhängigen und demokratischen Staat, das Vaterland der Republik Slowenien, „bescherte“.

Denn das Leben der Nation in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ), wie sie zuletzt offiziell hieß, und damit auch in der Sozialistischen Republik Slowenien, bedeutete eine wirkliche Befreiung nur für einen Teil der slowenischen Nation, für diejenigen, die im Bürgerkrieg auf der Gewinnerseite standen. Vor allem beendete das Ende des Krieges nicht die totalitäre Herrschaft. Sie war nicht mehr die der Besatzer, sie wurde auch nicht von sowjetischen Panzern aufgezwungen, wie es anderswo in Osteuropa der Fall war, sondern sie war hausgemacht, und deshalb kann man nicht von völliger Freiheit nach der Befreiung sprechen. Wir haben dann fast ein halbes Jahrhundert auf genau das gewartet, Freiheit im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Finale der Unabhängigkeit des Landes, das mit der Änderung der Gesellschaftsordnung, den ersten demokratischen Wahlen, der Wahl der Demos-Regierung und dem Plebiszit im Jahr 1990 begann, als es hieß – um Dr. Jože Pučnik zu paraphrasieren – „Jugoslawien ist nicht mehr, es ist Slowenien“; die Vorbereitungen für das Funktionieren des unabhängigen Staates und aller seiner Teilsysteme, fanden auf der 21. Sitzung der Versammlung (des Parlaments) der Republik Slowenien am 24. und 25. Juni 1991 statt.



Jože Pučnik · Foto: Museum für Zeitgeschichte

Vorbereitungen für die Unabhängigkeit

Nach dem erfolgreichen Plebiszit begannen intensive Vorbereitungen für die Umsetzung des plebiszitären Beschlusses, da das Parlament und andere Staatsorgane innerhalb von sechs Monaten alles Notwendige für das selbstständige Funktionieren des Landes vorbereiten mussten. Es mussten Gesetze und Verordnungen verabschiedet werden, die dann die rechtliche Grundlage für die Ausübung der Hoheitsrechte des neuen Staates wurden, insbesondere derjenigen, die bis dahin an den Bund delegiert worden waren, wie Währungspolitik, Außenpolitik, Verteidigung und andere. Nach dem gescheiterten Versuch, Jugoslawien in einen konföderalen Staat umzuwandeln, verabschiedete die slowenische Versammlung im Februar eine Resolution zum Vorschlag einer einvernehmlichen Trennung von Jugoslawien, die offiziell den Prozess der Trennung einleitete. Bereits Anfang Januar wurden auf republikanischer Ebene Beschlüsse gefasst, die die wirtschaftlichen Beziehungen in Jugoslawien durch die vollständige Übernahme der Systeme von Umsatzsteuern, Zöllen und Abgaben regelten. Es wurde ein Programm für die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Umstrukturierung der slowenischen Wirtschaft ausgearbeitet, in dem die monetäre Unabhängigkeit und die Privatisierung im Vordergrund standen. Es wurde der erste völlig autonome republikanische Haushalt verabschiedet, der einen Kostenvoranschlag vorsah, der dreimal niedriger war als der Bedarf der Föderation, um die Bedürfnisse der Föderation zu decken. Anfang Juni verabschiedete das Parlament jedoch eine Reihe von Gesetzen, die am Tag der Unabhängigkeitserklärung in Kraft traten: das Gesetz über die Staatsbürgerschaft, Ausländer, Reisedokumente, die staatliche Grenzkontrolle, auswärtige Angelegenheiten, Zoll, Finanztransaktionen mit dem Ausland, Devisen, die Bank von Slowenien und andere.

Slowenien wird ein unabhängiger und souveräner Staat

Am 24. und 25. Juni 1991 debattierte die slowenische Versammlung schließlich über das Verfassungsgesetz über die Unabhängigkeit und Autonomie der Republik Slowenien, das Verfassungsgesetz zur Umsetzung des besagten Verfassungsgesetzes, die Unabhängigkeitserklärung und die mögliche Wahl einer Delegation der Versammlung der Republik Slowenien zu Verhandlungen mit der Versammlung der SFRJ. Der Präsident der Versammlung und Vorsitzende der Verfassungskommission, France Bučar, sagte bei der Präsentation des Verfassungsgesetzes, dass es „den grundlegenden Akt darstellt, mit dem wir unsere Unabhängigkeit behaupten, auf dessen Grundlage die Republik Slowenien ein unabhängiger und souveräner Staat wird und, was am grundlegendsten ist, die Verfassung der SFRJ aufhört, für die Republik Slowenien zu gelten“, und dass „alles andere eine technische Umsetzung dieser Entscheidung ist, und deshalb ist es eigentlich nur eine Entscheidung für oder gegen die Unabhängigkeit“. Anlässlich der Verabschiedung des Dekrets über die Verkündung des Verfassungsänderungsantrags 100 zur Verfassung, das von 187 Delegierten bei drei Gegenstimmen und acht Enthaltungen unterstützt wurde, sagte Bučar, dass die Versammlung den ihr durch das Plebiszit erteilten Auftrag erfüllt und einen unabhängigen Staat geschaffen habe. Dies war eines der wichtigsten Ereignisse in unserer Geschichte, der Höhepunkt des jahrhundertelangen Kampfes des slowenischen Volkes um eine eigene Heimat und ein Wendepunkt in unserem nationalen Leben, als wir in der Lage waren, unser eigenes Schicksal zu bestimmen. Jože Pučnik sah in den Beschlüssen der Versammlung eine Bestätigung dafür, dass Slowenien seinen eigenen Weg geht, den Weg des Friedens in diesem Teil Europas, dass es nicht Pfähle in Zäune treibt, sondern Zäune entfernt, und schloss: „Wir müssen stolz und mutig bleiben. Wir werden die Grundentscheidung nicht rückgängig machen.“



Kučan, Bučar, Peterle · Foto: Twitter

Internationale (Nicht-)Unterstützung für den neuen Staat

Diese klare Botschaft von Pučnik bezog sich auf die Maßnahmen, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, damals von der internationalen Gemeinschaft gegen Slowenien vorbereitet wurden; so beschlossen die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft bei einem Treffen am 23. und 24. Juni 1991, dass sie die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens im Falle einer einseitigen Abspaltung von der jugoslawischen Föderation nicht anerkennen würden. Versuche der internationalen Gemeinschaft, die Integrität Jugoslawiens um jeden Preis zu bewahren, gibt es seit dem Plebiszit. So scheiterte der österreichische Außenminister Alois Mock auf dem Pentagon-Treffen in Bologna am 18. Mai mit seinem Vorschlag, die europäischen Politiker sollten die Integrität und Einheit der SFRJ nicht mehr unterstützen, und geriet damit in direkten Konflikt mit dem italienischen Außenminister Gianni de Michelis, der auf dem Treffen die zentralistische Politik des jugoslawischen Außenministers Budimir Lončar unterstützte. Der italienische Botschafter in Jugoslawien hat dann am 4. Juni mit dem Mitglied der Präsidentschaft der Republik Slowenien, Ciril Zlobiec, das Datum der Unabhängigkeitserklärung überprüft. Dieser teilte ihm mit, dass es der 26. Juni sei, und informierte ihn ein paar Tage später, dass es der 25. Juni sei. Auf diese Weise erfuhren die jugoslawischen Bundesbehörden auch das Datum der Erklärung der slowenischen Unabhängigkeit. Sie und insbesondere die jugoslawische (Volks-)Armee (JNA), die seit dem 15. Mai 1990 durch die Entwaffnung ihrer territorialen Verteidigungskräfte deutlich gemacht hatte, dass sie eine Änderung des politischen Systems nicht dulden und alle Mittel einsetzen würde, um die Privilegien der „roten Bourgeoisie“, an deren Spitze sie selbst bzw. ihre Generäle standen, zu erhalten, erhielten daraufhin auf Befehl des Bundesexekutivrates einen formellen Deckmantel für den Angriff auf den unabhängigen Staat der Republik Slowenien. In einer Zeit intensiver Kämpfe wurde jedoch die Europäische Gemeinschaft, vor allem auf Initiative Österreichs und Deutschlands und mit Hilfe der Aktivitäten des slowenischen Außenministers Dimitrij Rupel und der slowenischen Auslandsgemeinde, aktiv an der Beilegung des Konflikts beteiligt. So traf sich die EG-Troika aus Jacques Poos, Gianni de Michelis und Hans van Broek vom 28. bis 29.

Juni mit den slowenischen Vertretern Milan Kučan und Dimitrij Rupel in Zagreb. Sie besprachen einen Waffenstillstand und ein dreimonatiges Moratorium für die Ausübung der Unabhängigkeit der Republik Slowenien.

Der Krieg zur Verteidigung der Souveränität

Am 26. Juni 1991 fand die erste Entsendung der Ehreseinheit der slowenischen Streitkräfte auf dem Platz der Republik in Ljubljana im Rahmen der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeitserklärung des Landes statt. Der befehlshabende Offizier bei der Zeremonie war Oberstleutnant Anton Krkovič, der am Tag der Unabhängigkeitserklärung der Republik Slowenien, zum ersten Mal in der Geschichte eines unabhängigen Staates und seiner Armee, dem Präsidenten der Präsidentschaft der Republik Slowenien, Milan Kučan, mit dem Ehrensäbel Bericht erstattete. Zur gleichen Zeit begannen die JNA und die Bundesmiliz, slowenische Grenzübergänge zu besetzen, jugoslawische Kampfflugzeuge überflogen im Tiefflug den Ort der Unabhängigkeitsfeiern, und die ersten Schüsse wurden von einem Mitglied der JNA in Divača abgefeuert, was den Beginn eines geplanten, koordinierten und vereinten Angriffs der JNA auf die slowenische Souveränität markierte. Es begann mit der Abfahrt von Panzern aus den Kasernen der Panzerbrigade in Vrhnika und mit einer aus Kroatien kommenden Kolonne gepanzerter Kampffahrzeuge, die zunächst in Poganci gestoppt wurde. Als Reaktion auf die Kampfhandlungen der JNA erließ der Chef der RSTO, Oberst Janez Slapar, einen Befehl über Kampfhandlungen des TO, bzw. „die Realisierung der geplanten Aufgaben durch entschlossene Kampfhandlungen sicherzustellen, wobei der Schwerpunkt auf dem Einsatz von gepanzerten Einheiten und anderen technischen Mitteln liegt, um den Schutz von Anlagen, der Grenze und der Kommunikation zu gewährleisten und Manöver von JNA-Einheiten zu verhindern, wobei die verfügbaren Kampfmittel eingesetzt werden“.



Platz der Republik, Ljubljana, 24. Juni 1991

Die slowenische TO wurde von der RSTO kommandiert und bestand aus einer Schutzbrigade und sieben Provinzhauptquartieren, die in 26 regionale Hauptquartiere unterteilt waren. Am ersten Tag der Kämpfe wurden 15.000 Mann eingesetzt, insgesamt waren es 35.100 Mann. Die slowenischen Polizeieinheiten, die bei den Kämpfen eine äußerst wichtige, oft entscheidende Rolle spielten, zählten 7.100 Mann. Im Bereich der Vorbereitung auf die Aggression und der Führung des Widerstands wurden die Streitkräfte bei militärischen Operationen durch den Zivilschutz unterstützt, dessen Aktivitäten wesentlich zum Sieg im Unabhängigkeitskrieg beitrugen. Innerhalb und außerhalb der Kampfhandlungen führten Mitglieder des Zivilschutzes unter der Leitung von Františ Žnidaršič organisierte und systematische Obstruktions-, Strom-, Wasser-, Gas-, Transport- und Blockadeaktionen sowie die Versorgung der Verteidigungskräfte durch. Die JNA-Operation auf Slowenien sollte relativ schnell und ohne allzu viele Komplikationen durchgeführt werden. Ihr Angriff sorgte für keine besondere Überraschung, da er erwartet worden war. Die Überraschung mag zwischen taktisch und operativ gelegen haben, da nicht genau bekannt war, wann und wo die Aggression durchgeführt werden würde. Die Maßnahmen, die in Slowenien vor der Unabhängigkeitserklärung getroffen wurden, waren so, dass die slowenischen Verteidigungskräfte bereits praktisch ausgebildet waren und daher bereits in der Anfangsphase des Krieges völlig unbelastet und gleichberechtigt gegen die gegnerische Seite hätten antreten und den Krieg zur Verteidigung der nationalen Souveränität gewinnen können.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Slowenien: mehr als 200 kg Heroin im Hafen von Koper beschlagnahmt

Von Sara Rančigaj (Nova24tv)

17. 06. 2021



Symbolbild · Foto: STA / PU Ljubljana

Am Dienstag, den 15. Juni, fand im Hafen von Koper eine erfolgreiche gemeinsame Operation von slowenischen und US-Behörden statt, die zur Beschlagnahme von 218 Kilogramm Heroin im Hafen von Koper führte.

Gemeinsam mit der US Drug Enforcement Administration (DEA) beschlagnahmten die slowenischen Behörden über 200 Kilogramm Heroin, das aus dem Iran nach Slowenien eingeführt wurde.

In der Vergangenheit wurde über die Nova Ljubljanska Banka 1 Mrd. € iranisches Geld gewaschen. Offensichtlich ist Slowenien nicht nur eine Geldwaschanlage für iranische Banken, sondern auch für den Import von Heroin nach Europa.

Die derzeitige Regierung hat genug von dieser Art von kriminellen Aktivitäten dieser Art und hat beschlossen, diesen ein Ende zu setzen.

Quelle: [Demokracija](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Jure Vujić: Kroatien muss Leitlinien aus seiner eigenen philosophischen und politischen Tradition ziehen

23. 06. 2021



Jure Vujić · Foto: Vokativ

*Der Politologe **Jure Vujić** spricht mit Vokativ.hr über die konservative Revolution, Populismus, die postliberale Gesellschaft und die Probleme der politischen Rechten in Kroatien.*

Jure Vujić ist ein kroatischer Politikwissenschaftler, Diplomat und Rechtsanwalt. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Paris Paris II (Université Panthéon Assas – Paris II) und ist Mitglied der Pariser Anwaltskammer. Als erster ziviler Student absolvierte er 2006 die Kriegsschule der kroatischen Streitkräfte „Ban Josip Jelačić“. Er beschäftigt sich mit Geopolitik, geostrategischer und Metapolitik, die er schreibt darüber für Zagreb Vijenac und verschiedene Pariser Zeitschriften. Er hat eine Anzahl Bücher in Französisch und Kroatisch veröffentlicht, von denen wir hervorheben: Intellektueller Terrorismus – Heretical Brevier (2007), Kroatien und das Mittelmeer: Geopolitische Aspekte (2008), Un ailleurs européen (2011), Weltkrieg: Eurasianismus vs. Atlantizismus (2012) und Konservative Revolution: Von Weimar bis zur Gegenwart (2020).

KREŠIMIR DŽOIĆ: Ende letzten Jahres ist Ihr [neues Buch über die konservative Revolution](#) erschienen. Sie haben viele Male über die Ideen der konservativen Revolution geschrieben und gesprochen, sowohl in den wissenschaftlichen als auch in den populären Medien. In einem Ihrer Artikel haben Sie vor sechs Jahren zu einer [konservativen Revolution in Kroatien](#) aufgerufen. Teilen Sie immer noch dieselbe Meinung, und was kann getan werden, damit die Rechten in Kroatien die Ideen der konservativen Revolution übernehmen?

JURE VUJIĆ: Der Text, auf den Sie sich beziehen, ist kein Manifest oder Appell, sondern ein Beitrag zur Diskussion über die Möglichkeit der Entstehung und des Einflusses der Ideen der „konservativen Revolution“ in Kroatien, der auf die Besonderheiten des aktuellen Kontext einer akuten Identitätskrise verweist, die als Reaktion auf diese Phänomene durch eine Reihe von links- und rechtspopulistischen Bewegungen entstanden ist. Andererseits wird in Orbáns Ungarn mit der illiberalen Demokratie ein neues politisches Experiment durchgeführt, das sich der liberalen Demokratie entgegenstellt.

Die konservative Revolution als Phänomen ist nicht monolithisch, sondern vielschichtig, so dass das, was für Polen oder die Slowakei gilt, wo das Modell der katholisch-klerikalen konservativen Revolution angewendet wird, nicht für andere europäische Länder mit einer anderen politischen Kultur und Tradition gilt.

In Kroatien gibt es keine organisierte politische Strömung dieser Art, abgesehen von einigen Einzelpersonen und Kreisen, die die Ideen der antiliberalen konservativen Revolution fördern. Obwohl wir in der Vergangenheit auch totalitäre kommunistische Erfahrungen gemacht haben, ist Kroatien nicht wie Polen oder Ungarn, wo es starke rechtsnationalistische und konservative politische Traditionen gibt. Mit Ausnahme des antikommunistischen Diskurses und der patriotischen neorechten Folklore sehe ich keinen großen Unterschied zwischen der heutigen kroatischen liberalen Linken und der liberalen Rechten, die zusammen die liberale Demokratie, den Menschenrechtskult, die Ideologie des freien Marktes und den Monetarismus umfassen und die Grundlagen der traditionellen Weltanschauung und des politischen Verständnisses untergraben.

Aber man sollte sich bewusst sein, dass Ideen eine Sache sind und Human Resources eine andere. Die Haupthindernisse für die Stärkung der Ideen der konservativen Revolution innerhalb der kroatischen Nationalkräfte sind neben politischem Sektierertum und Fragmentierung die intellektuelle Unterkapazität und der begrenzte postkommunistische, provinzielle kategorische Apparat der heutigen Generation von Abgeordneten, Politikern und Aktivisten, die sich selbst „Rechte“ nennen. Die sogenannte „patriotische Rechte“, die ebenfalls liberal ist, bleibt Geisel der binären Fan-Mentalität, die sich in der Phrase „wir oder sie“ ausdrückt, sowie der sterilen Scharmützel um Partisanen und Ustaschas. Auf der anderen Seite unterscheidet die katholische konservative Rechte oft nicht die konfessionelle von der politischen Öffentlichkeit oder beschäftigt sich ausschließlich mit der Moralisierung der Gesellschaft, während sie den Marktfundamentalismus und Unternehmenslobbys unterstützt, die die christlichen Grundlagen der kroatischen Gesellschaft zerstören.

Ich glaube, dass es eine Priorität ist, den Generationenwechsel durchzuführen, der für das Entstehen einer wahren Rechten, sowohl konservativ als auch revolutionär, notwendig ist, die in erster Linie den kroatischen nationalen und staatsbildenden Diskurs entprovinzialisieren und ihn in den breiteren Kontext der europäischen geopolitischen und metapolitischen Narrative stellen sollte .

Wir dürfen keine ausländischen politischen Modelle importieren

In Kroatien gab es zwischen den beiden Weltkriegen eine lebendige rechte Szene mit vielen Autoren, die sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus kritisch beschrieben und die Notwendigkeit einer Mittelwegsfindung zwischen den beiden Systemen erwogen. Im letzten Jahrzehnt haben [Višeslav Aralica](#) , [Stipe Kljaić](#) und [Ivan Macut](#) mehrere Bücher und wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Thema veröffentlicht. Was sind die Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zwischen diesen Ideen und den Ideen der Deutschen Konservativen Revolution aus der Zwischenkriegszeit?

Zu dieser Zeit kristallisierte sich in Kroatien die ideologische, philosophische und politische Matrix des kroatischen Konservatismus heraus, und die Träger dieser Bestrebungen waren Ivo Pilar, Milan pl. Šufflay, Vinko Krišković, Julije Makanec, Kerubin Šegvić, Filip Lukas, Tias Mortigijja, Milivoj Magdić, Vilko Rieger usw. Sie dachten bereits über die Notwendigkeit einer konservativen Revolution im Rahmen des großeuropäischen Nationalismus nach. Daher sollte Kroatien Leitlinien aus seiner eigenen philosophischen und politischen Tradition ziehen. Es zeigt die konservative Revolution als Anspruch, der jenseits des sozialistischen Kollektivismus und des kapitalistischen Individualismus als zwei Zwillingenbrüder die Idee der spirituellen Transformation, die Verteidigung der europäischen Identität, die Wiederherstellung der Politik als eine durch die Prinzipien artikulierte Regierungskompetenz fördert die Prinzipien von *Imperium*, *Auctoritas*, *Civitas* artikuliert. Es steht für das Prinzip der direkten und partizipativen Demokratie, für die Achtung kultureller Unterschiede und die Idee einer organischen und solidarischen Gesellschaft im Gegensatz zu der heute vorherrschenden partitokratischen Demokratie, Ökonomie und materialistischen Vision der Welt.

Es ist ein metapolitischer Ansatz, der versucht, neue Konzepte und Visionen der Welt basierend auf seiner eigenen Tradition und durch die ursprüngliche Revolution von Ideen und internen Transformationen zu entwickeln. Der Import ausländischer politischer Modelle war für das kroatische Volk im Laufe der Geschichte oft katastrophal, sei es der bolschewistische Internationalismus, der österreichisch-ungarische Monarchismus oder der südslawische Föderalismus. Diese Modelle scheiterten an der konstruktivistischen, künstlichen Natur und an der Missachtung der historischen kroatischen Staatskontinuität. Daher sollte auch im Falle der vermeintlichen konservativen Revolution in Kroatien darauf geachtet werden, den polnischen, angelsächsischen oder anderen Neokonservatismus nicht zu imitieren.

Was die Tradition anbelangt, sollte die Tradition natürlich nicht nur vererbt, sondern auch als aktive schöpferische Kraft wiederbelebt werden, ein ideologischer Anspruch, der von Generation zu Generation weitergegeben wird im Sinne des Wortes *Händler*, lebendige Tradition.

Nach einem großen historischen Wendepunkt 1945 und fast einem halben Jahrhundert kommunistischer Herrschaft in Kroatien muss die rechte Bewegung in unserem Land tatsächlich neu aufgebaut werden. Sehen Sie in diesem Zusammenhang Veränderungen zum Besseren in der kroatischen politischen Szene?

Ich wäre nicht ehrlich, wenn ich sagen würde, dass es keine positiven Entwicklungen gibt. Ab den 1990er Jahren wurde mit der Verwirklichung eines unabhängigen Staates Raum für den freien Ausdruck und die Verbreitung verschiedener Ideen geschaffen, so dass die Ideen der konservativen Revolution, des Nationalismus, des Traditionalismus und des Konservatismus teilweise aufgenommen und in der Gesellschaft verankert wurden, wenn auch natürlich nicht genug an Universitäten und im kulturellen Bereich, wo das Monopol der linksliberalen Kulturhegemonie überlebt hat.

Was die Eliten angeht, sollte nicht vergessen werden, dass 1945 in Kroatien eine Art Kulturmord und Aristozid stattfand, ein tiefer demografischer und generationsübergreifender Einschnitt mit der Liquidierung des intellektuellen Bürgertums. Noch heute leiden wir unter den Folgen davon. Andererseits wurde in den 1990er Jahren trotz der positiven patriotischen Aufladung und des staatsbildenden Bewusstseins die notwendige Ablösung ehemaliger Eliten, Mitglieder der jugoslawischen Nomenklatura, die die Machthebel in Medien und Kultur behielten und sich gekonnt in liberale Demokraten, fehlte.

Was die Eliten betrifft, darf nicht vergessen werden, dass 1945 in Kroatien eine Art Kulturmord und Aristozid stattfand, ein tiefer Bevölkerungs- und Generationeneinschnitt mit der Liquidierung des intellektuellen Bürgertums. Noch heute leiden wir unter den Folgen davon. Andererseits wurde in den 1990er Jahren trotz der positiven patriotischen Aufladung und des staatsbildenden Bewusstseins die notwendige Ablösung ehemaliger Eliten versäumt; Mitglieder der jugoslawischen Nomenklatura behielten die Machthebel in Medien und Kultur und verwandelten sich gekonnt in liberale Demokraten.

Es ist interessant festzustellen, dass es in Kroatien eine radikale Linke gibt, kritischer gegenüber liberaler Demokratie und Neoliberalismus als die kroatische Rechte, deren größte ideologische Reichweite gerade das angelsächsische Modell der marktliberalen Demokratie ist, natürlich mit einer formal konservativen Weltanschauung. Die kroatische patriotische und konservative Rechte sind Geiseln der klassischen Fallen des anti-totalitären Diskurses, der das Monopol der atlantischen, marktorientierten Form der Demokratie legitimiert. Die Geschichte kennt andere, europäische Demokratiemodelle wie die direkte, partizipative und korporatistische Demokratie. Sich selbst Antiglobalisten zu nennen und weiterhin die schuldenmonetaristische Politik des IWF, der WTO usw. zu unterstützen, Soros anzurufen und Hannah Arendt, Karl Popper und Friedrich Hayek zu zitieren – die das Modell der „offenen Gesellschaft“ philosophisch legitimieren – ist Schizophrenie oder völlige Inkonsistenz.

Das Ende oder die Transformation des Liberalismus?

Das Scheitern des Liberalismus wird im Westen zunehmend diskutiert, und kürzlich ist ein [Buch von Patrick Deneen](#) auf Kroatisch erschienen, das darüber spricht. Inwieweit ist Ihrer Meinung nach die liberale Ordnung im Westen heute stabil? Haben Phänomene wie der Brexit, Orbans Herrschaft in Ungarn oder die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA einen schweren Schock ausgelöst oder stellen sie nur eine geringe Bedrohung für die regierenden Liberalen dar?

Patrick Deneen weist tatsächlich auf die Widersprüche des Liberalismus selbst und seine Mängel in Notsituationen hin, sagt aber nicht sein Ende voraus. Der heutige Diskurs zum Postliberalismus zeigt, dass Liberalismus und Kapitalismus in bestimmten Krisensituationen die Kraft der Transformation besitzen, um als dominantes ideologisches System zu überleben. Es ist daher naiv zu glauben, dass die derzeitige Einführung bestimmter hoheitlicher Maßnahmen im Kontext einer Coronavirus-Pandemie – wie etwa Schließung oder verschärfte Grenzkontrollen, staatliche Interventionen im Wirtschafts- und Gesundheitsbereich – das Ende eines liberalen Staates und einen radikalen Wandel einläutet in einen anderen Staat oder eine andere Gesellschaft.

Die Realität sieht anders aus: Ein liberaler Staat auf globaler Ebene wird zum Werkzeug globaler Biopolitik, die unter dem Paradigma des „Great Reset“ und der „digitalen Revolution“ nicht nur eine neue Form der biopolitischen Domestizierung einführen will, sondern auch die Agenda der neuen Politik-, Kultur- und Sozialanthropologie. Biopolitische Herrschaft braucht nämlich keine ideologischen Narrative, um die Massen zu motivieren oder die passive Zustimmung zu erlangen.

Andererseits sollte man sich bewusst sein, dass der liberale Staat nie totalitäre Modelle wie „weiche“ und „harte“ Repression von Dissidenten und Gegnern ausgeschlossen hat, während die Notlage in Form einer Pandemie Überwachungsmaßnahmen ähnlicher Art erlaubt hat Orwellsche Dystopie, schlimmstenfalls Totalitarismus. Der Prozess der „Pathologisierung“ politischer Dissidenten ist im Gange, der entfernt, neutralisiert, isoliert und resozialisiert werden sollte. Es ist nämlich paradox, dass die Angst vor dem Coronavirus

dort erfolgreich war, wo alle alterglobalistischen, antisystemischen und antikapitalistischen Bewegungen gescheitert sind: Blockade des globalisierten Wirtschaftssystems, Stopp des freien Personen- und Warenverkehrs, Zusammenbruch der Finanzmärkte, aber auch Neutralisierung Widerstand, der auf kontrollierten Facebook-Aktivismus reduziert wurde.

„Populismus braucht Eliten“

Rechtspopulismus im Westen wird als eine Art Gespenst wahrgenommen. Einige Politologen wie [Jan Werner Müller](#) sehen in ihm eine Bedrohung der Demokratie. Aber wollen die Parteien und Einzelpersonen, die in diesen Korb gepfercht sind, wirklich die liberale Demokratie ersetzen?

Das Aufkommen des zeitgenössischen Populismus sollte im Kontext des Aufkommens neuer anti-systemischer politischer Kräfte und der Neugestaltung des politischen Lebens in parlamentarischen Demokratien gesehen werden. Nach dem Brexit-Referendum und Trumps Sieg bei den US-Präsidentenwahlen hat sich der Prozess der Diskreditierung und Dämonisierung des Populismus deutlich verschärft. Steigende soziale Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten, Ausschreitungen von „Gelbwesten“ in Frankreich, Wahlsiege populistischer und souveräner Bewegungen in ganz Europa sind gesellschaftliche und politische Realitäten, die nicht reduktionistisch oder pauschal als Randphänomene betrachtet, als „faschistisch“ stigmatisiert werden können „Gefährdung der Demokratie.

Rechts- und Linkspopulismus sollten als zeitgenössische Rebellion des Volkes gegen die Eliten interpretiert werden. In den meisten Fällen ist Populismus mangels eines konsistenten alternativen Gesellschaftsmodells eher Methode als Lösung. Trotz harscher Kritik an Eliten war Populismus nie ein „elitophobes“ Phänomen in dem Sinne, dass er jede Form der Zusammenarbeit mit Eliten ablehnt. Als solcher ist Populismus ein gutes Korrektiv für die epistemologische und funktionale Korruption pervertierter Eliten.

Tatsächlich braucht der Populismus selbst eine Elite, und man könnte sagen, dass gerade dieses Verhältnis zwischen Populisten und Eliten der Hauptmangel und die Schwäche populistischer Bewegungen ist. Wenn sie sich nämlich ausschließlich auf Elitenkritik und die Mobilisierung von Protestschichten des Volkes beschränkt, entfernt sie sich oft von einer systematischen, vernetzten, breiteren Zusammenführung und Gestaltung eines alternativen Gesellschafts- und Regierungsmodells. Eine der größten Herausforderungen des Populismus ist daher die Fähigkeit des „Volksblocks“, eine neue politische, intellektuelle und wirtschaftliche Elite zu generieren, die in der Lage wäre, die alten, abgenutzten und korrupten Eliten zu ersetzen und die Machthebel in der Staat und seine Institutionen.

Die Moderne wird oft mit der Weimarer Republik verglichen, die nach ihrem Ende als erfolglos, schwach und dekadent bezeichnet wurde. Der amerikanische katholische Kolumnist [Ross Douthat](#) erklärt die gesamte moderne westliche Gesellschaft für dekadent und behauptet, dass sie kulturell, wirtschaftlich und sogar technisch stagniert. Gibt es wirklich Gründe, die moderne westliche Gesellschaft als müde und abgemagert zu bezeichnen?

Absolut. Der russische Schriftsteller Eduard Limonov schrieb: „Der moderne Westen ist eine großartige psychiatrische Klinik“, eine großartige Klinik, in der Patienten mit Beruhigungsmitteln und Antidepressiva behandelt werden. Man darf nicht vergessen, dass wir, wenn wir vom Westen sprechen, tatsächlich von einer perversen Form Europas sprechen. Gegenwärtig ist der Westen tatsächlich ein Bild der Welt des extremen Westens, das nichts anderes als ein pervertiertes Bild des spirituellen Westens ist, der im 16.

Jahrhundert mit dem Eindringen humanistischer und protestantischer Weltdeutungen und dem Kampf gegen christliche Renaissance und Platonismus, brachten die Aufklärung hervor. Es war eine Zeit, in der sich mit dem Prozess der Säkularisierung, Individualisierung und Spiritualität Politik, Kultur und Ethik von innen heraus auflösten. Dann nimmt Europa den Weg der Moderne und des extremen Westens, den Weg der individualistischen Fragmentierung der Weltanschauung und des Marktgötzendienstes.

Die westliche Welt ist entsetzt und kämpft gegen den religiösen Fundamentalismus des Ostens und akzeptiert schizophrene die Spielregeln des extremen Westens, der auf globaler Ebene einen säkularisierten Marktmonotheismus fördert, der selbst eine Spur von Armut und ethno-konfessionellem Radikalismus produziert.

Heute umfasst der Westen alle wirtschaftlich entwickelten, industrialisierten und modernisierten Länder der Welt, darunter Japan, Südkorea, Taiwan, Australien sowie ehemalige kommunistische Länder. In diesem Sinne bildet der Westen heute keine homogene geographische Einheit, sondern eine gedachte, transnationale Kategorie, die nationale, ethnische und religiöse Besonderheiten transzendiert. Man könnte sagen, dass alles, was die „Verwestlichung“ im Denken und Handeln ausmacht, im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich, dem Westen gehört: Marktdemokratie, das Erbe der Aufklärung, Individualismus, technisch-wissenschaftlicher Götzendienst, Rationalismus, Konsumgesellschaft und Säkularisierung.

Trotz dieser Dekadenz des Westens denke ich jedoch, dass wir nicht passiv und nachdenklich auf die Rettung *Ragnaröks* oder das Ende des tausendjährigen dunklen Zeitalters (*Kali Yuga*) warten sollten, sondern den nihilistischen Kräften aktiv und verantwortungsbewusst entgegenzutreten sollten.

Die Pandemie und die Krise des Liberalismus

Viele Mitglieder der kroatischen Rechten befürworten heute Marktreformen und die Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Prozesse. Sie sind gewissermaßen ein „schwarzes Schaf“, da Sie immer wieder sehr kritisch über den Kapitalismus geschrieben haben. Ist eine liberale Wirtschaftspolitik der kroatischen Rechten heute wirklich notwendig, oder?

Ich weiß nicht, ob ich ein „schwarzes Schaf“ bin, weil ich mich nicht als Mitglied der kroatischen liberalen Rechten betrachte, aber ich denke, in diesem Fall ist es in Bezug auf sie besser, ein „schwarze Schafe“ als ein nützlicher Idiot des linksliberalen Systems. Ich leugne nicht den Wert des Marktes, aber ich akzeptiere den Markt nicht als das ultimative Modell sozialer Organisation, genauso wenig wie ich ein Apologet jeglicher Form von Etatismus oder Dirigismus bin. Auf der politischen Bühne ist sichtbar, dass Marktideologie und Neoliberalismus die gesamte ideologische Tradition sowohl der Linken als auch der Rechten erschüttert und die Entstehung eines alternativen, nicht marktwirtschaftlichen Sozial- und Wirtschaftsmodells verhindert haben.

Es sollte auch gesagt werden, dass die Coronavirus-Pandemie paradoxerweise das wahre Gesicht und alle Mängel des liberalen Wirtschaftsmodells offenbart hat. Die Gesundheits- und Wirtschaftskrise brach über Nacht die Marktdynamik und den Austausch (aufgrund der Schließung von Grenzen für den freien Waren- und Personenverkehr) zusammen und führte zu einem Debakel und dem Zusammenbruch der arroganten liberalen Ideologie und der Marktfundamentalisten, die heute schamlos Hilfe und Staat suchen Eingreifen, um die Wirtschaft zu retten.

Und schließlich eine Frage im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung. Die letzten Parlaments- und Kommunalwahlen zeigten einmal mehr die große Macht der HDZ, die von zahlreichen Skandalen und der schlechten Wirtschaftslage des Landes nicht erschüttert wurde. Sie selbst haben einst durch [kroatische Souveräne](#) an politischen Prozessen teilgenommen, daher interessiert uns, wie sinnvoll es Ihrer Meinung nach ist, sich unter den Bedingungen einer solchen politischen Hegemonie der HDZ politisch zu engagieren, wie kann die Rechte unter solchen Bedingungen Erfolg haben?

In diesem Staat mit einem unartikulierten und handelnden Systemrecht hat es fast keinen Sinn, daran teilzunehmen, aber ich denke, wir sollten trotzdem versuchen, einen besseren Einblick in die innenpolitische Parlamentspolitik und die Parteidynamik zu bekommen. Radikale Bewegungen und grundlegende Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind aufgrund der kapillaren Korruption und des bestehenden klientelistischen Partitokratischen Systems, aber auch aufgrund der allgemeinen unterwürfigen Denkstruktur kaum umsetzbar. Neben diesem politischen Sumpf muss die wahre Rechte einen unerschütterlichen Willen bewahren und in langfristiger, aber sicherlich fruchtbarer Arbeit auf dem ideologischen Schlachtfeld (durch Kultur, studentisches Engagement an Universitäten, Medien...) Vernetzung und Aktion.



Dieser Beitrag erschien zuerst in kroatischer Sprache bei [VOKATIV](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) Ein weiteres Tito-Verbrechen

22. 06. 2021



Vor kurzem wurden die Untersuchungen des letzten kommunistischen Massakers in Slowenien abgeschlossen, das im vergangenen August in der Nähe der Stadt Brežice (Rann), in der Ortschaft Mostec (Brückel), entdeckt wurde. Dort wurden die Überreste von insgesamt 139 Menschen gefunden, die in drei verschiedenen Phasen zwischen Mai und Oktober 1945 ermordet wurden.

Die Koordinatoren der Untersuchung, der Vorsitzende der slowenischen Staatskommission für die Entdeckung von Massengräbern, Jože Dežman, und der Höhlenforscher Uroš Košir, haben bestätigt, dass die drei Gruppen von Gefangenen – slowenische und kroatische Zivilisten, deutsche Soldaten und einige Frauen – aus verschiedenen Haftstätten von Titos Partisanen, einschließlich des Konzentrationslagers Teharje (Tüchern), entführt, am Rande eines großen Panzergrabens getötet und dann verscharrt wurden.

Die Gruppe von Frauen wurde mit einem Bus von Huda Jama nach Mostec gebracht, der zu diesem Zeitpunkt voll besetzt war. Die Opfer des Massakers wurden mit mit Draht gefesselten Handgelenken gefunden.





Quelle: privat

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

35) Griechenland schiebt fast doppelt so viele Migranten ab, wie 2021 angekommen sind

21. 06. 2021



Lager neben dem Hot Spot Moria auf der Insel Lesbos -

Foto: Faktengebunden / Wikimedia CC 4.0

Griechenland wird im nächsten Jahr ein neues permanentes Lager auf der Insel Lesbos bauen, um die Einrichtung zu ersetzen, die letzten Monat abgebrannt ist, sagte Migrationsminister Notis Mitarakis im vergangenen Oktober

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 hat die griechische Regierung nach eigenen Angaben fast doppelt so viele Migranten abgeschoben wie illegal ins Land gekommen sind.

Die konservative griechische Regierung reduziert weiterhin die Zahl der Migranten auf den Ägäis-Inseln. Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Zahl um 71 Prozent gesunken, während die Ankünfte auch im Vergleich zu den Vorjahren zurückgegangen sind.

Nach Angaben des griechischen Ministeriums für Migration und Asyl wurden in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 4.951 Migranten abgeschoben, wobei einige in Drittländer abgeschoben und andere auf andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union umverteilt wurden, berichtet die Zeitung [Proto Thema](#).

Im gleichen Zeitraum verzeichnete Griechenland nur 2.891 neue Migrantenankünfte auf den Ägäis-Inseln und in der Evros-Region – Griechenlands Landgrenze zur Türkei -, was einen Rückgang von 68 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2020 bedeutet, in dem 9.421 neue Ankünfte verzeichnet wurden.

„In den letzten 12 Monaten verlassen mehr Drittstaatsangehörige Griechenland als sie kommen, während in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Abreisen von Drittstaatsangehörigen doppelt so hoch sind wie die Ankünfte.“ sagte der Minister für Migration und Asyl Notis Mitarakis.

Im Mai 2020 lebten 92.463 Asylbewerber in den vom griechischen Migrationsministerium betriebenen Heimen und Strukturen, aber diese Zahlen sind seitdem auf 53.705 Asylbewerber im Mai dieses Jahres gesunken.

Die neuen Zahlen kommen, nachdem die griechische Regierung, die von der Mitte-Rechts-Partei Neue Demokratie geführt wird, im August 2019 [erklärt](#) hat, dass sie die Zahl der ankommenden Migranten reduzieren und strengere Kontrollen durchsetzen möchte.

Trotz des Baus einer neuen Grenzmauer in der Evros-Region und des kürzlichen Einsatzes von [Schallkanonen](#), um Migranten von der Grenzüberschreitung abzuhalten, leben immer noch Tausende von Migranten in Migrantenlagern auf den griechischen Ägäis-Inseln.

Auf Lesbos, einer der Inseln, die Griechenland am nächsten liegt, brannte im Oktober das Migrantenlager in Moria nieder, wodurch bis zu 13.000 Migranten obdachlos wurden. Vier afghanische Staatsangehörige wurden Anfang des Monats der Brandstiftung für schuldig befunden und im Zusammenhang mit dem Feuer zu [zehn Jahren Gefängnis](#) verurteilt.

Die griechische Regierung plant den Bau neuer Aufnahmestrukturen für Migranten auf Lesbos und der Insel Chios, doch laut der Zeitung [I Kathimerini](#) drohen den Projekten erhebliche Verzögerungen aufgrund einer Verlängerung des Ausschreibungsverfahrens bis zum nächsten Monat.

Quelle: [Breitbart.com](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

36) Daniele Scalea: Kommt eine italienische Mitte-Rechts-Föderation?

28. 06. 2021



Daniele Scalea · Foto beigestellt von Daniele Scalea

Daniele Scalea, Vorsitzender des Centro Studi Machiavelli, wurde von „Sputnik Italia“ über das Projekt einer Fusion oder Föderation zwischen der Lega und Forza Italia interviewt.

Das Projekt lässt die Fratelli d'Italia (Fdi) kalt, während Salvini alles auf die Föderation setzt.

Die Wähler begrüßen eine Mitte-Rechts-Einheitspartei. Laut einer von EMG für Agora durchgeführten Umfrage würden mehr als 50% die Gründung einer einzigen Partei begrüßen, die alle Kräfte der Koalition bündeln könnte. Konkret antworteten 54% mit „Ja“ auf die Frage „Sind Sie für die von Berlusconi vorgeschlagene Einheitspartei Mitte-Rechts?“. Die negativen Meinungen hielten sich bei 29 %, während 17 % es vorzogen, nicht zu antworten.

Wie viel würde die Föderation Lega-Forza Italia in Bezug auf einen Konsens wiegen? Kann diese Fusion wirklich funktionieren? Sputnik Italia sprach darüber mit Daniele Scalea, dem Mitbegründer und Vorsitzenden des Think-Tanks Centro Studi Politici e Strategici Machiavelli.

- Daniele, was halten Sie von der Hypothese einer Einheitspartei von Lega und Forza Italia? Gefällt Ihnen die Idee?

- Es ist eine interessante Hypothese, die ihre Vor- und Nachteile hat. Sicher ist, dass dieser Weg nur mit einer präzisen Strategie und einem weit verbreiteten Bewusstsein beschränkt werden sollte, nicht aus reinem Wahlkalkül. Sonst besteht die Gefahr, dass es zum Bumerang wird.

- Was steckt hinter dieser Wahl? Was hat Berlusconi und Salvini dazu gebracht, sich zu einigen und ihre Kräfte zu bündeln?

- Berlusconi weiß, dass seine Zeit nach einer 20-jährigen Dominanz in der italienischen Rechten abgelaufen ist. Er ist 85 Jahre alt, er wird sich nicht mehr lange engagieren können, er hat nie einen Dauphin innerhalb der Forza Italia oder der PdL gefunden (sowohl Gianfranco Fini als auch Angelino Alfano haben ein schlechtes Ende genommen), seine Partei ist jetzt der Dritte in der Hierarchie der Koalition. Daher sucht er nach einer Übergabe an den neuen Führer der Mitte-Rechts-Partei, die seine historische Rolle krönen und das Überleben seiner politischen Kette garantieren könnte (die, das sollte man nie vergessen, auch mit Familienunternehmen verbunden ist).

Salvini hingegen sieht seine Führung in der Koalition durch den Aufstieg von Giorgia Meloni bedroht. Im Jahr 2023, wenn die Mitte-Rechts-Partei die Wahlen gewinnen sollte, wird mit den aktuellen Vereinbarungen das Parteimitglied, das die meisten Stimmen erhalten hat, Premierminister. Eine Föderation mit Forza Italia könnte auch ein Mittel sein, um die Präferenzen des dritten Schenkels der Koalition durchzusetzen: Das heißt, selbst wenn FdI die Lega überholen sollte, könnte FI Salvini anstelle von Giorgia Meloni zum Ministerpräsidenten küren, indem seine Stimmen zu denen der Lega addiert werden.

Darüber hinaus hofft Salvini, den eher zentristischen und gemäßigten Bereich an sich zu binden, um eine breite Koalition zu gewährleisten, die sich bei der Abstimmung gegen die Mitte-Links-Partei durchsetzen wird. Heute hat die Rechte etwa 50 % der Zustimmung: Die Gefahr ist, dass die zersplitterte Welt der Mitte sich mit der Linken zusammenschließen und um den Sieg kämpfen könnte. Vor allem Giuseppe Conte scheint in diesem Sinne manövrieren zu wollen. Natürlich ist es schwer vorstellbar, Conte, Renzi und Calenda zu vereinen, aber um nichts dem Zufall zu überlassen, will sich Salvini auch in der Mitte absichern.

- Von einigen Experten wird dieses „Projekt“ mit Berlusconischem Copyright als eine aktualisierte Neuauflage der PdL gesehen und von anderen stattdessen – eine Angliederung der Forza d'Italia an die Lega. Und was denken Sie? Wer profitiert am meisten oder ist dies eine Win-Win-Lösung für beide Parteien, die Wähler verlieren?

- Wäre es im Jahr 2019 passiert, wäre es eine tout court-Annexion gewesen. Heute ist die Lega immer noch deutlich stärker als FI, aber weniger überwältigend. Deshalb ist Berlusconi selbst der Befürworter der Fusionsidee, während Salvini eher auf eine vorsichtige Föderation setzt.

- Wie aus einer EMG-Different-Umfrage für Adnkronos hervorgeht, würde die Föderation jedoch den beiden Parteien Stimmen wegnehmen und nur 23,8% erreichen (-4,7% gegenüber der Summe von Lega und Fi). Sind Sie mit dieser Lesart einverstanden? Kann der Zusammenschluss funktionieren, wenn man bedenkt, dass Forza Italia die Idee nicht einhellig positiv bewerten würde?

- Es ist glaubhaft, dass die politische Summe von zwei Parteien nicht der arithmetischen Summe ihrer Wählerschaft entspricht. Durch den Zusammenschluss zu einer Partei mit weniger ausgeprägter Identität verlieren die Parteien an Attraktivität für ihre jeweiligen „extremen“ Flügel: die Lega auf der rechten Seite und Forza Italia in der Mitte. Ein Konsens, der potenziell und sogar mit Interesse zurückgewonnen werden kann, zum Beispiel, weil eine stärkere Partei auftaucht, oder weil sie die Gelegenheit für eine gesunde interne Demokratie und eine Konfrontation nutzt, aus der neue Ideen und Energien entspringen. Zum Beispiel hat die PdL im Jahr 2008 besser abgeschnitten als FI+AN im Jahr 2006. Der springende Punkt ist jedoch, dass die „Big-Tent“-Partei, die bunte Seelen zusammenbringt, die durch einen ziemlich inklusiven kleinsten gemeinsamen Nenner vereint sind, in einem mehrheitlichen Wahlkontext ein Gewinner ist: Es funktioniert in der Tat in den USA. In Italien

hingegen gab es in den letzten Jahren eine progressive Entwicklung hin zu einem stärker proportionalen System, das die Vermehrung von Parteien mit einer ausgeprägten Identität belohnt. Abgesehen von einer Rückkehr zum Mattarellum wäre es aus wahltaktischer Sicht besser, mehrere verschiedene Parteien beizubehalten, als eine große und umfassende Partei zu bilden.



Giorgia Meloni · Foto beigestellt von Giorgia Meloni

- Fratelli d'Italia zieht sich aus dem Projekt zurück und betont, dass „die Föderation nur die Mitte-Rechts-Gruppen betreffen würde, die mit Draghi in der Mehrheit sind.“ Ist dies ein Problem für Salvini und Berlusconi oder sind die beiden Führer immer noch daran interessiert, Meloni aus dem Spiel zu nehmen, wie einige interne FdI-Quellen behaupten?

- Wenn die Absicht ist, Meloni die Führung streitig zu machen, dann ist ihr Ausschluss notwendig. Wenn es andererseits darum geht, eine starke, einheitliche Partei zu schaffen, sollte sie einbezogen werden. Wenn man aber die Partei zu einer Großpartei macht, muss man, um eine interne Dialektik zu gewährleisten, die nicht sofort zur Spaltung führt, auch die Methode der internen Vorwahlen anwenden: beginnend mit der Wahl des Ministerpräsidentenkandidaten.

- Welche Auswirkungen könnte die Geburt der neuen großen Mitte-Rechts-Partei auf die italienische Mitte-Links-Partei haben, die noch auf der Suche nach ihrer Identität ist?

- Ich glaube nicht, dass die linke Mitte es sich leisten kann, zu genau hinzuschauen, was auf der rechten Seite passiert, wenn man bedenkt, wie magmatisch die Situation dort ist. Wir wissen immer noch nicht, ob M5S radikal oder moderat, links oder Mitte sein wird, geführt von Conte, Grillo oder Di Maio. Die Zukunft der ehemaligen M5S-Splitter ist uns nicht bekannt. Wir wissen nicht, ob Letta ein langes Leben an der Spitze der PD haben wird. Wir wissen nicht, ob PD und M5S wissen, wie sie zusammenarbeiten können. Wir wissen nicht einmal, ob Renzi und Calenda ihre Kräfte auf ihre Weise bündeln können. Zu viele interne Probleme bleiben ungelöst.

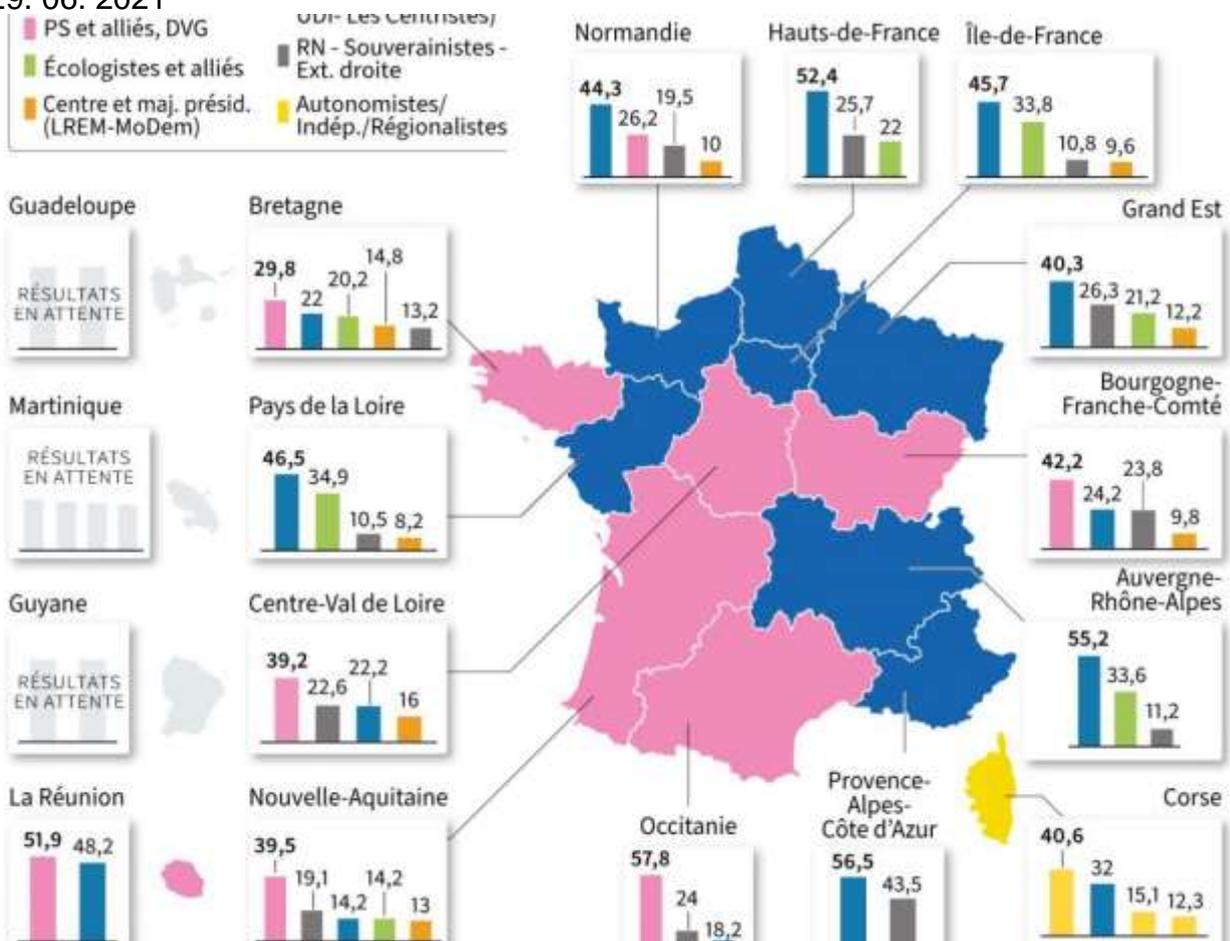


Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) Französische Regionalwahlen: Fiasko für RN und LREM

29. 06. 2021



Das Rassemblement National hat den Test nicht bestanden: auch die zweite Runde der französischen Regionalwahlen hat gezeigt, dass die „Entdiabolisierung“ keine Ergebnisse bringt und dass der sog. „pasteurisierte“ Diskurs bzw. der De-LePenismus die Wählerschaft verschreckt hat.

Man darf sich nicht wundern, dass die RN-Liste Mariani (Droite populaire) in der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) nicht die Mehrheit erreicht, wenn man einen David Rachline als RN-Bürgermeister von Fréjus hat, der auf Twitter davon schwärmt, dass er ein

paar Tage vor den Wahlen zwei Lesben miteinander verheiratet hat. Hätten Gegner die Kampagne von Thierry Mariani zum Absturz bringen wollen, hätten sie es nicht anders gemacht... Die Niederlage mit nur 42,70% der Stimmen gegen Renaud Musulier (LR verbunden mit LREM), der mit 57,30% der Stimmen wiedergewählt wurde, ist umso bitterer für Mariani und sein Team, als dieses vielleicht am stärksten auf der rechten Seite des RN verankert ist.

Die Feier von Hochzeiten ist immer ein starker Moment für einen Bürgermeister, ich wünsche unseren Bräuten des Tages alles Gute.#Fréjus

Laurent Jacobelli, Chef der Liste im Grand-Est, der am 10. Juni auf France 3 sagte: „Der Frexit ist eine Verschwörung, die nationale Souveränität ist eine Modeerscheinung“, hat es nicht geschafft, die Wähler für eine „patriotische Welle“ zu mobilisieren. Aber was hat er mit solchen Aussagen auch anderes erwartet?

Auch in Hauts-de-France verpasste die Partei von Marine Le Pen ihre Chance an der Wahlurne. Sébastien Chenu, der schwule Vertreter der RN, erhielt nur 26,65 % der Stimmen, während die Republikanische Front Xavier Bertrand zum Präsidenten der Region machen konnte.

In Auvergne-Rhône-Alpes wurde Laurent Wauquiez (LR) mit 55,17 % der Stimmen wiedergewählt, während Andréa Kotarac (RN), eine Überläuferin von den Insoumis, nur 11,18 % der Stimmen erhielt.

Was LREM (La République en marche), die Partei des derzeitigen französischen Staatspräsidenten Macron, betrifft, so befindet sie sich ebenfalls im Stillstand. In der zweiten Runde der Regionalwahlen erhielt sie weniger als 10% der Stimmen. Der ehemalige Minister François de Rugy kommt im Pays de la Loire auf kaum mehr als 8%, die Regierungsmitglieder Brigitte Klinkert im Grand Est und Geneviève Darrieussecq (MoDem) in Nouvelle-Aquitaine kommen auf rund 13%, Marc Fesneau (ebenfalls MoDem) erreicht 16,1% im Centre-Val-de-Loire. Dieser kolossale Absturz sollte eigentlich zu einer Umbildung der Regierung führen. Dass das nicht der Fall ist, zeugt mehr als alles andere von der hochnäsigen Haltung der Regierung Macron & Co gegenüber den Franzosen.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) Jože Biščak und Vinko Vasle in einem offenen Brief an Emmanuel Macron: Seien Sie vorsichtig mit Ihrer Wortwahl!

Von Jože Biščak und Vinko Vasle

26. 06. 2021



Von links nach rechts: Jože Biščak, Emmanuel Macron und Vinko Vasle · *Bildquelle: Archiv Demokracija, STAThierry_Monasse; bearbeitet von Matic Štojs Lomovšek*

Sehr geehrter Herr Emmanuel Macron, Präsident der Französischen Republik,

Wir schreiben Ihnen wegen Ihrer Erklärung nach dem Gipfeltreffen der EU-Staatschefs und weil die Nachrichtenagenturen Sie in ihren Berichten an die Spitze der Nachrichten gesetzt haben.

Sie sagen, dass die EU einen „kulturellen“ und „zivilisatorischen“ Kampf führt, um illiberale Ideen zu stoppen, die angeblich die europäischen Grundwerte bedrohen. Sie haben Polen und Ungarn herausgegriffen, und die Agenturen erwähnen auch Slowenien und den slowenischen Premierminister Janez Janša.

Wenn Sie die Dinge so sehen, ist das in Ordnung. Das ist Ihre Meinung, die wir als Slowenen und Europäer nicht teilen.

Sie sprechen von „illiberalen Demokratien“. Lassen Sie uns das klarstellen. Haben Sie schon einmal in „illiberalen Demokratien“ gelebt und diese erlebt? Haben Sie in Ihrem

Leben schon einmal Undemokratie und Totalitarismus erlebt? Ich glaube nicht. Sie haben in Frankreich gelebt und sind dort aufgewachsen, das für diejenigen von uns, die unter dem totalitären kommunistischen Regime im ehemaligen Jugoslawien geboren und aufgewachsen sind, eines der Länder des „versprochenen“ Westeuropas war, das für seine Freiheit und Demokratie und vor allem für seine Akzeptanz anderer Meinungen und Standpunkte berühmt war. Was illiberal (totalitär) ist, konnten Sie also nur aus Büchern und Berichten Dritter erfahren. Wählen Sie also Ihre Worte sorgfältig, wenn Sie jemanden beschuldigen, illiberal oder totalitär zu sein.

Sie sagen, dass einige Länder nun die Werte untergraben, die seit Jahrhunderten den Kern der westlichen Zivilisation bilden. Wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie damit, dass zum Beispiel die LGBT-Agenda Jahrhunderte alt ist und die westliche Zivilisation aufgebaut hat. Wie wir wissen, wurde die westliche Zivilisation auf dem Wettbewerb zwischen den Nationen, auf der Liebe zum eigenen Land, auf Religion und Familie und auf dem Respekt vor bestimmten Freiheiten aufgebaut: Redefreiheit, Privateigentum und die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens. Und es sind genau diese Werte, die Ungarn, Polen und Slowenien heute zu schützen versuchen.

Zum Beispiel Ungarn. Haben Sie das „umstrittene“ Gesetz zum Kinderschutz gelesen? Oder wissen Sie es, weil Sie es in den Mainstream-Medien gelesen haben oder weil Ihre Berater es Ihnen gesagt haben? Dieses Gesetz hat nur einen Zweck: Kinder vor dem Staat, NGOs und den Medien zu schützen, und es schränkt die Rechte von LGBT-Menschen in keiner Weise ein. Die Grundprämisse ist, dass die Sexualerziehung der Kinder eine Angelegenheit der Eltern und nicht der Erziehung ist. Dies gilt sowohl für Heterosexualität als auch für Homosexualität. Wenn Sie in Frankreich zulassen, dass Kindern in den Schulen beigebracht wird, wie man ein Kondom überzieht, wie man erotische Geräte benutzt und masturbiert, oder dass es 100 und 1 Geschlechter gibt, dass es völlig normal ist, dass die ganz Kleinen ihr Geschlecht wechseln und Schlimmeres, dann ist dies eine interne Angelegenheit Frankreichs. Aber, um Gottes Willen, respektieren Sie die Länder, die solche psychische und physische Gewalt von LGBT-Aktivisten gegen Kinder nicht erlauben.

Sehr geehrter Herr Präsident von Frankreich. Heute feiert Slowenien das 30-jährige Jubiläum seiner Unabhängigkeit. Damals haben wir uns für Freiheit und Demokratie entschieden. Und so soll es auch bleiben.

Jože Biščak ist Chefredakteur und Herausgeber der konservativ geprägten Zeitschrift Demokracija, Präsident des slowenischen Verbandes patriotischer Journalisten und Autor von „Tales from the Hayek Café, Notes of a Conservative Liberal“ und „Travelling with Orwell“.

Vinko Vase ist ein langjähriger Journalist und Redakteur, ehemaliger Direktor des nationalen Radio Sloweniens und Autor mehrerer Romane, darunter „Purgarji“, „Darovalec“, „Archivar“, „Prva hiša na Marsu“ und „Briefe der Unterstützung und des Widerstands“.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Jean-Marie Le Pen kommentiert die Wahlschlappe des Rassemblement National

25. 06. 2021



Jean-Marie Le Pen · Fotoquelle: MPI

Jean-Marie Le Pen, Gründer und ehemaliger Vorsitzender des Front National, der aus Gründen der „politischen Korrektheit“ von Marine Le Pen, der jetzigen Vorsitzenden der Bewegung, in Rassemblement National umbenannt wurde, kommentiert das miserable Abschneiden der Partei seiner Tochter in der ersten Runde der französischen Regionalwahlen 2021. Eine Analyse ohne Selbstgefälligkeit der von Marine Le Pen und den aktuellen RN-Führungskräften vorgenommenen „Entdiabolisierung“

Der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende, seit 2015 aus dem FN ausgeschlossen, erklärt die Wahlschlappe mit der „Ent-Lepenisierung“ des politischen Diskurses der Bewegung; andere Analysten verwendeten dafür den wenig schmeichelhaften Ausdruck „Pasteurisierung“.

„Der RN hat eine Niederlage erlitten. Es hängt mit dem sehr banalen Phänomen zusammen, das je nach Augenblicksbedarf „Entdiabolisierung“ genannt wurde und bei dem es sich in Wirklichkeit um die „Ent-Lepenisierung“ handelte, die darin bestand, dem Front National die dynamischsten Elemente seiner Wahlkampagnen zu entziehen“, so Jean-Marie Le Pen, der den FN fast 40 Jahre lang führte, in seinem am Donnerstag, 24. Juni, veröffentlichten Videotagebuch.

„Der FN war insofern interessant, als er sich als Alternative zum gesamten System präsentierte, mit einem Programm“, während der RN „sich mit dem Versuch, die

Saubermänner der Rechten zu werden und in das Konzert der politischen Parteien der Fünften Republik aufgenommen zu werden – was kläglich misslang -, nicht mit Ruhm bekleckert hat“, so der Vater der derzeitigen Parteivorsitzenden Marine Le Pen.

Frankreich schlittert weiter „auf einen Abgrund zu und der FN war der Einzige, der den Mut hatte, dies zu sagen. Der RN hingegen hat es nur geflüstert, aber nicht deutlich gesagt“, erklärte Jean-Marie Le Pen. „Die ‚Ent-Lepenisierung‘ diene somit als Vorwand für den Rückzug einer Formation, die angesichts der anlassgebenden Ereignisse viel bessere ergebnisse hätte erzielen müssen als die anderen“, fügte er hinzu.

Jean-Marie Le Pen kritisierte auch die „neutrale Kampagne“ des Rassemblement National, bei der „man weder Plakate, noch Flugblätter, noch direkten Kontakt der Kandidaten mit der Öffentlichkeit beobachten konnte“. Die Regionalwahlen seien „eine kalte Dusche“ in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen gewesen, und „es wäre sehr wichtig, dass die Führer des RN dies erkennen und zu den stärksten Themen der Partei zurückkehren“, schloss er.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Französische Regionalwahlen: RN im Rückgang

22. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Die erste Runde der Regionalwahlen am Sonntag war von massiven Wahlenthaltungen gekennzeichnet, die dem Rassemblement National von Marine Le Pen starke Verluste

einbrachten. Die von Marine Le Pen angekündigte „Pasteurisierung“ (Zurückhaltung im politischen Diskurs) und ihre angestrebte Strategie der Entdiabolisierung hatten den gegenteiligen Effekt: es kam zur Massenflucht der Wählerschaft.

Der RN ist fast überall in Frankreich im Niedergang begriffen, und dies trotz Faktoren wie Migranteninvasion, Unsicherheit und Wirtschaftskrise, welche die Wähler eigentlich hätten mobilisieren müssen. Laut einer IFOP-Umfrage haben sich 71 % der Wähler, die 2017 Marine Le Pen gewählt hatten, in der nunmehrigen ersten Runde der Regionalwahlen 2021 der Stimme enthalten.

Wie ein ehemaliger Europaabgeordneter des Front National, der Politikwissenschaftler Jean-Yves Le Gallou, analysiert, erwies sich die „Pasteurisierungspolitik“ des RN als Desaster:

„Während dieses Wahlkampfes hat der RN nicht aufgehört, Versprechungen zu machen: Desavouierung der Identitären (Poitiers, Escufon); Abwesenheit bei gesellschaftlichen Abstimmungen im Parlament; Behauptung, dass ein republikanischer Islam möglich wäre; Unterwerfung unter einen verschleierte Assessor.“



Bildquelle: MPI

„Das Übel, das den RN trifft“, heißt es in einem Tweet, „ist die Kluft zwischen einer Wählerschaft, die sich radikalisiert, und einer Partei, die sich zu sehr mäßigt.“

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

41) Génération identitaire-Sprecherin Thaïs d'Escufon zu Haft auf Bewährung verurteilt: Die Gedankenpolizei Frankreichs ist hochaktiv und geht rücksichtslos gegen Abweichler von der politischen Korrektheit vor

18. 06. 2021



Thaïs d'Escufon · Bildquelle: MPI

Nach der skandalösen Auflösung der Génération Identitaire (GI) durch die französischen Machthaber ist nun Thaïs d'Escufon, die Sprecherin der Jugendbewegung, an der Reihe, Opfer der Rachsucht einer ideologisch gefärbten Justiz zu werden.

Die Studentin aus Toulouse und ein weiterer Aktivist der Génération identitaire, Jérémie Piano, wurden am Mittwoch zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 4.000 Euro verurteilt, weil sie Videos von der „Anti-Migranten“-Aktion veröffentlicht hatten, die sie mit ihren Kameraden am 20. Januar in den Pyrenäen an der spanischen Grenze durchgeführt hatten. Keiner der beiden Angeklagten erschien zur Anhörung vor dem Strafgericht von Saint-Gaudens (Haute-Garonne), der eine wurde durch berufliche Verpflichtungen zurückgehalten, der andere „auf einer Wahlkampfveranstaltung im Norden“.

In diesem Fall wurde die junge Thaïs wegen „öffentlicher Unruhestiftung“ angeklagt. In seinem Schlusswort erklärte der Staatsanwalt von Saint-Gaudens, Christophe Amunzateguy, dass er diese Anklage wegen des von dem Aktivisten auf YouTube geposteten Videos beibehielt. Er war der Ansicht, dass dadurch Migranten „stigmatisiert“ würden, da es im Text des Videos hieß, es sei „skandalös, dass Migranten die Grenze überqueren kann“, wodurch suggeriert würde, dass diese eine Gefahr darstellen.

Jérémie Piano wurde wegen „Provokation von Rassenhass“ angeklagt. In dem von ihm geposteten Video erwähnte er „tausende illegale Einwanderer, die bereits in Frankreich sind“, darunter „wahrscheinlich Diebe, Vergewaltiger und potenzielle Terroristen“.

Pierre-Vincent Lambert, der Anwalt der beiden Aktivisten, erinnerte daran, dass der Einsatz in den Pyrenäen „auf den Anschlag folgte, der Samuel Paty das Leben kostete“ und auf den „Anschlag auf die Basilika Unserer Lieben Frau von Mariä Himmelfahrt in Nizza“. Er bedauerte „die Kriminalisierung des Anti-Einwanderungs-Diskurses“.

Zur Erinnerung: Trotz aller Gesetze, die darauf abzielen, die Meinungsfreiheit einzuschränken und bestimmte Äußerungen zu verbieten, die gewissen Einfältigen missfallen, wie z. B. die Gesetze Pleven und Gayssot, verbietet das französische Recht keine Kritik an der Einwanderung. Steuert Frankreich, sowohl durch die Auflösung der GI als auch durch die Verurteilung ihrer beiden Aktivisten, auf ein Verbot jeglicher Kritik an der Migranteninvasion zu? Allem Anschein nach ja...

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER